

29. Sitzung

am Dienstag, dem 24. Januar 2006

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1149
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1149

Fragestunde

1. Förderung der Schulbibliotheken

Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 7. Dezember 2005	1150
--	------

2. Kinder- und Jugendbibliotheken zu Schulbibliotheken umgewandelt?

Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 9. Januar 2006	1151
--	------

3. Nutzung des alten Campingplatzes während der Fußballweltmeisterschaft

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Januar 2006	1153
---	------

4. Printversion des Behördenfernsprechbuches

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2006	1155
---	------

5. Verlagerung der Stroke-Unit-Abteilung des Klinikums Ost

Anfrage der Abgeordneten Frau Wargalla, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Januar 2006	1157
---	------

6. Raumsituation der Schule an der Hamburger Straße

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2006	1158
--	------

Aktuelle Stunde	1163
------------------------------	------

Neuausrichtung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 29. November 2005

(Drucksache 16/432 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2006

(Drucksache 16/466 S)

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	1163
Abg. Brumma (SPD)	1165
Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen)	1167
Senatorin Röpke	1169
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1172

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Bürgerantrag vom 24. August 2005

(Drucksache 16/404 S)

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2006

(Drucksache 16/465 S)

Abg. Frau Kummer (SPD)	1173
Abg. Focke (CDU)	1174
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1175
Abg. Focke (CDU)	1177
Senator Eckhoff	1178
Abstimmung	1178

Bebauungsplan 1732

für ein Gebiet in Bremen-Obervieland

beiderseits der Habenhauser Landstraße nördlich Grundstücke Hausnummern

4 bis 60 und südlich Grundstücke Hausnummern 1 a bis 59

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005

(Drucksache 16/437 S) 1178

Bebauungsplan 2260

für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe

südlich Hochschulring, östlich Badgasteiner Straße

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005

(Drucksache 16/438 S) 1179

<p>Bebauungsplan 2283 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt beiderseits der Straße Vor dem Steintor zwischen Am Dobben/Sielwall und St.-Jürgen-Straße/Lüneburger Straße Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005 (Drucksache 16/439 S)</p>	1179
<p>Bebauungsplan 2339 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt südlich Osterdeich, östlich Am Weserstadion Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005 (Drucksache 16/440 S)</p>	1179
<p>Bebauungsplan 1362 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz Grundstück östlich Grenzwehr (VR 283, Flurstücke 41/1 und 43/20 sowie VR 286, Flurstück 199/4) (Änderung des Bebauungsplanes 2301 nach § 13 Baugesetzbuch 2004) Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005 (Drucksache 16/452 S)</p>	1179
<p>Bebauungsplan 2194 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt zwischen Bei den Drei Pfählen (zum Teil einschließlich), Georg-Bitter-Straße, nördlich Treviranusstraße und östlich Stader Straße Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005 (Drucksache 16/453 S)</p>	1179
<p>In die Zukunft investieren - Tagesbetreuung ausbauen Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2006 (Drucksache 16/468 S)</p>	
<p>Abg. Dr. Schuster (SPD)</p>	1180
<p>Abg. Bartels (CDU)</p>	1182
<p>Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)</p>	1184
<p>Senatorin Röpke</p>	1186
<p>Vorhaben- und Erschließungsplan 32 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisen- bahnstrecke Bremen - Bremerhaven Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2005 (Drucksache 16/457 S)</p>	1187

Überseestadt zeitgemäß als integrierten Stadtteil entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 4. Januar 2006

(Drucksache 16/458 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1188
Abg. Frau Kummer (SPD)	1189
Abg. Focke (CDU)	1190
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1192
Senator Kastendiek	1192
Abstimmung	1194

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

81. Änderung

Oberneuland (Holdheim)

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/459 S)

Bebauungsplan 2336

für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland

zwischen Apfelallee, An den Wühren und Am Rüten (ehemaliges Krankenhaus Holdheim)

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/460 S) 1195

Bebauungsplan 2146

für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe

östlich Schulzentrum Horn, zwischen Vorkampsweg und Bundesautobahn A 27

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/461 S) 1195

Bebauungsplan 2261

für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe

nördlich Universitätsallee, zwischen Wiener Straße und westlich Bibliothekstraße

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/462 S) 1195

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42

vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/464 S) 1195

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsaus-
schusses 1196

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Frau Peters-Rehwinkel, Weber.

Vizepräsidentin Dr. Mathes
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Bösch

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur **Kastendiek** (CDU)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 14.02 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die 29. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2003 (Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2004 - Drs. 16/279 S) und zum Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes vom 14. März 2005 (Drs. 16/303 S) vom 23. Januar 2006 (Drucksache 16/467 S)

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Kosten des Pensionsgeschäfts Gewoba-Anteile bei der BIG - Nachfragen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 10. Januar 2006 (Drucksache 16/463 S)
2. Aktuelle Situation von Schülerinnen und Schülern mit erheblichem Bedarf im Bereich der sozial-emotionalen Förderung in Bremen-Nord
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2006

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts drei, Umzüge von stadtbremischen Behörden und Gesellschaften, sowie des Tagesordnungspunkts fünf, Ortsgesetz zur Anpassung des Ortsrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes, zur Verbindung des Tagesordnungspunkts 15, Flächennutzungsplan Bremen, mit Tagesordnungspunkt 16, Bebauungsplan 2336, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung zum Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba sowie zur Vereinbarung von Redezeit bei einem Tagesordnungspunkt.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft wurde vereinbart, die Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba befassen, nach Tagesordnungspunkt vier aufzurufen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, in der 26. Sitzung der Stadtbürgerschaft am 8. November 2005 ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen“, Drucksache 16/385 S, zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Nachträglich ist nunmehr mit einem Schreiben vom heutigen Tag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Wunsch geäußert worden, diesen Antrag auch an die Deputation für Bau und Verkehr zu überweisen, wobei die Federführung bei der Deputation für Bau und Verkehr liegen soll.

Wer dieser zusätzlichen Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Karin Schnakenberg anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken seit dem 20. Januar 2006 Mitglied der Bürgerschaft ist.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats!

(Beifall)

Des Weiteren möchte ich Frau Senatorin Röpke zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Förderung der Schulbibliotheken**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Durch welche Maßnahmen hat der Senat die Schulbibliotheken gefördert?

Zweitens: Wie und in welcher Höhe werden die Schulbibliotheken unterstützt?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In allen Schulstufen sind Schulbüchereien vor allem als Maßnahmen der schulbezogenen Leseförderung ausgebaut worden. In den letzten Jahren wurden in den Grundschulen und der Sekundarstufe I die bestehenden Leseklubs ausgeweitet und zunehmend zu Schulbüchereien ausgebaut. Die Förderung erfolgte durch die Ausstattung der Räumlichkeiten und Erweiterung des Buchbestandes sowie durch die Organisation von Veranstaltungen wie zum Beispiel die „Lange Lesenacht“, Autorenlesungen oder Lesungen von Lesepaten der „Leselust“.

Zu Frage zwei: Neben den Mitteln, die die Schulen im Rahmen der eigenen Budgetverwaltung für ihre Schulbibliotheken einsetzen, wurden im vergangenen Jahr im Rahmen des Programms „Musisch-kulturelle Bildung“ die Bücherbestände in bestehenden Schulbüchereien zusätzlich mit insgesamt 75.000 Euro unterstützt. Diese Mittel wurden in 27 Schulbüchereien in Brennpunktgebieten eingesetzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Die 75.000 Euro, Herr Senator, die für 27 Schulen eingesetzt wurden, sind bestimmt segensreich gewesen. Stimmen Sie mit mir überein, dass das eine vergleichsweise bescheidene Summe gewesen ist, wenn wir es mit anderen Projekten vergleichen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: In der Antwort auf Frage zwei wird gesagt, „neben den Mitteln, die die Schulen im Rahmen“ und so weiter einsetzen. Daraus können Sie ableiten, dass da noch ein größerer Betrag ist. Ich habe ihn in Vorbereitung auf die Beantwortung noch einmal herausuchen lassen. Das waren 2004 150.000 und 2005 130.000 Euro, die zusätzlich zu diesen extra organisierten Mitteln für die Schulen in benachteiligten Stadtteilen eingesetzt worden sind. Hier kommen Sie doch mit einem Mal doch ganz locker an fast eine viertel Million Euro. Das müssen Sie aber noch auffüllen mit den Dingen, die Schulen selbst entscheiden können.

Ob die Schulen sagen, wir möchten einige Computer kaufen oder lieber Bücher für die Bibliothek, das wollen wir doch den Schulen überlassen, das bleibt dann auch den Schulen überlassen, und deshalb ist es doch nach oben offen. Das konnten wir natürlich für so eine Frage nicht dezidiert abfragen. Da müssten wir 177 Schulen abfragen und dann die Budgets genau anschauen. Das wäre, glaube ich, ein bisschen zu viel. Sie sehen aber ganz deutlich, dass wir auch in diesem Bereich etwas organisiert haben, sonst wären die offensichtlich deutlich besseren Leseleistungen unserer Schülerinnen und Schüler, so wie es in VERA nachgewiesen worden ist, nicht möglich gewesen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Noch eine Nachfrage! Herr Senator, ich habe von Ihrem Kollegen Senator Hattig gelernt, dass vor Bilanz Bildung kommt, und deshalb freue ich mich auch, dass von vielen Firmen mittlerweile für Schulbibliotheken gespendet wird. Mich interessiert die Einstellung des Senats zu diesen Spenden. Finden Sie es positiv, dass sich mittlerweile viele Firmen engagieren und sich diesem Motto unterordnend und ehrenamtlich bürgerschaftlich engagieren, oder meinen Sie, dass es ein zu starker Eingriff ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich freue mich sehr über die Bereitschaft von Firmen, die Schulen in allen Be-

reichen zu unterstützen. Insbesondere freue ich mich, dass es immer mehr Lesebotschafter gibt, die nicht nur mit Geld und Büchern in die Schulen gehen, sondern sich selbst einbringen, um Vorbild zu sein. Pestalozzi hat einmal gesagt: „Vorbild und Liebe, das ist das Maßgebliche zur Bildung und Erziehung unserer Kinder.“ Insofern begrüße ich das außerordentlich.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich die zweite Anfrage aufrufe, begrüße ich auf dem Besucherrang recht herzlich unsere ehemalige Kollegin Ingrid Busboom.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Kinder- und Jugendbibliotheken zu Schulbibliotheken umgewandelt?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen Stand hat die Umsetzung des Senatsbeschlusses zur Überführung der Kinder- und Jugendbibliotheken in Schulbüchereien erreicht?

Zweitens: Welches sind die Rahmenbedingungen für den Überführungsprozess?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Beide Ressorts arbeiten seit einiger Zeit intensiv und gemeinsam an der Umsetzung des Senatsbeschlusses zur Überführung der Kinder- und Jugendbibliotheken in Schulbüchereien. Es ist beabsichtigt, die Überführung der Bibliotheken im zweiten Schulhalbjahr zu realisieren.

Zu zwei: Zurzeit werden die verschiedenen Aspekte der Rahmenbedingungen der Überführung von öffentlichen in schulische Bibliotheken wie zum Beispiel Medienbestand, Einrichtung und Inventar, Personal und Standorte zwischen den beiden Ressorts und der Stadtbibliothek bearbeitet und verhandelt. Die operative Bestandserhe-

bung und Umwandlung bedarf längerer Zeit; dies betrifft insbesondere die bibliothekarischen Standorte, bei denen die Bibliotheken nicht in den Schulen liegen. Hier muss noch der Standort konkretisiert und das Schulbibliothekskonzept angepasst werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator Kastendiek, können Sie mir bitte erläutern, warum der bisherige Plan, die Übergabe zum Beginn des nächsten Schuljahres, also zum Februar durchzuführen, aufgegeben worden ist und gesagt wird, dass es im Verlauf des kommenden Schulhalbjahres passieren soll?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, dies liegt daran, dass die Verhandlungen noch nicht den Fortschritt haben, wie wir das ursprünglich vorgesehen haben, weil es nicht nur finanzielle Aspekte der Überführung gibt. Da gibt es noch notwendige Gespräche, um dies zu beenden und abzuschließen, und auf der anderen Seite natürlich auch eine oder zwei konzeptionelle Fragestellungen, die auf der Arbeitsebene zwischen den Ressorts diskutiert werden. Die Stadtbibliothek ist auch sehr stark eingebunden.

Wir sind, wie Sie wissen, im letzten halben Jahr 2005 in den Grundsatzentscheidungen des Bibliothekenkonzepts auch ein paar Schritte weiter gekommen. Jetzt die Entscheidung, die Bibliothek in Osterholz am Standort GSO für die kommenden sechs Jahre einzurichten, ist auch ein weiterer Schritt, und ich glaube, dass mit der Umsetzung im zweiten Schulhalbjahr, was die Schulbibliotheken angeht, wir jetzt ein breit gefächertes und angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen sehr leistungsfähiges System von Bibliotheken hier in dieser Stadt haben. Bevor wir zu schnell an der einen Stelle Hurra schreien, sollten wir uns lieber die Zeit nehmen, einige Wochen - ich gehe nicht davon aus, dass es noch Monate nach sich zieht - zu warten, damit, wenn es dann umgesetzt wird, alle Fragen ordnungsgemäß beantwortet worden sind.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator Kastendiek, können Sie sich vorstellen, wenn man schon seit drei Jahren an diesem Thema parlamentarisch arbeitet und man dann hört, es müssen noch konzeptionelle Fragen geklärt werden, dass man dann als Abgeordneter mit dieser Antwort nicht einverstanden sein kann? Vor drei Jahren haben wir begonnen, dieses Thema zu disku-

tieren, und auch Vorschläge für die Umsetzung gemeinsam mit der Stadtbibliothek erarbeitet. Können Sie sich vorstellen, dass man da ins Zweifeln kommt, ob hier tatsächlich ein ernsthaftes Bemühen vorliegt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich könnte jetzt auf diese Anmerkung vielfältig antworten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Gern!)

Ich will das aber um der Ernsthaftigkeit dieses Themas willen nicht tun, damit da kein falscher Zungenschlag hineinkommt, weil mir dieses Thema schon sehr am Herzen liegt. Sie wissen auch, das Thema Bibliotheken insgesamt ist und war ein Thema, dem ich mich über Jahre sehr stark gewidmet habe. Ich kann Ihre Unzufriedenheit verstehen, dass, nachdem die Fraktionen Ende 2004 hier einen einstimmigen Beschluss gefasst haben, es jetzt doch etwas länger gedauert hat. Der Senat hat sich im April des vergangenen Jahres die Position der Bürgerschaft zu Eigen gemacht. Wir sind dann von Seiten des Senators für Kultur relativ zügig in die Verhandlungen eingetreten.

Nun will ich auch nicht die Arbeit meiner Vorgänger bewerten, aber ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind, dass dies auch in der Vergangenheit von meinen Vorgängern sehr ernsthaft bearbeitet worden ist und dass es da nie einen Zweifel an den Schwerpunktsetzungen gegeben hat. Die Stichworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind, sind in der Beantwortung der Frage eins auch eben genannt worden, und in dem Sinn denke ich, dass wir damit sehr verantwortungsvoll umgehen, aber ich kann meine Auffassung doch noch einmal wiederholen. Ich glaube, es ist klüger, dann lieber eine Woche länger zu warten, als ein Konzept zu implementieren, das Fragen offen lässt und womit die Personen, die vor Ort damit umgehen sollen, dann letztendlich nicht umgehen können.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator, können Sie mir hier und heute vielleicht doch schon zusagen, dass die Bücher, wie die SPD-Fraktion es ja schon vor einem halben Jahr erbeten hat, in den aufzulösenden Kinder- und Jugendbibliotheken in den Stadtteilen verbleiben?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das ist genau einer der Punkte der Verhandlung, dass über den Übergang der Medienbestände diskutiert und ge-

sprochen werden muss. Auch aufgrund - da bitte ich um Nachsicht - der finanziellen Situation der Stadtbibliotheken kann natürlich auch nur das überführt werden, was in dem Bereich bisher vorhanden ist. Wenn wir darüber hinaus gehen und es Ansätze zur Verlagerung gibt, dann muss man sich natürlich auch über die finanziellen Konsequenzen unterhalten. Das ist aber das übliche Vorgehen zwischen zwei Ressorts, die dort an einem Tisch sitzen, dass dies ganz sauber abgearbeitet werden muss. Wie das am Ende unter dem Strich aussieht - -!

Wie gesagt, die finanzielle Situation aller Einrichtungen ist sehr eng, auch die Stadtbibliothek hat nichts zu verschenken, und die Leitung der Stadtbibliothek muss sich gegenüber den parlamentarischen Gremien des Eigenbetriebsausschusses natürlich auch entsprechend rechtfertigen. Von daher ist das immer ein Abwägen, und unser Interesse ist, ich glaube, auch im Namen von Herrn Senator Lemke zu sprechen, die Schulbibliotheken, aber natürlich auch die Stadtteilbibliotheken vernünftig auszustatten, so dass in beiden Einrichtungen gute Arbeit geleistet werden kann.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator Kastendiek, ist Ihnen der Vorgang in der Kinder- und Jugendbibliothek Düsseldorf Straße bekannt, wo vor einem Jahr durch die Schlüsselübergabe sozusagen grau, könnte ich einmal sagen, der Medienbestand und die Räumlichkeit an die Schule übergeben worden sind und diese Bücherei mittlerweile mit 15 Ehrenamtlichen jeden Tag geöffnet ist, zum Segen des gesamten Stadtteiles Blockdick?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Diese Engagements sind sehr begrüßenswert. Es gibt sie auch in anderen Stadtteilen. Das ist natürlich sehr erfreulich, weil die öffentliche Hand durch ihre begrenzten finanziellen Mittel nicht mehr alles das darstellen kann, was vielleicht vor zehn, 15 Jahren noch möglich war. Wir müssen jetzt angesichts der Situation an zahlreichen Standorten schauen, wie wir unter dem Strich zur Zufriedenheit beider Bereiche einigermaßen gut klarkommen, damit das Angebot ein gutes ist und damit es auch entsprechend angenommen wird. Es hilft weder der einen noch der anderen Seite, wenn wir vor Ort ein Angebot haben, das den Anforderungen und Ansprüchen nicht entspricht. Das wird dann nicht angenommen, und insofern erfüllt es auch die Aufgaben nicht, und ich denke, dass das weder im Interesse

der einen noch der anderen Seite ist, denn das Interesse ist eben Leseförderung und Unterstützung dieses Ansatzes.

Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg, und wie es manchmal so ist im Leben, es gibt unterschiedliche Auffassungen und Positionen. Ich könnte Ihnen jetzt auf der anderen Seite auch ein paar Forderungen vom Kultursenator nennen, wo der Bildungssenator zu Recht sagt - -.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Aber nicht hier in der Fragestunde!)

Sehen Sie! Von daher, denke ich, muss man sehr sachgerecht damit umgehen. Wir sind auf operativer Ebene schon einen Riesenschritt weiter, und auf diesem Weg sollten wir weiter bleiben, auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler und der Kinder, um die es ja geht.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Da stimme ich mit Ihnen überein, Herr Senator! Diese 15 Ehrenamtlichen könnten sich aber nicht engagieren, wenn da nicht auch Bücher wären, die zu verleihen sind, und deshalb frage ich Sie noch einmal: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Sie dringend darum bitten, die Bücher, die in den Kinder- und Jugendbibliotheken heute sind, im Stadtteil zu lassen? Das muss ich ja nun fragen, ich hätte es lieber anders gemacht!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich bin bereit, das zur Kenntnis zu nehmen,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Und dem zu folgen!)

und ich bin auch bereit, dafür Sorge zu tragen, dass es ein ausgewogenes, breites Angebot an allen Standorten gibt. Wie gesagt, es gibt eine Gesamtverantwortung, und man muss dort genau schauen, was möglich ist. Es ist ein Abwägungsprozess, ich kann mich da nur wiederholen. Wir sind hier verantwortlich für die Schülerinnen und Schüler und die Kinder in der ganzen Stadt. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden, damit wir im Sinne der Sache, nämlich verbesserten Leseergebnissen und junge Menschen an Bücher heranzuführen, letztendlich auch sinnvoll entsprechen können.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Dann danke ich Ihnen für Ihr Engagement!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Nutzung des alten Campingplatzes während der Fußballweltmeisterschaft**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte Frau Kollegin Dr. Mathes, die Anfrage zu stellen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Plant der Senat, auf dem Gelände des alten Campingplatzes Fußballfans unterzubringen?

Zweitens: Wie viele Fans sollen nach Ansicht des Senats dort eine Unterkunft finden?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Pächter des neuen Campingplatzes führt derzeit Gespräche mit einem schwedischen Fußballfanclub, der zur Fußballweltmeisterschaft in Bremen ein Quartier sucht. Die schwedischen Fußballfans sind an Bremen interessiert, weil die schwedische Nationalmannschaft während der Fußballweltmeisterschaft im Bremer Parkhotel sein wird, die Mannschaft auf Platz elf am Weserstadion trainieren wird und nach Einschätzung der schwedischen Fans die Zugverbindungen von Bremen zu verschiedenen Austragungsorten sehr gut sind.

Die BIG, der Senator für Wirtschaft und Häfen und der Pächter des neuen Campingplatzes sind in Gesprächen, ob den Fußballfans aus Schweden der alte Campingplatz angeboten werden kann. Hierzu ist ein Angebot unterbreitet worden. Sofern die schwedischen Fußballfans sich für Bremen und den alten Campingplatz entscheiden, wird die weitere Planung des Aufenthalts der Schweden in Zusammenarbeit mit der Bremer Touristik Zentrale, BTZ, erfolgen. Die BTZ wird hier als Dienstleister für die Gäste gegebenenfalls Stadtführungen, Bustransfers, Besuch von Kultur- und Freizeitangeboten et cetera, je nach den Anforderungen der Gäste, organisieren.

Zu Frage zwei: Auf dem alten Campingplatz können maximal 700 Personen mit Zelt untergebracht werden. Der schwedische Fanclub hat mitgeteilt, dass es derzeit rund 150 feste Buchungen von Fans gibt. Darüber hinaus gehen die Organisatoren davon aus, dass mindestens 600 schwedische Fans Quartier auf dem Campingplatz beziehen würden. Die weitere Planung und Organisation hängt nun davon ab, ob das unterbreitete Angebot den Anforderungen des Fanclubs entspricht. Der schwedische Ansprechpartner beabsichtigt, kurzfristig nach Bremen zu kommen, um die Gegebenheiten vor Ort kennen zu lernen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wissen Sie denn schon, von wem, falls die schwedischen Fußballfans hier auf dem Campingplatz weilen sollten, sie dort vor Ort betreut werden sollen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich gehe davon aus, weil der neue Pächter des neuen Campingplatzes hier maßgeblich mit einbezogen wird und es zum Teil auch auf seine Initiative zurückgeht, dass das auch Gegenstand der Gespräche zwischen den Beteiligten sein wird. Wir denken im Augenblick sehr intensiv zwischen den Ressorts darüber nach, inwiefern es möglich ist, richtige Komplettangebote zu stricken. Wir haben ja auch in der Antwort auf Frage zwei darauf hingewiesen, dass die BTZ im Augenblick solche Angebote ausarbeitet, und ich gehe davon aus, dass das in dem Sinne Ihrer Frage auch hinsichtlich der Betreuung so gemeint ist.

Ich denke, Bremen wird sich in dem Zusammenhang der Fußballweltmeisterschaft als weltoffene und gastfreundschaftliche Stadt präsentieren, die die Gäste aus Schweden, aber auch aus anderen Nationen herzlich willkommen heißt, und ich gehe auch davon aus, dass sich das in einzelnen Aktionen und Maßnahmen niederschlagen wird, so dass die schwedischen Fans sich während der Fußballweltmeisterschaft hier wohl fühlen, und wenn es dann ein Endspiel Schweden - Deutschland gibt, umso besser!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist beabsichtigt, dass während dieses Fußball- oder Weltmeisterschaftscamps die Dauercamper dort auf dem Platz bleiben können?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Es gibt im Augenblick Gespräche zwischen den Dauercampnern auf dem alten Campingplatz, dem neuen Pächter und der BIG, wie man diese Situation zur Zufriedenheit aller Beteiligten lösen kann. Klar ist, dass das Pachtverhältnis des alten Campingplatzes zum 31. Dezember abgelaufen ist. Ich will mich zu einer rechtlichen Bewertung, welchem Tatbestand dort die Altpächter und die Dauercamper auf dem alten Campingplatz letztendlich entsprechen, jetzt nicht hinreißen lassen, das ist ja hier heute auch nicht Gegenstand. Ich denke aber, dass wir da Lösungen hinbekommen, so dass sich diese Frage, wie von Ihnen eben gerade formuliert, nicht stellen wird.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Senator Kastendiek, wir freuen uns sicherlich alle auf die Fans, die nach Bremen zur Fußballweltmeisterschaft kommen. Ich bin nur etwas überrascht, wenn ich an die Fragen und Antworten denke, die wir zum Campingplatz in den letzten Sitzungen gestellt und beantwortet bekommen haben. Kommen denn auf die Stadtgemeinde, die BIG und das Ressort Kosten zu, weil ja einer Antwort, die Sie gegeben haben, zu entnehmen war, dass die Anlagen eigentlich nicht mehr nutzbar seien und darum der Campingplatz auch aufgegeben werden müsse und die Dauercamper wegmüssten? Kommen jetzt noch Sanierungsarbeiten auf uns zu? Muss der neue Pächter, der jetzt den alten Platz mit betreibt, noch Pacht für den alten Platz bezahlen? Gibt es da schon Lösungen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, mir steht es natürlich nicht zu, die Fragen zu beurteilen und zu bewerten. Ich kann mich da nur auf die Antworten beziehen. Ich denke, dass auch das Gegenstand der Gespräche sein wird und sein muss. Ich gehe aber auch davon aus, dass da keine Mehrkosten entstehen. Vorhandene Einrichtungen befinden sich auf alle Fälle auf dem neuen Campingplatz. Es muss geklärt werden, inwieweit dort mit Übergangsmöglichkeiten und -regelungen ein adäquates Angebot, auch an sanitären Anlagen, möglich gemacht werden kann. Das heißt ja nicht zwingend, dass die vorhandenen Anlagen, die jetzt auch nicht mehr in dem Maße gepflegt werden können, dort zur Verfügung stehen. Ich gehe davon aus, dass das adäquat ist und natürlich auch den Wünschen und Anforderungen des Pächters, aber auf der anderen Seite auch derjenigen entspricht, die es nutzen sollen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Können Sie mir, im Nachhinein betrachtet, zustimmen, dass es richtig war, eine Abrissverfügung noch nicht umzusetzen und somit die Anlagen, wie sie sind, noch zu behalten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich will diese Frage etwas differenziert beantworten, weil ich glaube, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Auch wenn abgerissen worden wäre und wenn eine Verfügung da wäre, hätte es an der Stelle adäquate Möglichkeiten gegeben. Man muss jetzt sehen, wie sich die weiteren Gespräche zwischen der BTZ, dem neuen Pächter und dem schwedischen Fußballclub darstellen, welche Anforderungen letztendlich auch da sind und wie das mit den Dingen umgesetzt werden kann, die dort sind. Da geht es nicht darum, irgendwelchen vorhandenen oder nicht vorhandenen Ansprüchen et cetera zu entsprechen, sondern letztendlich dem, was pragmatisch und für alle Beteiligten das kostengünstigste ist.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Insofern ist es eine gute Entscheidung, den Platz zumindest bis zur Fußballweltmeisterschaft zu nutzen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Wir gehen davon aus, wenn ich diese Frage beantworten darf, dass die schwedischen Fans hier ein sehr gutes Angebot an Campingplatzinfrastruktur erleben werden, wie gesagt, um dort meine einleitenden Antworten zu wiederholen, dass Bremen sich als attraktiver, weltoffener, gastfreundlicher Standort auch für Campingurlauber in Europa darstellen wird.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Printversion des Behördenfernsprechbuches**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum liegt die für 2005 versprochene papierene Version des elektronischen Behördenfernsprechbuches heute nicht vor?

Zweitens: Wann wird der Senat endlich die notwendigen Informationsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Nutzergruppen verfügbar machen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Seit Ende letzten Jahres steht das Elektronische Telefon- und Organisationsverzeichnis der bremischen Verwaltung den Nutzern im InfoSys zur Verfügung. Zugriff auf diesen Datenbestand haben auch die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft.

Leider konnte die Datenaufnahme bisher nicht vollständig abgeschlossen werden, da noch Informationen aus einigen Senatsbereichen fehlen. Für die Erstellung einer Printversion, die möglichst umfassende Informationen enthalten und keine Bereiche aussparen soll, kommt es ganz wesentlich darauf an, dass die fehlenden Daten zügig geliefert werden. Der Senat geht davon aus, dass bis zum 15. Februar 2006 die Daten vorliegen.

Davon unabhängig sind die Vorarbeiten für das Vergabeverfahren bereits begonnen worden. Von externen Kunden wie Banken, Versicherungen, Bausparkassen, Rechtsanwälten et cetera wäre dann ein kostendeckender Beitrag zu leisten.

Zu Frage zwei: Aus heutiger Sicht ist bei günstigem Verlauf der weiteren Datenlieferung und -aufnahme als auch des Vergabeverfahrens im zweiten Quartal 2006 mit der Auslieferung zu rechnen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Bevor ich zur Frage komme, wollte ich nur noch einmal an die Fragestunde im Mai vergangenen Jahres zu selbiger Fragestellung erinnern. Darauf haben Sie, Herr Dr. Nußbaum, geantwortet: „Ja, das wird jetzt kurzfristig umgesetzt. Die Daten stehen zur Verfügung.“ Weiter heißt es dann auf Nachfrage: „Ich gehe davon aus, dass es noch in diesem Jahr passiert.“ Das brauche ich nicht nachzufragen, letztes Jahr ist es immer noch nicht passiert, aber damals sollen ja angeblich schon alle Daten zur Verfügung gestanden haben. Jetzt heißt es in der Antwort, von einigen Senatsberei-

chen fehlen noch die Daten. Da bin ich wirklich sehr interessiert daran zu erfahren, welche Senatsbereiche das sind und wie dieser Widerspruch zustande kommt.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Sie können sich ja die elektronische Version seit Ende letzten Jahres anschauen. Die Datenbestände darin zeigen Ihnen an, welche Daten vorliegen, sie sind abrufbar. Jetzt geht es darum, das in eine Printversion umzugießen, und anders als bei elektronische Daten, die man ja nun relativ schnell wieder verändern kann, sollten wir davon ausgehen, dass, wenn wir eine Printversion auflegen, diese eine möglichst lange Lebensdauer und möglichst kurze Halbwertszeiten hat und dass sie deswegen möglichst umfassend und vollständig ist. Wie gesagt, wir tragen die Daten zusammen, sie sind noch nicht alle vollständig. Sobald das abgeschlossen ist, werden wir dann auch die Printversion liefern.

Ich gebe Ihnen zu, das ist eine lange und fast schon unendliche Geschichte, die mich und auch meine Kollegen im Betriebsausschuss seit meinem Amtseintritt begleitet, und ich hoffe, dass wir diese Zusage einhalten können. Ich bin aber trotzdem der festen Überzeugung, es würde wirklich keinen Sinn machen, etwas zu drucken, das dann nicht vollständig ist und sein Versprechen nicht hält.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wiederhole eigentlich noch einmal die erste Frage, jetzt ein bisschen knapper, weil sie nicht beantwortet worden ist. Welche Senatsbereiche haben denn die Daten noch nicht geliefert?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das ist unterschiedlich. Wir sind, sage ich einmal, in Bereichen, die - -. Also, im Grunde trägt das ja nicht zur Frage bei.

(Heiterkeit - Abg. Focke [CDU]: Jetzt wird es interessant! - Abg. Pflugradt [CDU]: Hat denn das Finanzressort schon alle Daten geliefert?)

Davon können Sie ausgehen, dass wir die geliefert haben! Wir gehen jetzt davon aus, dass bis zum 15. Februar auch die Daten derjenigen, die noch etwas zögerlich die Daten geliefert haben, dann zusammengestellt werden. Wir werden das dann umgehend angehen. Wie gesagt, das Vergabeverfahren ist eingeleitet. Es hängt noch von diesen restlichen Daten ab.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gehe erst einmal davon aus, dass natürlich die Benennung die Säumigen dazu bringen würde, vielleicht etwas schneller zu handeln. Eine weitere Frage bezieht sich auf das Vergabeverfahren. Jetzt sagen Sie, dass das Vergabeverfahren sozusagen angegangen wird. Warum ist das nicht schon längst passiert? Um das hier jetzt doch noch einigermaßen vor Ende der Legislaturperiode vorzulegen, müsste man doch da parallel handeln, das heißt, die Daten vervollständigen und gleichzeitig das Vergabeverfahren so weit eintüten, dass es dann noch einigermaßen kommt, bevor es eigentlich nicht mehr gebraucht wird wegen möglicher Veränderungen in der Regierung.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn Sie die Frage aufwerfen, dann kann man sich ja die Frage grundsätzlicher Art stellen, die wir auch lange diskutiert haben, ob eine Printversion überhaupt sinnvoll ist. Das war ja auch zunächst der Ansatz, dass wir gesagt haben, wir stellen komplett auf Elektronik um. Elektronik ist reaktionsschnell, Print ist beständig, Print schreibt für die Zukunft fest. Dass Sie damit vermutlich schon bei Drucklegung nicht mehr à jour sind, weil es Veränderungen gibt, damit müssen Sie in dem Fall dann sowieso leben.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Da muss ich noch einmal eine Frage anschließen. Natürlich ist das toll mit der elektronischen Version. Ich nutze das ja auch, und man hat den Zugriff, aber, Herr Senator, sehen Sie nicht die Notwendigkeit, dass neben Abgeordneten und Behördenmitarbeitern und -mitarbeiterinnen auch eine gewisse Öffentlichkeit Zugriff haben muss, wie die Strukturen hier sind, wen man wie in der Behörde erreichen kann und so weiter? Es sind hier nicht die Abgeordneten primär betroffen, sondern vor allen Dingen diejenigen, die die Zugänge über das elektronische System nicht haben.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sage ja, wir haben in diesem ganzen Verfahren, das uns seit einiger Zeit beschäftigt, gelernt, dass eine Printversion anscheinend unverzichtbar ist. Deswegen wird sie auch kommen. Jetzt geht es darum, dass wir bis zum 15. Februar die Daten haben und mit dem Verfahren, das wir angehen, spätestens im zweiten Quartal dann hoffentlich eine Printversion vorlegen können. Da stimme ich Ihnen ja voll zu!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage habe ich noch. Wenn sich das entgegen Ihren Aussagen doch noch einmal länger verzögern würde, wann ist denn für Sie dann der Zeitpunkt gekommen, an dem Sie sagen, jetzt macht es überhaupt keinen Sinn mehr, eine Printversion zu machen, das kostet viel zu viel Geld, wir warten jetzt ab, bis die Wahlen in Bremen waren, und gehen das Ganze dann noch einmal wieder von vorn an?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das werde ich dann besprechen müssen. Wir werden das auch im Betriebsausschuss bei Performa, wo Sie ja auch mit Ihren Kollegen vertreten sind, noch einmal diskutieren.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Verlagerung der Stroke-Unit-Abteilung des Klinikums Ost**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wargalla, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kosten sind durch die Verlagerung der Stroke-Unit-Abteilung vom Klinikum Ost ins Klinikum Mitte entstanden, und über welche Budgets wurden sie abgerechnet?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat diese Verlagerung ins Klinikum Mitte auf die zukünftigen Sachkosten des Klinikums Ost?

Drittens: Welche Auswirkungen hat die Verlagerung jeweils in Bezug auf die CT-Kapazität und die Wartezeiten?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat hat die Bürgerschaft im Zusammenhang mit der Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Juli 2005 am 16. August 2005 darüber unterrichtet, dass allein qualitative Gründe für die Verlagerung der Stroke Unit an das Klinikum Bremen-Mitte ausschlagge-

bend sind und es sich hierbei um eine Zwischenlösung bis zur endgültigen Verlagerung der Akutneurologie handelt. Soweit es um die Kosten geht, ist zwischen den während der Übergangszeit entstehenden Kosten und den angestrebten dauerhaften Effekten zu unterscheiden.

Nach den Betriebsunterlagen des Klinikums Bremen-Ost sind im Jahr 2005 während der Übergangsphase der Verlagerung der Stroke Unit an das Klinikum Bremen-Mitte für Untersuchungsleistungen bei Schlaganfallpatienten Rechnungen des Klinikums Bremen-Mitte vorwiegend im Bereich Radiologie, Labor, Endoskopie und Kardiologie in Höhe von zirka 617.000 Euro ausgestellt worden, die aus dem Budget des Klinikums Bremen-Ost beglichen wurden.

In der Gesamtbetrachtung ergeben sich Entlassungen an anderer Stelle, deren Effekte jedoch kurzfristig nicht kalkuliert werden können. Sie stehen in Zusammenhang mit den qualitativen Verbesserungen der akutmedizinischen Versorgung insbesondere bei hirnradiologisch geschädigten Patienten mit neuroradiologischer und gefäßchirurgischer Intervention, die durch die Verlagerung der Stroke Unit an das Klinikum Bremen-Mitte und den Aufbau des dortigen Kopfbereichs zum Beispiel durch Vermeidung von Transporten erreicht werden.

Zu Frage zwei: Theoretisch lassen sich die im Jahr 2005 angefallenen Kosten für die Zukunft hochrechnen. Tatsächlich sieht die Planung der Gesundheit Nord gGmbH jedoch vor, den akutneurologischen Versorgungsauftrag einschließlich der Schlaganfallakutbehandlung im Frühjahr 2006 mit der Fortschreibung des Krankenhausplans dem Klinikum Bremen-Mitte endgültig zuzuordnen und damit die bestehende Übergangsphase zu beenden.

Zu Frage drei: Die Auswirkungen auf die Kapazitäten der Computertomographie und die dortigen Wartezeiten sind gering. Nach Angaben des Klinikums Bremen-Ost werden freie Kapazitäten überwiegend von der Neurologie genutzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine kleine Zusatzfrage hätte ich noch. Da mir zu Ohren gekommen ist, dass gerade die Auslastung der Kapazitäten in Mitte inzwischen so stark ist, dass sehr große Wartezeiten bestehen, während im Klinikum Bremen-Ost der CT dasteht und natürlich keine Patienten hat, die ihn nutzen können, geht meine Frage dahin: Was wird denn mit dem CT in Ost? Wird der für andere Sachen verwen-

det? Was ist mit dem CT im Klinikum Bremen-Mitte? Kommt da noch einer dazu, damit man die Patienten alle schneller behandeln kann? Das ist ja bei Schlaganfallpatienten wichtig, dass sie ganz schnell behandelt werden.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Letzteres ist absolut richtig. Wir müssen das Leistungs- und Angebotspektrum in Mitte so aufstellen, dass wir tatsächlich auch schnell die unterschiedlichen Therapien zur Verfügung stellen. Das ist ja gerade der Sinn, dass wir das im Klinikum Bremen-Mitte konzentrieren. Wenn das dann notwendig sein sollte, dass man zu den bestehenden Geräten noch weitere benötigt, dann müssen wir uns darüber unterhalten. Das kann ich jetzt an dieser Stelle noch nicht definitiv beantworten.

Was die Ausnutzung des CT im Klinikum Bremen-Ost betrifft, da haben wir beide, Frau Wargalla, offensichtlich unterschiedliche Informationen. Sie sagen, er wird nicht genutzt, ich habe die Information, dass der CT durch die Neurologie ausgelastet ist. Da würde ich vorschlagen, dass wir uns beide noch einmal gemeinsam informieren und dann anlässlich der nächsten Deputationssitzung die Informationen austauschen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, dass die Kosten, die Sie in der Kleinen Anfrage einmal mit 411.000 Euro beziffert haben, jetzt für das Jahr 2005 mit 617.000 Euro beziffert werden und dem Klinikum Bremen-Ost ins Budget eingerechnet werden. Heißt das, dass diese 617.000 Euro jetzt jährlich für das Klinikum Bremen-Ost entstehen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich habe ja ausgeführt, dass wir uns in einer Übergangsphase befinden. Man muss es sich so vorstellen, das, was im Klinikum Bremen-Mitte jetzt geleistet wird, ist quasi in Dependence für das Klinikum Bremen-Ost, es ist ja alles noch bei Ost angesiedelt, im Klinikum Bremen-Mitte werden die Leistungen erbracht, es stellt quasi nur die Räume zur Verfügung. Diese 617.000 Euro beziehen sich jetzt auf das ganze Jahr. Die 411.000 Euro, die Sie aus der Kleinen Anfrage zitiert haben, waren ja nur ein Teilbereich des Jahres, ich glaube, bis August oder September. Insofern kommt das mit der Gesamtbetrachtung von 617.000 Euro hin. Das ist jetzt für diese besondere Situation so zu sehen. Wenn wir das aber mit dem Ziel, das Angebot insgesamt kom-

plett und vollständig zum Klinikum Bremen-Mitte zu verlagern, endgültig betrachten, dann wird es eine ganz neue Rechnung geben müssen.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Raumsituation der Schule an der Hamburger Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte Frau Kollegin Stahmann, die Anfrage zu stellen!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die beengte räumliche Situation insbesondere bei der Mittagessenversorgung und in den Fachräumen an der Schule Hamburger Straße?

Zweitens: Welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten wird der Senat in absehbarer Zeit ergreifen?

Drittens: Wie bewertet der Senat den einstimmigen Vorschlag des Beirats Östliche Vorstadt, die ehemalige Sonderschule am Brommyplatz, die derzeit von der Polizei genutzt wird, gemeinsam von der Gesamtschule Mitte und der Hamburger Straße nutzen zu lassen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Die Fachraumversorgung des Gymnasiums an der Hamburger Straße ist zurzeit ausreichend. Die mit der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges verbundene Aufstockung der Studententafel in den Klassenstufen sieben bis zehn wird von der Schule ab dem Schuljahr 2006/07 unter anderem durch die erhöhte Nutzung der vorhandenen Fachräume am Nachmittag organisiert. Der Senat hält eine Erhöhung der Fachraumkapazitäten aus diesem Grunde für nicht erforderlich.

Im Gymnasium an der Hamburger Straße wird bereits jetzt ein Mittagessen angeboten. Sollte die Nachfrage ab dem Schuljahr 2006/07 durch den verstärkten Unterricht am Nachmittag steigen,

müssen Lösungen zur Erhöhung der Essenskapazitäten im vorhandenen Raumbestand gefunden werden.

Zu Frage drei: Nach den abschließenden Standortentscheidungen zur Polizeireform stehen das Gebäude der ehemaligen Sonderschule am Brommyplatz sowie der benachbarte Mobilbau für eine schulische Nutzung nicht zur Verfügung. Das zwischenzeitlich von der Polizei freigezogene Eckgebäude Hoyaer Straße 11 ist aufgrund seines Bauzustandes und der vorhandenen kleinteiligen Raumstruktur für eine unterrichtliche Nutzung nicht geeignet beziehungsweise lässt sich mit einem wirtschaftlich vertretbaren Kostenaufwand nicht entsprechend herrichten.

Vor diesem Hintergrund ist entschieden worden, die für den gebundenen Ganztagsbetrieb der Gesamtschule Bremen-Mitte notwendigen zusätzlichen Räume durch einen Anbau auf dem Schulgrundstück an der Hemelinger Straße zu realisieren. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch nach einer Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, es ist ja jetzt nicht von der Hand zu weisen, dass anscheinend bei der Mittagessenversorgung am Gymnasium Hamburger Straße die Schülerinnen und Schüler zum Teil auf den Fensterbänken sitzen, weil es in den Räumen sehr eng zugeht und eine Mensa fehlt, in der das Mittagessen eingenommen werden kann, oder dass in den Klassenräumen ausreichend improvisiert werden kann, um dort eine ordentliche Mittagessenversorgung mit ausreichend Platz zu gewährleisten. Dazu würde ich Sie gern fragen, wie das denn gelöst werden soll!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wie Sie wissen, hat diese Schule gerade in den letzten Jahren diesen wunderbaren Anbau bekommen. Es gibt dort die Möglichkeit für maximal 100 Kinder, Mittagessen einzunehmen. Das hatte die Schule früher nicht. Es wäre wünschenswert, wenn wir das erweitern könnten, aber die finanziellen Rahmenbedingungen dieses Landes lassen das nicht zu. Ich verweise darauf, dass die Gesamtschule Mitte seit Jahren eine Mittagessenausgabe macht, und die Kinder nehmen gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern die Mahlzeiten in den Klassenräumen ein, ohne dass es dort früher zu Protesten geführt hat. Es ist wünschenswert, das zu erweitern, aber wenn wir es nicht finanzieren können, wird man sich anders organisieren müssen.

Ich verweise auch darauf, dass, wenn es gewünscht wird, man den Samstag auch als Schultag aktivieren kann. Das macht auch zumindest eine mir bekannte Schule in Bremen, ohne dass es zu Protesten der Eltern dort geführt hat. Wenn man dort Steuergelder einsparen kann, dann bin ich sehr dankbar, wenn kreative Lösungen gefunden werden. Wir werden nicht alles, was wünschenswert ist, auch in der Zukunft gleich umsetzen können, dazu fehlt uns leider das nötige Geld.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie wissen auch, die Gesamtschule Mitte ist eine sehr gut angewählte Schule, darf derzeit aber nicht mehr als 66 Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Ist es denn auch denkbar, dass man dort den Schlüssel ein wenig nach oben setzt und sagt, die Gesamtschule Mitte, die ja doppelt so viele Anmeldungen hat, dürfte auch mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen, damit es vielleicht zu einer besseren Verteilung dort im Stadtteil kommt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Erst einmal gibt es eine Dependance an der Brokstraße, die haben Sie, glaube ich, in Ihrer Rechnung eben nicht dabei gehabt, denn diese Schülerinnen und Schüler müssen Sie logischerweise zunächst noch, solange das Konzept dort besteht, dazurechnen. Außerdem wäre das nicht die richtige Antwort. Die Raumsituation an der Hemelinger Straße ist nicht so gehalten, dass das dort leicht umzusetzen wäre. Solange es im Stadtteil die Möglichkeit gibt - und die ist vorhanden an der Schaumburger Straße, dort gibt es ausreichend guten Schulraum und übrigens auch ein gutes schulisches Angebot -, kann ich nicht, weil die Nachfrage an diesem einen Standort jetzt so groß ist, eine andere Schule schließen oder weiter reduzieren und sie in ganz schwierige Situationen bringen und gleichzeitig mit nicht vorhandenen Steuergeldern an einer Schule, die keinen Platz dafür hat, zusätzlich etwas anbauen. Das macht aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, am Beispiel Hamburger Straße wird deutlich, dass durch den verkürzten gymnasialen Bildungsgang die Schulen eine sehr verdichtete Studententafel im Augenblick vorhalten, die auch die Gymnasien dazu bringt, über eine integrierte Mittagessenversorgung nachzudenken, damit die Schülerinnen und Schüler überhaupt den Tag

überstehen, weil sie teilweise eine Stundentafel von 34 bis 36 Wochenstunden haben. Daran schließe ich meine Frage an: Nimmt der Senat Gespräche mit den Gymnasien auf, um an den Schulstandorten dieses Problem einmal konzentriert zu diskutieren und dort auch zufriedenstellende Lösungen zu erarbeiten, denn man hört auch von vielen Problemen an dieser Stelle?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ja, das nehmen wir nicht auf, wir befinden uns in einem permanenten Diskussionsprozess mit unseren Schulen, das ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir über die anstehenden Probleme sprechen. Ich sage es Ihnen noch einmal, vor ungefähr einem Jahr haben wir die Schulen gefragt: Wie wollt ihr die verdichteten Inhalte umsetzen? Wir haben den Schulen angeboten, es entweder zweimal am Nachmittag oder alternativ an jeweils jedem zweiten Samstag zu machen, dann braucht man sich eben nicht diese Gedanken mit der Mittagessenversorgung zu machen. Das entscheiden die Schulen für sich, und wenn sie sich entschieden haben für zweimal die Nachmittage, dann muss man mit dem vorhandenen Bestand klarkommen.

Es geht nicht in der Zukunft, ganz sicher nicht, wenn wir auch den Unterricht als Hauptthema haben, da haben wir keine Differenzen, dass die Qualität des Unterrichts wichtiger ist als gegebenenfalls die Qualität der Mensa oder des Raumes, wo die Kinder dann ihr Essen einnehmen, dort bin ich für eine gesunde Ernährung. Es muss möglich sein, wenn die Kasse leer ist, sich dann auch mit kreativen Möglichkeiten zu helfen. Man kann nicht alles, was wünschenswert ist, in der Zukunft auch immer sofort umsetzen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie hatten vorhin die Kosten angesprochen für den Brommyplatz oder die Hoyaer Straße. Da hätte ich gern noch einmal die Zahl gewusst!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die Umbaukosten konkret betreffend, dazu haben wir noch keine Planung, das wäre auch hinausgeworfenes Geld. Ich kann ja erst über eine Planung nachdenken, wenn derjenige, der das Gebäude heute besetzt, sagt, ja wohl, ich gehe hinaus, ich mache das mit, wir

brauchen dieses Gebäude nicht. Das ist aber überhaupt nicht so. Der Kollege Innensenator hat uns ganz klar gesagt, dass aus verschiedenen Gründen, die ich absolut nachvollziehen kann, dieses Gebäude nicht freigemacht wird. Ich fange doch erst dann an zu planen und gebe dann erneut auch Steuergelder aus, wenn ich weiß, das Gebäude ist verfügbar. Das Gebäude ist nicht verfügbar, deshalb ist das eine Diskussion, die ich auch im Stadtteil kaum nachvollziehen kann.

Es gibt natürlich auch einen Riesenstreit, wenn ich sage, ich nehme jetzt der Gesamtschule Mitte das Geld weg. Wir sind im Augenblick in der Planung, wie die Räume dort genau in das Schulkonzept eingepasst werden können. Wenn ich jetzt sage, ich nehme das Geld dort weg, um hier eine alte Schule umzubauen und das entsprechend zu gestalten, dann habe ich einen neuen Streit zwischen den Schulen im Stadtteil. Das halte ich nicht für sehr förderlich. Da sich die Diskussion aber gar nicht stellt, verstehe ich hier auch nicht die Initiative im Beirat. Es gibt diese Diskussion nicht, weil das Gebäude nicht verfügbar ist.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie hatten von den Kosten der Hoyaer Straße 11 gesprochen, diese Zahl würde ich gern wissen!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir haben das nicht spitz gerechnet, sondern meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in das Haus gegangen, haben sich das Haus angesehen - ich selbst kenne es nur von der Außenansicht - und haben gesagt: Finger weg von diesem Gebäude, das würde einen derartigen finanziellen Aufwand erfordern, um es für Mensa-, Küchenbetrieb, Versorgung et cetera umzubauen! Das würde fiskalisch einen absoluten Nonsens darstellen, darüber auch nur nachzudenken und Geld auszugeben, um dann festzustellen, dass das so teuer ist und letztendlich eben nicht zu einer befriedigenden Lösung führt.

Wenn beide Schulen im Prinzip nicht sehr begeistert sind von einer gemeinsamen Lösung und wir jetzt einen Riesenstreit anfangen mit der Gesamtschule Mitte, was gibt das dann für einen Sinn, hier weiter konkret zu planen? Bei diesem Gebäude kann ich Ihnen jetzt nicht die Zahl sagen, 1,5 Millionen oder 2,5 Millionen Euro, das haben wir nicht überprüft, wir haben unsere Mitarbeiter hineingehen lassen, und sie haben gesagt: Finger weg von diesem Gebäude!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, kann ich davon ausgehen, dass Sie beziehungsweise auch die Verwaltung mit dem Beirat Östliche Vorstadt nochmals das Gespräch in dieser Frage suchen? Es scheint ja ein drängendes Problem zu sein: Es gab einen Fernsehbericht, es gab eine Elternversammlung, und dort gibt es ja schon eine große öffentliche Diskussion über die Raumsituation.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Aber wenn der Beirat mit mir sprechen möchte, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der Beirat sich an den Senator wendet und fragt, ob er bereit ist, dort im Beirat Stellung zu beziehen. Ich kann mich nicht an eine einzige Situation erinnern, in der ich irgendwann gekniffen habe, wenn die Beiräte, die Stadtteilvertreter, auf mich zukommen und ich eine Position vertrete, so wie ich es auch jetzt hier mache. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich dann in den Beirat gehe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, vielleicht erst von der Fach- und Klassenraumsituation weg zur Essensversorgung! Können Sie mir einen vernünftigen Grund nennen, warum eine neu gebaute Mensa - und dabei ist mir momentan egal, ob die am Brommyplatz oder an der Hemelinger Straße steht - nicht von zwei Schulen gemeinsam genutzt werden kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die praktische Umsetzung ist manchmal etwas schwieriger als die theoretische Planung. Wenn Sie sehen, welche Konflikte wir haben, wenn wir Dependancen einrichten, dann sehen Sie, dass die Probleme in der praktischen Umsetzung entstehen. Auf dem Papier kann man das sehr gut planen. Ich hätte übrigens auch nichts dagegen, wenn der Innensenator gesagt hätte, wir geben das Gebäude frei, wir hätten die Planungen erarbeitet, und ich hätte Ihnen das in der Deputation zur Entscheidung vorgelegt, und dann hätten wir gesehen, ob es funktioniert oder nicht. Es gibt dort aber Schwierigkeiten. Sie können ganz sicher sein, wenn es dann um die Belegung, um Sauberkeit, Ordnung und Disziplinargeschichten geht, wäre das nicht ganz einfach, aber ich wäre so mutig gewesen, das der Deputation

vorzuschlagen. Die Frage stellt sich aber nicht, weil das Gebäude nicht zur Verfügung steht, ganz einfach!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, Sie haben einen Teil meiner Frage offenbar nicht verstanden. Ich sagte, egal, ob diese Mensa am Brommyplatz oder an der Hemelinger Straße gebaut wird! Es wird eine Mensa an der Hemelinger Straße gebaut. Sind Sie der Auffassung, dass diese Mensa von zwei Schulen gemeinsam genutzt werden könnte?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Meinen Sie eine imaginäre Mensa irgendwo - -!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Es wird eine Mensa in der Gesamtschule Mitte errichtet. Sind Sie der Auffassung, dass diese errichtete Mensa von zwei Schulen, nämlich von der Hamburger Straße und von der Gesamtschule Mitte, nicht gemeinsam genutzt werden kann? Das ist keine imaginäre Mensa, das ist eine Mensa, die gebaut wird!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ja, dann müssen Sie die Frage auch so konkret stellen,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Habe ich!)

wie Sie es jetzt klargestellt haben. Ihrer Anfangsfrage konnte ich überhaupt nicht entnehmen, dass Sie damit meinten, die geplante Mensa an der Gesamtschule Mitte sollte in Zukunft gemeinsam genutzt werden. Hier ist eine Mensa geplant und beschlossen durch Deputationsbeschluss für 300 Mittagessen, das entspricht in etwa der Planung der Gesamtschule Mitte. Die Gesamtschule Mitte sagt: Wenn Sie wollen, dass die Hamburger Straße das mitnutzt, dann muss sie ja völlig neu geplant werden. Das muss dann architektonisch anders geplant, die Zugänge müssen anders gemacht werden, damit die Schüler dann auch entsprechend die Mensa nutzen können, und sie muss mit Sicherheit dann auf 400, 500 oder 600 Essen ausgerichtet werden. Dann müssten wir eine neue Mensa planen, das ist absolut logisch.

Selbstverständlich kann ich mir vorstellen, dass diese gemeinsame Nutzung möglich ist, aber dann muss man sagen, das ist eine Mensa für

beide Schulen, und bisher habe ich diesen Auftrag nicht bekommen, sondern ich habe einen Auftrag von der Deputation bekommen, für die Gesamtschule Mitte eine Mensa zu bauen. Das haben wir geplant und setzen es um.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Aufgrund der jetzt aufgetretenen Problematik, Herr Senator, wäre dies aber durchaus eine Möglichkeit, die die Verwaltung angehen könnte, um auch insgesamt Kosten zu sparen und diese Situation, die so ist, wie Frau Kollegin Stahmann sie geschildert hat, nämlich, dass Schüler meiner Ansicht nach unter unzumutbaren Bedingungen dort eine Mittagessenversorgung haben, zu verbessern. Von daher ist nur meine Bitte zu diesem Bereich des Komplexes, dass Sie Ihre Verwaltung bitten, dieses Thema anzugehen und uns in der Deputation darüber zu berichten.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Darf ich mir erlauben, auf Ihre Frage zu sagen: Gegenüber dem, was in Zukunft den Menschen in unserer Stadt noch zuzumuten ist, ist das eine Problematik, die ich gern mit den Eltern aufnehme, was den Kindern zuzumuten ist, ob es zuzumuten ist, dass sie zum Beispiel jeden zweiten Samstag in die Schule gehen, um ihren Unterrichtsstoff zu lernen, ohne dass dadurch zusätzliche Ausgaben auf den Staat zukommen. Ich sage Ihnen, wir müssen den Menschen in dieser Stadt in den nächsten Jahren noch einiges zumuten, was schwieriger wird als diese Fragestellung.

In der Tat, wenn wir das machen - wir haben am 9. Februar Deputationssitzung -, bringen Sie den Antrag ein, dann müssen wir nur die Planungen stoppen. Ich bin bereit, darüber nachzudenken, aber wir müssen all das, was wir jetzt in Gesamtschule Mitte angefangen haben, erneut auf den Prüfstand stellen. Wenn die Deputation das so umsetzen möchte, bin ich selbstverständlich bereit, Herr Rohmeyer, das auch entsprechend umzusetzen, aber es wird den Bau verzögern und das Ganze erschweren.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, neben der Frage der Essenversorgung ging es auch bei dieser Frage um die Klassen- und Fachraumversorgung. Sie haben wörtlich geantwortet: „Die Fachraumversorgung des Gymnasiums an der Ham-

burger Straße ist zurzeit ausreichend.“ Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass nicht alle Klassen des Gymnasiums Hamburger Straße am Standort Hamburger Straße unterbracht werden konnten, so dass man wohl kaum von einer ausreichenden Versorgung sprechen kann, wenn man schon Klassen auslagern muss?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir haben gemeinsam in der großen Koalition beschlossen, die durchgängigen Gymnasien zu erweitern um die Klassen fünf und sechs. In der dramatischen Haushaltslage haben wir uns nicht imstande gesehen, die zusätzlich nötigen Räumlichkeiten durch Neubauten in die Schulen zu setzen. So haben wir sehr viele kreative Wege gefunden: Am Alten Gymnasium haben wir den Wandrahm, der nicht zu verkaufen war, reaktiviert, wir haben am Hermann-Böse-Gymnasium den Barkhof reaktiviert, ohne dass große zusätzliche Kosten auf den Steuerzahler zugekommen sind. Hier, an dieser Stelle, in der Östlichen Vorstadt, ich habe es schon gesagt, haben wir die Schaumburger Straße hinzugezogen; wunderbare Räume, zum Teil modernisiert, zum Teil neu gebaut, hervorragend geeignet für die Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klassen. Es hat einen Kompromiss gegeben, zwischen dem Gymnasium an der Hamburger Straße, wie Sie wissen, und der Schaumburger Straße zu kooperieren und die Steuergelder zu schonen.

Das stelle ich nicht in Frage, sonst würde ich meinem Auftrag doch gar nicht nachkommen. Da bin ich richtig ein bisschen ungehalten, denn wir machen einen vernünftigen Kompromiss, wir unterstützen die Schulen zu kooperieren, und hier entsteht der Eindruck, als würden wir den Schülerinnen und Schülern nicht genügend Räume zur Verfügung stellen. Die Fachräume haben wir in den letzten fünf Jahren, die wir jetzt meinen, in dem Neubau geschaffen. Wir haben in den letzten Jahren seit 1999 7,7 Millionen Euro nur in die beiden Standorte Hamburger Straße und Gesamtschule Mitte gesteckt, und jetzt sind wir bereit, noch einmal sechs Millionen Euro in diesen Stadtteil zu stecken. Da jetzt zu sagen, jetzt muss noch weiter ausgebaut werden, kann ich hinten und vorn nicht hinbekommen, und ich kann diese Fragestellung jetzt nicht nachvollziehen. Das tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, vielen Dank, dass Sie noch einmal ausgeführt haben,

was wir alles gemeinsam beschlossen haben! Trotzdem ist ja festzustellen, dass diese Kooperation, die Sie angesprochen haben, zwischen den Schulen Schaumburger Straße und dem Gymnasium Hamburger Straße zumindest nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat. Das muss man ja auch zur Kenntnis nehmen, und ein Schulweg zwischen den Schulen von mehreren Kilometern ist ja auch nicht vergleichbar mit der Situation am Alten Gymnasium, wo es sich um 100 Meter handelt, oder am Hermann-Böse-Gymnasium, wo es sich um 300 Meter Luftlinie zwischen den beiden Standorten handelt. Daher möchte ich Sie einfach nur bitten, dass man offen alle Möglichkeiten prüft, wie man weiter steuer-geldsparend hier eine bessere Situation hinbekommen kann, und ich würde mich freuen, wenn Sie das als Bitte an Ihre Verwaltung mitnehmen könnten.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich gebe die Bitte weiter.

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Zur Aktuellen Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Neuaufrichtung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. November 2005
(Drucksache 16/432 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2006 (Drucksache 16/466 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin, ich frage Sie, ob Sie die Antwort mündlich wiederholen wollen. - Das ist nicht der Fall.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir im August 2005 diese Große Anfrage „Neustrukturierung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH“ der SPD zur Abstimmung gegeben haben, habe ich erstens nicht gewusst, dass die SPD es ablehnt, diese Fragen zu stellen, und zweitens, dass ich erst fünf Monate später dieses Thema hier debattieren würde, und drittens ahnte ich auch noch nicht, wie aktuell die Fragen heute eigentlich wieder sind.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Hier steht November 2005!)

Im August 2005 habe ich sie eingereicht zur Abstimmung bei der SPD, insofern sind das fünf Monate. Drittens ahnte ich noch nicht, wenn ich fortführen darf, wie aktuell das Thema heute eigentlich wieder ist bei den Fragen, die sich aus der letzten Woche aus der Landeskrankenhausplanung Bremerhaven ergeben. Da war nur eine Struktur von drei Krankenhäusern verlangt, und es ist einfach nicht gelungen, ein zukunftsfähiges Projekt auf die Beine zu stellen. Ich bin also mehr denn je der festen Überzeugung, dass jede unserer gestellten Fragen ihre grundsätzliche Berechtigung hat.

Worum geht es also? Es geht um die Neustrukturierung der Kliniken der Gesundheit Nord, unserer ehemaligen stadtbremischen kommunalen Kliniken, die heute in einer Holding, der Gesundheit Nord, zusammengeführt sind. Es geht in den Fragen, die wir gestellt haben, darum, wie sich der Senat die Zukunft dieser Kliniken vorstellt. Es geht um Fragen, was zu tun ist, wenn die Maßnahmen, die bis heute zur Zukunftssicherung beschlossen und eingeleitet worden sind, nicht ausreichen, wenn Verhandlungen scheitern, die aber zwingend notwendig sind, um den Erlös der Kliniken zu verbessern, um schlicht wettbewerbsfähig zu sein, um überleben zu können, oder, wenn uns die Realität einholt, wenn, wie wir es zurzeit in Bremerhaven erleben, sich Einzelinteressen einfach nicht vereinen lassen.

Jeder, der die Antwort des Senats gelesen hat, wird sich die Frage stellen: Und, wo stehen wir jetzt? Wo ist eigentlich das Problem? Wir sind doch auf dem besten Weg, werde ich gleich hören. Meine Damen und Herren, wir können es der

überregionalen Presse entnehmen, Krankenhäuser sind im ganzen Land in einer schwierigen Situation. Das trifft natürlich auch für Bremen zu. Viele stehen vor der Insolvenz, das Budget des stationären Sektors ist seit mehr als zehn Jahren nicht mehr gestiegen, und gleichzeitig haben die Kosten zugenommen. Man kann sagen, mit einem realen Minusbudget müssen immer mehr Patienten versorgt werden.

Wir können zurzeit fast täglich in der Presse von den unzumutbaren Verhältnissen für Patienten und Mitarbeiter in deutschen Kliniken und über Milliardendefizite der Krankenhäuser lesen. Ärzte demonstrieren, Kliniken werden privatisiert, Krankenhäuser schließen sich zu Verbänden zusammen und so weiter. Ein düsteres Bild beschreibt ein deutsches Gesundheitssystem.

Ich will an dieser Stelle noch einmal kurz auf fünf ganz allgemeine Risiken hinweisen. Erstens, bis 2009 wird innerhalb eines Bundeslandes für eine vergleichbare Lösung eine einheitliche Fallpauschale gezahlt. Dies hat zur Folge, dass einige Krankenhäuser Erlöse verlieren, während andere Erlöse gewinnen.

Zweitens, wie wird sich die Nachfrage nach Krankenhausleistungen eigentlich entwickeln? Wie werden sich daraus die Erlöse für die Krankenhäuser entwickeln? Eine Budgetdeckelung halte ich übrigens auch weiterhin für durchaus wahrscheinlich, so dass mit einer Erlöszunahme nicht zwingend zu rechnen ist, übrigens bei steigenden Fallzahlen so oder so nicht.

Drittens, zu den öffentlichen Fördermitteln brauche ich, glaube ich, nicht viel zu sagen. Sie werden nicht ansteigen, so viel kann man wohl schon einmal verraten.

Viertens, Kostenträger werden stationäre Leistungen im Sinne von ambulant vor stationär stärker überprüfen, ob sie nicht auch ambulant erbracht werden können. Das heißt Rückgang der Erlöse im stationären Bereich. Selbst wenn das Krankenhaus in der Lage ist, die ambulanten Leistungen selbst zu erbringen, wird die Zunahme im ambulanten Bereich den Erlösverlust im stationären Bereich nicht decken.

Fünftens, bewahrheitet sich ein Ärzte- und Pflegepersonalmangel, wird es zu Personalkostenwachstum kommen, das in jedem Fall über dem kostenbedingten Budgetzuwachs liegen wird. Der zunehmende Ärztemangel wird den Wettbewerb um gute Ärzte verstärken. Es ist daher eine Frage der Zeit, bis die Gehälter steigen.

Wenn Kliniken also massive Finanzprobleme haben, dann nähern wir uns dem Zeitpunkt, an dem wir um wirkliches Handeln nicht mehr herumkommen. Wir wissen alle, dass der Staat und das Land keine weiteren Subventionen erlauben. Der Senat bleibt uns Antworten schuldig, was eigentlich geplant ist, wenn man feststellt, dass die Maßnahmen, die zurzeit angestrebt werden, nicht ausreichen. Die Antworten zeigen uns die derzeitige Beschlusslage, das ist wohl richtig, aber nur eine ganz allgemeine, kleine Öffnung für eventuelle Korrekturen der Beschlüsse, falls ein Mosaikstein dieser Maßnahmen nicht greifen wird.

Zu sagen, ich zitiere aus der Antwort mit Erlaubnis des Präsidenten, „sollten die Maßnahmen nicht ausreichen, geht der Senat davon aus, dass der Aufsichtsrat weitergehende Maßnahmen entwickelt“, oder „der Senat behält sich vor, über weitergehende Maßnahmen nachzudenken, falls die beschlossenen Maßnahmen sich als nicht ausreichend erweisen sollten“, meine Damen und Herren, das reicht ja wohl nicht aus. Das hört sich ja so an wie: Schauen wir einmal!

Meine Damen und Herren, das nennt man Schneckenhauspolitik: Schritt für Schritt abwarten, ob sich das Risiko auch wirklich einstellt, und dann sehen wir weiter! Das ist Stillstand. Mitarbeiter und Bürger haben aber das Recht darauf zu erfahren, wohin die Reise geht. Wir wissen, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand der Beschluss, den so genannten Dangaster Konsens umzusetzen, diesen noch zu kombinieren mit weiteren so genannten hausindividuellen Maßnahmen der einzelnen Häuser, das heißt, jedes Haus verbessert noch einmal sein Erlösergebnis, nicht ausreicht, die Kliniken zusammen auf sichere Füße zu stellen. Das kann man in einem Interview in der Zeitung „Leuchtturm“ nachlesen. In „Leuchtturm“ wird im Interview mit dem Geschäftsführer der Holding geschrieben, dass alle Maßnahmen zusammen nicht ausreichen und wir nach wie vor ein Erlösergebnis von 48 Millionen Euro bis 2010 haben.

Es reicht eben, meine Damen und Herren, bei weitem nicht aus, Beschlüsse von Aufsichtsrat zu Aufsichtsrat zu fassen, die der Geschäftsführung der Gesundheit Nord immer nur im Schnecken-tempo Gelegenheit geben zu handeln. Unternehmensplanung und Zukunftssicherung sollten in der Lage sein, Chancen und Gefahren für das Unternehmen frühzeitig zu erkennen, damit fällige Maßnahmen von der Unternehmensleitung eingeleitet werden können. Damit wird vorausschauendes Handeln überhaupt erst möglich anstelle von nachträglichem Reagieren. Das heißt, vorausschauendes Planen statt späteres Nachbessern unterstützt den Erfolg. Ich habe große Be-

denken, dass wir hier in verzweifeltes Reagieren verfallen könnten.

Eingerechnet sind zum Beispiel schon die Ergebnisse der Tarifverhandlungen, auch nachzulesen in dem Interview, aber, meine Damen und Herren, was passiert denn eigentlich, wenn die Tarifverhandlung nicht das gewünschte Ergebnis bringt, was passiert denn eigentlich, wenn der Marburger Bund für die Ärzte Gehaltserhöhungen erzielen wird, wenn auch nicht in angestrebter Höhe von 30 Prozent, aber jedes Prozent wirft unser bestehendes Konzept aus der Kurve? Es ist doch ganz normal, wenn man neben einem schwer errungenen Beschluss auch einen Plan B oder möglichst einen Plan C bereithält. Man muss sich Gedanken um Unternehmensformen machen, über die finanzielle Unabhängigkeit der Holding von Landesmitteln. Wir haben Ebbe in der Kasse, und die Flut wird sich sicherlich nicht einstellen, jedenfalls nicht in Form von landeseigenen Geldmitteln.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, wer ist denn in der heutigen Zeit noch in der komfortablen Situation, für sein Unternehmen nur für ein halbes Jahr in die Zukunft zu sehen? Ziel muss doch sein, vorausschauend zu planen und den Menschen Sicherheit zu geben für die nächsten Jahre! Es bestehen hohe Risiken, und die sind auch benannt und bekannt. Eine rational kaufmännische Betrachtung ist notwendig, und das sind wir als Politiker unseren Bürgern auch schuldig, Klarheit zu schaffen und dann pragmatisch vorzugehen und Lösungen herbeizuführen.

Was macht denn zum Beispiel der Senat, wenn sich die SPD den Vorschlägen entzieht? Das habe ich gerade letzte Woche erlebt, als es um die vorgeschlagene Strukturveränderung in Bremerhaven ging. Ich glaube auch, dass manche Entscheidungsträger noch mit beiden Beinen in den Wolken stehen, ganz ehrlich! Es geht nicht so weiter, es muss sich eine Grundhaltung ändern! Der Zeitfaktor ist wichtig, die Uhr tickt, und wer die Chancen begreift, sollte sie eigentlich auch ergreifen. Das Fallbeil fällt in jedem Fall 2009, am Ende der Konvergenzphase. Wir wollen gemeinsam die Kliniken als großen Arbeitgeber in Bremen behalten und Arbeitsplätze sichern. Die Alternativen sind bekannt und bestimmt nicht angenehmer. Wir werden bald noch härtere Maßnahmen ergreifen müssen, als es jetzt schon der Fall ist. Der Preis wird immer höher, den wir alle dafür zahlen, je länger wir die nötigen Anpassungsmaßnahmen hinauszögern.

Meine Damen und Herren, wir haben ein gemeinsames Ziel: eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten und die Sicherung von tausenden von Arbeitsplätzen. Diese Krankenhäuser

gehören zu den größten Arbeitgebern des Landes. Wir haben eine Verantwortung, diese Arbeitsplätze zu erhalten. Ich möchte eine frühzeitige Planung, ein Management für die Zukunft. Mir fehlt in allem und vor allem auch in der Antwort des Senats die Zukunft! Wir brauchen Klarheiten und ein pragmatisches Vorgehen. Ich spreche das hier heute noch einmal an, damit wir nicht in zwei bis drei Jahren behaupten können, dass wir es vielleicht nicht gewusst haben. Wer jetzt glaubt, dass wir mit dieser Schneckenhauspolitik auf dem richtigen Weg sind, der irrt meines Erachtens.

Ich sehe zu viele Entscheidungsträger stillstehen. Es wäre doch fatal, wenn wir es hier in Bremen schaffen könnten, ein wirkliches, prominentes Desasterbeispiel zu schaffen: Risiko früh erkannt, aber leider dann den Kurs nicht gehalten und das Flaggschiff der Medizin versenkt! Die Rettung der Krankenhäuser wird uns nur gelingen, wenn auch der Kostenrahmen sichergestellt ist.

Es ist legitim zu fragen, welche offenen Risiken sich erkennen lassen. Das ist doch eine ganz normale Diskussion, der die SPD sich heute entzogen hat, indem sie die Initiative gar nicht erst mitgemacht hat. Sie, liebe Kollegen von der SPD, haben noch nicht einmal nachverhandelt, um eigene Fragen einzubringen, sondern die ganze Initiative einfach ignoriert. Man kann doch nicht so tun, als gäbe es hier kein Risiko! Klar ist aber, wir haben hier ein gemeinsames Anliegen. Unser Ziel muss sein, proaktiv zu handeln, konzentrieren wir uns doch einfach auf den gemeinsamen Erfolg!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Gesundheit ist zurzeit ein zentrales Thema, sei es im Bund, sei es hier im Lande. Wir als SPD-Fraktion haben diese Anfrage nicht mitgemacht. Im gegenwärtigen Prozess der Umgestaltung bringt das nichts, und vom Duktus her war das Papier doch sehr einseitig gestrickt. Es entlastet die Geschäftsführung, wir wollen aber eine Gesamtverantwortung für alle.

Was wir im Papier als Plus sehen, ist die Darstellung des Senats, wie er zu einer Privatisierung oder Teilprivatisierung steht, und das ist wichtig, dass wir diese Position hier erfahren haben, denn wir sagen, wir wollen keine Privatisierung, kommunale Kliniken nutzen unserer Stadt, und was der Stadt nutzt, hat für uns Sozialdemokraten höchste Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Warum wollen wir kommunale Kliniken? Ich nenne hierbei nur vier Gründe. Erstens, ein Verkauf bringt der Stadt nicht viel, denn die Privaten würden erst einmal die Pensionslasten zurückverlagern auf die Stadtgemeinde. Zum anderen würden die Investitionen beim Verkauf schon eingerechnet werden für mehrere Jahre, und wenn es wie in Hamburg passiert, würden die Grundstücke auf Erbpacht vergeben, das heißt, Mieteinnahmen wären auch nicht mehr erzielbar. Wie es auch in der „Welt“ am 28. Januar im vergangenen Jahr stand, sind das dreistellige Millionenbeträge, die Hamburg verloren gehen.

Inzwischen scheint aber bei der CDU in Hamburg ein kritisches Nachdenken über Privatisierung um sich zu greifen, nachdem die rentable Hamburger Aluminiumhütte von einem Global Player geschlossen wurde. Hier zeigt sich deutlich, dass große globale Konzerne ihre Entscheidungen nicht an den Interessen einer Stadt ausrichten, sondern nur kurzfristige betriebswirtschaftliche Erfolge erzielen wollen.

Wir als SPD wollen auch in den kommunalen Unternehmen oder Krankenhäusern eine Umsatzrendite erzielen. Allerdings soll diese Rendite in Bremen verbleiben und hiermit volkswirtschaftliche Zwecke erfüllen, das heißt für uns zum Beispiel, Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft zu sichern. Ich kenne ein Beispiel aus dem Badischen, hier hat Helios in Müllheim ein Krankenhaus übernommen. Was machen sie? Sie zentralisieren ihre Wäsche- und Essensversorgung, und dann wird es aus dem Ruhrgebiet in den Süden gebracht. Ich denke, solche Möglichkeiten sind für uns nicht anzustreben. Auch möchten wir weiterhin, dass Krankheiten wie zum Beispiel Aids oder Mukoviszidose zu erschwinglichen Kosten hier optimal behandelt werden, und wir wollen nicht, dass die Behandlungspreise von schwierigen Krankheiten von privaten Kapitaleignern bestimmt werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir den Wunsch der Bevölkerung nach Grundsicherung und Geborgenheit in unserer Stadt nicht ignorieren. Gesundheit ist nicht nur ein betriebswirtschaftliches Problem, sondern hat vielmehr mit Volkswirtschaft und Daseinsfürsorge zu tun. Wir als SPD-Fraktion in Bremen wollen kein neoliberales Diktat in der Gesundheitspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt will ich noch einmal kurz auf die Anfrage eingehen! Hier wird der Wunsch geäußert, ein stärkeres Durchgriffsrecht, weniger Aufsichtsratsitzungen, weniger Beteiligungsrecht der Beiräte und der Beschäftigten. Dem kann ich nur entgeg-

nen, wir haben im Moment keinen Regelungsbedarf, denn für uns haben die Einzelkliniken die Aufgabe, die Wertschöpfung zu erzielen, und deshalb sollte das operative Geschäft in ihren Händen bleiben und die strategischen Aufgaben und die Verbundangelegenheiten bei der Holding angesiedelt sein.

Im Bericht wird auch die Zahl der Aufsichtsratsitzungen angesprochen. Da halten wir es für notwendig, dass mindestens einmal im Quartal getagt werden muss, wie es bei den Eigengesellschaften üblich ist, denn wir verwalten hier Steuergelder, und deren Verwendung muss auch regelmäßig kontrolliert werden. Was die Kostenfrage der Sitzungen anbetrifft, muss ich nur erwähnen, dass früher im Krankenhausausschuss mindestens Sitzungsgeld und das Essen der jeweiligen Klinik ausgegeben wurde. Heute gibt es Plätzchen und Kaffee, aber ich finde, das ist auch angemessen in unserer bremischen Situation.

Die Beteiligung und das Informationsrecht der Beiräte halte ich für ein ganz wichtiges Instrument für die Qualitätskontrolle und das Marketing, denn das Marketing eines Hauses fängt vor dessen Haustür an und prägt auch intensiv das Image eines derartigen Unternehmens. Das haben wir auch gerade erst letzte Woche erlebt. Da wurde in Osterholz die Forensik neu eingeweiht. Ich danke den Leuten vor Ort, dem Beirat vor Ort, dass dieser Prozess so einfach und gut gestaltet wurde. Das ging nur, indem die vor Ort Beteiligten einbezogen waren. Deshalb sage ich, bei der Qualität der Versorgung sollten die Beiräte einbezogen werden. Natürlich haben sie bei Stellenbeschreibungen oder der Einstellung von Geschäftsführern nicht zu bestimmen, aber bei Sachen, die die Stadtteilentwicklung betreffen, bin ich der Meinung, wir müssen hier die Beiräte angemessen beteiligen und auch informieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Beteiligung der Betriebsräte ist das A und O eines guten Unternehmens. Wir setzen immer wieder, trotz mancher schwieriger Themen, die wir auch haben, auf Kooperation und nicht auf Konfrontation mit den Beschäftigtenvertretern, denn das ist sozialdemokratisch.

(Beifall bei der SPD)

Beispielsweise sollte man hier erwähnen, welche Leistung die Betriebsräte erbringen bei dem Konzept von Dangast, denn sie unterstützen einen sozial abgefederten Stellenabbau, und der ist ganz erheblich. Das ist doch auch ein Zeichen

von Verantwortung und Zukunftsorientierung. Dem sollten wir unseren Beifall zollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten stehen auch zu dem Dangaster Kompromiss, denn er heißt integrierte Versorgung, Kompetenzzentren, Masterplan, Optimierung von Arbeitsabläufen, Zusammenfassung von Zentralleistungen, die allerdings immer wieder überprüft werden müssen. Dinge wie zum Beispiel Küchenleistungen oder Reinigungsdienstleistungen sollten geprüft werden, ob sie nicht aus eigener Kraft gestaltet werden können. Hier bringt der neue Tarifvertrag, TVöD, eine Menge Vorteile. Das muss immer wieder überprüft werden, ob das Personal nicht wieder eingliederbar ist.

Die genannten Strukturverbesserungen, Erlössteigerungen, das wurde schon genannt, müssen natürlich begleitet werden von Tarifverhandlungen. Tarifverhandlungen sind meines Erachtens immer Kompetenzen der kommunalen Arbeitgeber und der Gewerkschaften, und da sollten wir keine Vorgaben machen, sondern diese sollten von diesen beiden Parteien geführt werden. Wir stehen zur Tarifautonomie und wollen daran auch festhalten.

Was den Neubau in Bremen-Mitte anbetrifft, unterstützen wir natürlich den Masterplan. Wir wollen hier detaillierte Finanzierungskonzepte und Vergleichsrechnungen sehen, bevor eine Schaufel Zement bewegt wird. Hier muss es größtmögliche Transparenz geben, und es darf auch keine Bettenburg entstehen, denn solche Bettenburgen sind nicht zukunftsfähig.

Was momentan die Bevölkerung und auch die Beschäftigten umtreibt, ist die so genannte Rotation der Geschäftsführer. Sie verunsichert, was ich so in vielen Gesprächen gehört habe. Was meine Person anbetrifft, stehe ich der Rotation kritisch gegenüber, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft. Ich sehe hier die Gefahr von Reibungsverlusten und für einen bestimmten Zeitraum auch einen Verlust von Verantwortung. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die ganze Neuorganisation in einem Gesamtkonzept dargestellt worden wäre, dann hätten sich vielleicht viele Fragen erübrigt. In den Häusern wäre die Verunsicherung, die gerade in der Konvergenzphase herrscht, nicht noch verstärkt worden.

Ich finde, es ist an der Zeit, die Mitarbeiter zu motivieren, denn im Krankenhausbereich ist das Personal nicht verstärkt worden, aber im Krankenhausbereich ist das Personal das Kapital. Verunsicherte Mitarbeiter können einer derartigen Rolle nicht gerecht werden. Wir brauchen Mitarbeiterzu-

friedenheit im Zusammenspiel von Unternehmensstrategie, Führung, Kommunikation nach innen und außen sowie eine entsprechende Unternehmenskultur. Das sichert auf Dauer hohe Qualität und Zuverlässigkeit.

Nach meiner Ansicht müssen die Entscheidungsprozesse in der Holding optimiert werden. Das heißt, an der Spitze der Holding sollten die Pflege und der klinische Teil neben dem kaufmännischen Teil vertreten sein. Ebenfalls ist ein Prozess der Beteiligung nach Kompetenzzentren und Disziplinen zukünftig zu entwickeln, wo dann die entsprechenden Vertreter ihre Forderungen formulieren. Insgesamt sind wir aber optimistisch, dass die kommunalen Häuser die Zukunft meistern werden, allerdings müssen die Maßnahmen immer wieder auf ihren Erfolg hin überprüft werden.

Es ist auch notwendig, dass diese Neuausrichtung unserer Klinika in die laufende Landeskrankenhausplanung eingearbeitet wird. Das bedeutet natürlich auch, und es ist ganz wichtig, dass das Land seine Investitionsverpflichtung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz weiterhin erfüllt.

(Glocke)

Ich bin sofort fertig!

Wenn wir also eine qualitativ hochwertige Markenpolitik in unseren Häusern verfolgen, bin ich mir sicher, dass wir zusätzlich Patienten gewinnen werden. Ich habe erst am 18. Januar in der Umlandpresse gelesen, dass die Frauen aus Achim und Verden es vorwiegend bevorzugen, ihre Geburten in Bremen auszutragen. Das ist ein gutes Zeichen. Das zeigt auch, dass unsere Kliniken gut angewählt werden, und ich hoffe, dass wir das noch weiter ausbauen können, denn die Bewohner aus dem Umland tragen zum großen Teil auch unseren Erfolg. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Mohr-Lüllmann, Ihre Große Anfrage und Ihre Ausführungen dazu zeigen uns eigentlich genau, in welche Richtung die CDU gehen will.

(Abg. Focke [CDU]: Ist ihr also gut gelungen!)

Es ist ihr gut gelungen! Sie setzen voll und ganz auf die Privatisierung. Herr Brumma hat dazu ausgeführt, was es für die Kliniken heißt, und ich denke, die wirklich düstere Zukunft, die Sie hier

beschrieben haben, erreichen wir dann wahrscheinlich.

Sie wollen eine Lösung für die Maßnahmen, die bisher ergriffen worden sind, und Sie sagen, die reichten bei weitem nicht aus, man müsste ein weiteres Szenario entwickeln, und schlagen einfach eine Kapitalgesellschaft vor. Das ist in Ihrer Großen Anfrage sehr leicht nachzulesen. Das kann man kontinuierlich verfolgen, es geht wie ein roter Faden durch Ihre Anfragen.

Sie meinen, eine Kapitalgesellschaft, die die Neuausrichtung der Krankenhäuser durchsetzen kann, und zwar, und jetzt kommen eigentlich für mich die schlimmen Punkte in der Anfrage, ohne auf Tarife achten zu müssen, ohne auf die Kündigung der Bediensteten Rücksicht zu nehmen, auf deren Mitbestimmung und auf politische Einflussnahme oder politische Entscheidungen Rücksicht zu nehmen. Das ist der Tenor in dieser Großen Anfrage, und das finde ich ehrlich gesagt nicht so besonders. Ich kann nachvollziehen, dass Herr Brumma gesagt hat, die SPD sei nicht bereit gewesen, diese Anfrage mitzutragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie fragen ernsthaft, Frau Mohr-Lüllmann, ob der Neustrukturierungsprozess der Krankenhäuser weiterhin der politischen Einflussnahme unterliegen oder ob er unter rein unternehmerischen Gesichtspunkten geführt werden soll. Frau Mohr-Lüllmann, wir haben hier in Bremen ein vom Volk gewähltes Parlament, das über die zukünftigen Krankenhausplanungen beschließt. Sie sind auch ein Mitglied dieses Parlaments. Ihre Fragestellungen lassen einfach vermuten, dass Sie das Parlament als Hemmschuh für eine Entscheidung zur Neustrukturierung der Krankenhäuser ansehen. Es ist für mich ungeheuerlich, wie gering Sie dieses Parlament wertschätzen.

(Lachen bei der CDU - Abg. Focke [CDU]: Sie haben doch nichts verstanden, das ist das Problem!)

Lesen Sie die Fragen durch! Auch die Beiräte und die Bediensteten der Krankenhäuser wollen Sie außen vor lassen. Sie fragen explizit in Ihrer Anfrage, ob es denn nicht auch anders geht, ob man sie überhaupt immerzu beteiligen muss. Es gibt ein Beirätegesetz, es gibt ein Betriebswirtschaftsgesetz, Herr Brumma hat gesagt, er hat keinen Bedarf, irgend etwas zu ändern. Wenn Sie diese Gesetze abschaffen wollen, dann müssen Sie das sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin fragen Sie, ob die Geschäftsführung ein ausreichendes Durchgriffsrecht für die Strukturveränderungen hat. Auch das ist geregelt im GmbH-Gesetz, und das ist im Ortsgesetz zur Umwandlung der Krankenhausbetriebe geregelt. Lesen Sie einfach nach, dann hätten Sie die Fragen nicht zu stellen brauchen!

Auch die Frage zu den Aufsichtsratssitzungen! Die finanziellen Ressourcen sind bei Ihnen nur vorgeschoben. Sie wollen Prozesse haben, die irgendeiner in der Kapitalgesellschaft entscheidet. Aufsichtsratssitzungen sind völlig überflüssig. Es wäre eigentlich besser gewesen, Sie hätten gefordert, dass bei so einem großen Umsetzungsprozess noch viel mehr Aufsichtsratssitzungen stattfinden, damit der Prozess transparent und informativ wird, auch für das Parlament.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie favorisieren in Ihrer Großen Anfrage, und jetzt hat man das auch bei Ihren Ausführungen gehört, bei der Neustrukturierung der Krankenhäuser eindeutig die Umwandlung in eine große Kapitalgesellschaft. Wissen Sie, eigentlich fehlte nur noch die Frage an den Senat, wann mit dem ersten Börsengang der Krankenhäuser gerechnet werden kann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ganz kurz zu den Bediensteten, weil ich da mit Herrn Brumma nicht so ganz übereinstimme! Die CDU will nun, dass die Bediensteten dort für einen Appel und ein Ei arbeiten. Mehr interessiert nicht! Sie sprechen zwar immer von der Qualität in den Krankenhäusern, aber die Qualität fängt bei den Bediensteten an, und meiner Meinung nach ist es so, dass qualifizierte Mitarbeiter auch bezahlt werden müssen und dass qualifizierte Mitarbeiter in der Lage sind, das Richtige zur richtigen Zeit ausführen zu können, und damit effizienter arbeiten. Das heißt unter dem Strich, dass Qualität letzten Endes billiger ist, als wenn ich nur unqualifizierte, billige Arbeitskräfte in die Krankenhäuser schicke.

Inwieweit es zu einer Reduzierung der Gehälter kommen wird, muss noch zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden. Meiner Meinung nach sollte man überprüfen, ob der Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser, dieser TV ZuSi, auch auf die städtischen Kliniken in Bremen anwendbar ist. Ich denke, das werden wir überprüfen, aber man kann jetzt noch nicht sagen, in welche Richtung es gehen soll.

Wichtiger, und das ist die Meinung vom Bündnis 90/Die Grünen und auch meine, wäre hier zu überprüfen, wie sich auch ohne Änderung der Tarife die Kosten in den Krankenhäusern reduzieren lassen. Das hätte man schon längst tun können, denn es kann nicht sein, dass für die gleiche Leistung in den Häusern unterschiedliche Baserates veranschlagt werden. Das sind teilweise Schwankungen von 2600 bis über 4000 Euro. Da müssen wir etwas tun!

Ebenso ist bis heute nicht nachweisbar, was zum Beispiel eine Stunde im OP des Klinikums Mitte oder des Klinikums Ost oder Nord oder des LdW kostet. Um Ressourcen besser zu nutzen, benötigt man aber eine umfangreiche Analyse und eine Kostentransparenz. Diese haben Sie auch eingefordert, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, da gehe ich mit in Ihre Richtung. Das heißt also, um festzustellen, was noch eingespart werden kann, müssen alle internen Krankenhausprozesse sehr genau beschrieben und berechnet werden. Was bisher fehlt, ist eine Leistungsberechnung, eine Organisationsplanung, ein Kostencontrolling und ein Personalmanagement, das genau diese Prozesse vorantreibt. Ohne genaues Wissen der Kosten kann man keine Krankenhausplanung machen.

Schließlich muss ein neuer Krankenhausplan erarbeitet werden, denn der alte ist 2005 ausgelaufen. Dafür brauchen wir aber genaue Berechnungen, sonst kann man nichts mit diesem Krankenhausplan anfangen. Die Businesspläne, die die Krankenhäuser erstellt haben, kann man nicht verwenden, denn sie gehen von einem Gleichstand aus. Ich denke, der Stand ist in den Krankenhäusern unterschiedlich. Wir brauchen also eine gute Analyse für eine ordentliche Fortsetzung des Landeskrankenhausplans, der auch für die Finanzen wichtig ist, und ich hoffe, dass die Senatorin ihn langsam auf den Weg bringt.

Eigentlich, meine Damen und Herren, hätten wir fragen müssen, oder Sie hätten fragen müssen, weil Sie, die CDU, hier die Große Anfrage eingereicht haben, welche Kosten die Holding selbst bisher verschlungen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist aus der Absicht von Herrn Tissen geworden, die Krankenhäuser in der niedersächsischen Nachbarschaft zu übernehmen? Er wollte Nordenham, Delmenhorst, Bassum, Achim. Diese Krankenhäuser haben sich nunmehr mit anderen Verbänden zusammengeschlossen und stehen jetzt in direkter Konkurrenz zu Bremen.

(Abg. Focke [CDU]: Warum wohl!)

Was ist mit den Patienten aus Niedersachsen? Für Herrn Tissen spielte die Frage zuerst keine Rolle, obwohl zum Beispiel im Krankenhaus Links der Weser die bundesweit anerkannte Frühgeborenenabteilung von 80 Prozent Nichtbremer Müttern aufgesucht wird. Inzwischen sieht das anders aus, denn jetzt verzeichnen die Krankenhäuser Fallreduktionen. Die Patientenzahlen gehen zurück, und die Niedersachsen bleiben allmählich in Niedersachsen.

Jetzt muss das Vertrauen zurückgewonnen werden, das versuchen sie natürlich krampfhaft, und das heißt, sie müssen auch die Werbetrommel rühren. Nicht mehr jedes einzelne Krankenhaus soll für sich werben, sondern ein gemeinsames Auftreten soll dafür sorgen, dass die Krankenhäuser dann auch überregional bekannt werden. Dafür wurde ein Öffentlichkeitskonzept eingesetzt. Auch wieder Geld! Schließlich sollten die Bediensteten sich nicht nur durch ihre Krankenhäuser identifizieren, sondern auch mit deren Dachgesellschaft einig sein. Corporate Identity nennt man das, ein wichtiger Aspekt für Patienten und Bedienstete. Nun heißt es nicht mehr Corporate Identity Links der Weser, Mitte, Nord oder Ost, sondern es heißt Corporate Identity Gesundheit Nord GmbH, und für jedes Krankenhaus gibt es ein eigenes Fähnchen. Es wird sich zeigen, ob die Millionen hierfür gut angelegt sind.

Wenn Sie über den Tellerrand geschaut hätten, hätten Sie bemerkt, dass der Klinikverbund Vivantes in Berlin mit dieser Strategie keinen Erfolg hatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dort erhalten die Kliniken wieder ihren eigenen Namen zurück. Corporate Identity lässt sich nicht von oben überstülpen. Die Kosten hätte man sich sparen können. Ich glaube, man hätte ohne diesen großen Klinikverbund Nord sehr viele Kosten sparen können, wenn man einfach in die einzelnen Kliniken hineingeschaut hätte. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, vielleicht können wir noch etwas erreichen. Ich denke, es wird Zeit, wir müssen endlich anfangen. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Wargalla, wir müssen nicht endlich anfangen, wir sind mittendrin! Wenn Sie aufmerksam verfolgt hätten, was hier in dieser Stadt zum Thema Krankenhäuser los ist, oder vielleicht einmal mittendrin gewesen wären bei

den Auseinandersetzungen, die wir an vielen Stellen geführt haben, dann würden Sie eine solche These, dass wir langsam anfangen müssten, hier nicht vertreten!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe mir heute vorgenommen, ich habe ja Geburtstag, wie Sie wissen, mich nicht zu ärgern. Manchmal fällt mir das leicht, aber heute fällt mir das an der Stelle wirklich schwer nach dem, was ich hier auch gehört habe. Sie tun alle so, als sei das hier einmal locker zu schaffen, als hätten wir keine Auseinandersetzungen zu führen, als müsste man nur einmal zwei oder drei Schlagworte in den Mund nehmen, und das Problem sei gelöst. Das ist es nicht, meine Damen und Herren! Wir haben hier eine verdammt schwierige Aufgabe vor uns. Jeder und jede von Ihnen, der oder die schon einmal das Vergnügen hatte, meinerwegen den Betriebsräten oder Beiräten Rede und Antwort zu stehen, der oder die wird wissen, wie schwierig das ist.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Richtig!)

Das Thema Krankenhäuser ist auch ein zutiefst emotionales Thema in dieser Stadt, auch zu Recht! Jeder und jede von uns war schon einmal im Krankenhaus oder kennt zumindest jemanden, der im Krankenhaus liegt, und wir haben persönliche Verbindungen zu unseren Häusern und haben bestimmte persönliche Erwartungen. Das macht doch die Diskussion auch so schwierig. Das ist doch auch eine völlig berechtigte Erwartung von Bürgerinnen und Bürgern, dass sie von uns verlangen, dass wir ihnen eine hervorragende Qualität für ihre Versorgung in dieser Stadt liefern. Das ist das völlig berechtigte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig haben wir aber die Aufgabe, uns in der Kliniklandschaft der Republik so zu sortieren, dass wir den Veränderungsprozess, der jetzt massiv in der ganzen Republik angelaufen ist, mit unseren vier kommunalen Kliniken überstehen. Das ist doch, glaube ich, zumindest das gemeinsame Ziel, das wir hier im Haus haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das ist kein Selbstläufer! Das erfordert tiefe Einschnitte, tiefe Umstrukturierungen, die wir auch im Aufsichtsrat auf den Weg gebracht haben. Nach vielen Diskussionen und auch unterschiedlichen Auffassungen, die wir untereinander ausgetauscht haben, haben wir jetzt zumindest eine Grundlage. Wir müssen handeln mit Blick auf das, was hier schon gesagt worden ist, auch mit Blick auf das Ende der Konvergenzphase 2009, wenn alle

Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland den gleichen Basisfallwert haben, mit dem sie abrechnen müssen. Das heißt, wir müssen es bis dahin geschafft haben, so leistungsfähig und so kostentransparent und kostengerecht arbeiten zu können, dass wir mit diesen Werten dann auch tatsächlich rechnen können und unsere Krankenhäuser nicht hinten herunterfallen. Sie wissen, dass geschätzt etwa 500 Krankenhäuser diesen schwierigen Prozess, diese Konvergenzphase bundesweit nicht überleben werden. Unsere Häuser müssen wir so aufstellen, dass wir das von vornherein ausschließen. Das ist das Ziel.

Dem nähern wir uns Schritt für Schritt. Das erfordert einen entschlossenen Willen, diesen Veränderungsprozess anzugehen. Den nehme ich für mich in Anspruch, den nehme ich auch für die Gesundheitsdeputierten in Anspruch, so erlebe ich jedenfalls unsere Diskussionen, den nehme ich für den Aufsichtsrat der Holding Nord in Anspruch, und den nehme ich auch für die Geschäftsführung in Anspruch. Das können wir bundesweit beobachten: Mit der Entlassung der Kliniken in den Wettbewerb, und das ist ja vom Gesetzgeber so gewollt worden, sind die Motoren der Veränderungen jetzt mittlerweile die Träger und die Geschäftsleitung. Das ist ein Prozess, den man auch einmal zur Kenntnis nehmen muss. Diese Veränderungen werden maßgeblich in den Häusern von der Geschäftsführung und von den Trägern entwickelt.

Wir brauchen überzeugende Antworten auf die Herausforderungen, die da heißen, dass wir unsere medizinischen Kernleistungen produktiver entwickeln müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war, dass wir die optimale Struktur für die Häuser brauchen, und natürlich ist das oberste Ziel eine hervorragende Qualität in der medizinischen Versorgung, weil nur gute Qualität sich in einem massiver werdenden Wettbewerb - Sie haben Niedersachsen angesprochen - durchsetzen wird. Davon bin ich fest überzeugt.

Wir haben mit dem Aufsichtsratsbeschluss im Oktober entscheidende Weichen gestellt. Frau Dr. Mohr-Lüllmann, wir haben auch die Risiken sehr genau benannt. Wir wissen sehr genau, wie unsere Risiken aussehen, wo wir stehen und was wir leisten müssen. Wenn Sie sagen, wir hätten Stillstand, oder wir lebten in einem Schneckenhaus in der Holding, dann kann ich das überhaupt nicht nachvollziehen. Es sind harte Einschnitte beschlossen worden, harte Einschnitte, die auch das Personal betreffen. Wir werden massiv Personal einsparen müssen, und wir werden vor deutlichen Veränderungen in den Häusern stehen, die jetzt schon angelaufen sind. Hier von Stillstand zu

sprechen, das finde ich an dieser Stelle schon fast unverantwortlich!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ein gemeinsames Gesamtpaket verabredet, das war schwierig genug. Dieses Gesamtpaket besteht aus diversen Stellschrauben, die natürlich ineinander greifen müssen. Dazu gehört dieser Dangaster Kompromiss, der viele Umstrukturierungen in Richtung Abbau von Mehrfachvorhaltung, Entwicklung hin zu Kompetenzzentren beinhaltet, die völlig richtig sind. Auch die Schwerpunktsetzung ist hier gefunden worden. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen entwickelt worden, die das Ergebnis zusätzlich verbessern müssen, weil, da haben Sie Recht, der Dangaster Kompromiss allein nicht ausreicht. Ein wichtiges Element ist zum Beispiel die Verzahnung der Häuser mit medizinischen Versorgungszentren. Wir haben darüber hinaus beschlossen, dass wir in Zukunft noch stärker einheitliche Behandlungslinien in allen Häusern wollen und es ein Sofortprogramm gibt, also eine beschleunigte Umsetzung dieser Maßnahmen. Daneben gibt es Vorbereitungen für einen Personalbinnenmarkt, das heißt also, dass wir das Personal nach den Bedarfen zwischen den Häusern hin und her austauschen können.

Außerdem haben wir diesen Zusatztarifvertrag, der jetzt beschlossen worden ist. Ein mutiger Schritt von ver.di, muss ich sagen, nämlich vorausschauend Möglichkeiten zu schaffen aufgrund dieses Tarifvertrags für die Sparte Krankenhäuser, um zu verhindern, dass kommunale Krankenhäuser künftig in wirtschaftliche Notlagen kommen! Darüber müssen wir verhandeln. Das sind Tarifverhandlungen, die jetzt noch ausstehen. Auch das wird mit Sicherheit kein einfacher Gang.

Liebe Frau Wargalla, wir haben ein intensives Kostencontrolling in allen Häusern. Wir sind sogar so weit, dass wir nicht nur die Benchmarks zwischen den Häusern haben, sondern wir können sie zwischen den Abteilungen leisten. Da passiert unheimlich viel, da ist zugegebenermaßen viel aufgebaut worden, was in der Vergangenheit vielleicht schon hätte geleistet werden können, aber das, was dort jetzt an Controlling funktioniert, hilft uns sehr stark weiter, die Schwachstellen zu entdecken, zu agieren und die Schwachstellen zu beseitigen.

Wir haben im Aufsichtsrat verabredet, dass wir das, was wir als Handlungskonzept entwickelt haben, auch sehr genau verfolgen und eventuell auch neue Handlungsstrategien und -konzepte entwickeln, wenn das notwendig ist. Aber, liebe

Frau Dr. Mohr-Lüllmann, bevor Sie jetzt wieder mit einem Szenario von 2010 anfangen, wo alles nicht reicht: Lassen Sie uns doch erst einmal das, was wir beschlossen haben und auf den Weg bringen, was mit unheimlich großen Veränderungen verbunden ist, umsetzen und Stück für Stück kontrollieren, ob das reicht oder nicht! Wenn nicht, müssen wir uns auch gemeinsam etwas überlegen, wie wir da noch weiter gegensteuern. Aber ich wehre mich auch dagegen, schon heute zu sagen, das passt sowieso nicht, und wir brauchen ein ganz anderes Szenario. Dann bringen wir in der Tat Verunsicherung in die Häuser, die wir uns in diesem schwierigen Prozess nicht auch noch zusätzlich leisten können. Wir müssen also konsequent den eingeschlagenen Weg weitergehen. Die Menschen in der Stadt und die Beschäftigten müssen ihn verfolgen können. Mir liegt sehr daran, dass wir das auch transparent machen, warum wir etwas tun, und versuchen, Betriebsräte, Mitarbeiter und natürlich auch die Bürger mitzunehmen.

Lieber Winfried Brumma, Rotation und Verunsicherung! Ich bitte doch einmal, da auf dem Teppich zu bleiben! Es geht um den Verbund, den wir hier angelegt haben, damit wir verhindern, was in der Vergangenheit der Fall war, dass die vier kommunalen Kliniken gegeneinander und nicht miteinander arbeiten. Wir wollen sie auch als Kliniken weiterführen und nicht eine große Firma daraus machen, liebe Frau Wargalla, sondern das ist ja genau das Ziel des Verbundes, diese vier Häuser erkennbar als Einzelkliniken weiterzuführen, aber sie sollen zusammenarbeiten.

Die Potentiale, die in diesem Verbund ausgeschöpft werden können, haben wir noch längst nicht ausgeschöpft, da ist noch viel zu leisten. Das ist die gemeinsame Aufgabe. Durch diese Rotation wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass ein Verständnis entwickelt wird, auch in der Geschäftsführung, dass wir eine gemeinsame Aufgabe haben als Holding, und nicht weiter gegeneinander gearbeitet wird. Davon verspreche ich mir einiges.

Wir haben das schon einmal ausprobiert, als Herr Tissen neu kam und die Geschäftsführung für Ost über mehrere Monate kommissarisch mitgemacht hat. Da ist so viel in dem Krankenhaus in Bewegung gekommen. Wer damals im Betriebsausschuss war, weiß, was wir alles bemängelt haben. Ich erhoffe mir ganz neue Einsichten, auch neue Dinge, die in den Häusern in Gang gebracht werden müssen, aber vor allen Dingen, dass wir uns als Verbund gemeinsam begreifen und die gemeinsame Aufgabe auch annehmen und die Häuser nicht mehr, wie in der Vergangenheit, gegeneinander arbeiten.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Tat noch viel zu leisten in der bremischen kommunalen Krankenhauslandschaft, aber ich wünsche mir, dass wir alle an einem gemeinsamen Strang ziehen, dann haben wir auch eine gute Chance, das zu schaffen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch gern noch einmal aus grüner Sicht zu der Rede von Frau Röpke etwas sagen, aber vorher zu der Anfrage insgesamt. Ich bin schon länger im Parlament, und ich kann Ihnen nur sagen, ich habe in meinem ganzen Leben hier noch nicht eine solche wirklich parteiische Gefälligkeitsanfrage zu Gesicht bekommen wie dieses Ding.

Frau Mohr-Lüllmann, Sie haben sich nicht getraut, daraus vorzulesen. Geben Sie der Öffentlichkeit einmal Kenntnis darüber, welche Fragen Sie stellen! Das waren keine Fragen, sondern das war der Versuch, richtig einfach in diesem ganzen schwierigen Prozess, in dem sich die Bremer Krankenhäuser befinden, ganz einfach nur völlig einseitig zugunsten der Geschäftsleitung der Holding Partei zu ergreifen, eines Geschäftsführers, der 300.000 Euro im Jahr verdient und dessen Hauptleistung darin besteht, für sehr viel Geld ein Marketingkonzept für die Holding in Auftrag gegeben zu haben und ansonsten für sehr viel Wirbel, Unruhe und Verdross gesorgt zu haben. Ich weiß nicht, was das für eine gesundheitspolitische Orientierung der CDU ist, wenn man sich hier so einlässt! Sie, die eine Lösung wollen, gießen doch so nur weiter Öl ins Feuer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihrer Anfrage liegt ein ganz zentraler Irrtum zugrunde, nämlich der Irrtum, dass politische Einflussnahme durch das Parlament, Kontrollfunktion durch den Aufsichtsrat, parlamentarische Kontrolle oder sogar die Tätigkeit der Beiräte oder, man kann sich dabei schon fast bekreuzigen, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass diese Komponenten unserer demokratischen Verfasstheit dem Krankenhaus schaden. Das ist die Grundannahme in Ihrer Anfrage, das Gegenteil davon ist richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Krankenhaus ist zentral für Bremen, es ist ein wichtiger Arbeitgeber. Es ist die Frage: Wie

stellen wir uns hier für die Zukunft auf? Dann kann es doch wohl nicht wahr sein, dass Sie in Ihren Anfragen Aufklärungswünsche und Beteiligungsrechte von Parlamentariern desavouieren, als würden diese nur Zeit, Geld und Nerven kosten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist die Auffassung, dass ein zentrales Durchsteuern von Seiten der Holding in den einzelnen Krankenhäusern Segen bringt. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Ich sage auch noch einmal in Richtung des Ressorts: Bringen Sie dort jemanden auf die Spur, dass es in Bremen so nicht geht, dass man in den einzelnen Krankenhäusern wie die Axt im Walde herumholt und sich dann darüber beklagt, dass die Leute die Kooperationsbereitschaft einbüßen! Mehr Macht für die Holding, das ist Ihr Konzept, was hinter der Anfrage steht, und das ist das genaue Gegenteil von dem, was richtig ist.

Gemeinsam teilen wir hier, dass wir die Krankenhäuser bis 2009 so aufstellen müssen, dass sie keine öffentlichen Zuschüsse für den laufenden Betrieb brauchen. Investitionsmittel sind unsere Sache, dazu gibt es eine rechtliche Verpflichtung des Bundeslandes. Ich bin auch der Auffassung, dass wir als Haushaltsgesetzgeber darauf achten müssen, dass das eingehalten wird. Wir sind uns auch einig darin, dass die Bremer Krankenhäuser sich weiterhin durch eine hohe Qualität auszeichnen sollten und dass sie ein wichtiger Standortfaktor sind im Vergleich zum niedersächsischen Umland und dass wir noch lange nicht am Ende sind, was wir an Versorgung bieten können.

Welcher Weg aber führt die Krankenhäuser dahin? Der zentralistische, dem Sie hier den Weg bereiten wollen, ganz bestimmt nicht, sondern es muss die Identifikation mit den einzelnen Häusern gestärkt werden und nicht dadurch, und die Grünen teilen die Position von Herrn Brumma, dass man mit viel Rotationsgewese für ordentlich Unsicherheiten sorgt und das Gegenteil erzeugt.

Also, Stärkung der Krankenhäuser vor Ort, Kostenbewusstsein in den einzelnen Disziplinen stärken und den Leuten nicht klarmachen, dass, wenn sie in ihrer eigenen Abteilung Geld sparen, es dann in einem anonymen und von Ihnen nicht zu gestaltenden Umverteilungsprozess zwischen den einzelnen Krankenhäusern versickert! Natürlich müssen die Krankenhäuser füreinander einstehen, aber wenn ich erreichen will, dass in den einzelnen Stationen kostengünstiger gearbeitet und kostenbewusster gewirtschaftet wird, dann muss ich in den einzelnen Stationen, in kleinen Einheiten Probleme erkennen, den Leuten helfen zu sehen, wo liegen die Verschwendungsfaktoren,

und über einen anderen Umgang mit den Beschäftigten einen Anreiz schaffen, dass dort Einsparungen und kostengünstiges Wirtschaften erzielt werden. Das ist der Weg, der in die Zukunft führt. Was Sie machen, ist das Gegenteil!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie kennen nicht die Kosten, die in den einzelnen Abteilungen entstehen, und deshalb ist es auch so schwierig. Die Grünen stehen zum Dangaster Kompromiss, aber das dem Dangaster Kompromiss zugrunde liegende Zahlenwerk ist hoch fragil, ist nicht beweisbar und lässt an ganz vielen Punkten Fragen offen. Sie kennen nicht die Kosten eines einzelnen Krankenhaustages in den einzelnen Disziplinen, aber das müsste man, um das Ziel, das wir hier gemeinsam haben, nämlich uns 2009 so aufzustellen, dass keine öffentlichen Zuschüsse erforderlich sind, zu erreichen. Das müsste man doch kennen. Die Zeit wird verplempert mit Marketingkonzepten für die Gesundheit Nord, während man jetzt anfangen müsste, in den einzelnen Häusern Disziplinen herauszufiltern, wo man nach den Vorgaben und Spielregeln von Profitcentern genau die Kosten ermittelt und den Menschen, die dort arbeiten, hilft, ihre Tätigkeit auch unter Kostengesichtspunkten zu bewerten.

Abschließend möchte ich für die Grünen gern sagen, dass wir zum Dangaster Kompromiss stehen, das beinhaltet auch den geplanten Neubau, aber wir verlangen Zahlengrundlagen für den Neubau, die so solide sind, dass nicht Belastungen für die Krankenhäuser in den nächsten Jahren eintreten, die letztendlich dazu führen, dass man keine andere Wahl hat, als sie zu verkaufen, irgendwelchen anonymen Investoren aus Luxemburg, die mit großen hunderten von Millionenbeiträgen wedeln, und dann glauben, dass man die Kredite von solchen Investoren billiger bekommen kann, als wenn man einen ordentlichen Kommunalkredit aufnimmt. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Passen Sie auf, dass Sie mit dem, was Sie an Neubaukonzept haben, nicht im Grunde das Gegenteil von dem erreichen, was Sie vorgeben zu verfolgen als Ziel! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/466 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Bürgerantrag vom 24. August 2005
(Drucksache 16/404 S)

Wir verbinden hiermit:

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2006
(Drucksache 16/465 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Meine Damen und Herren, der Bürgerantrag vom 24. August 2005, Drucksache 16/404 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 25. Sitzung am 11. Oktober 2005 an die städtische Deputation für Bau und Verkehr überwiesen worden. Diese legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/465 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Kollegin Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz besonders begrüßen möchte ich heute die Vertrauensleute des Bürgerantrags, Frau Bullermann, Herrn Hickel und Herrn Baumeister. Ich mache das besonders gern, da sie, soweit ich weiß, einer Premiere beiwohnen, nämlich der, dass wir als Baudeputation hier dem Plenum vorschlagen, den Bürgerantrag anzunehmen, nämlich die Gewoba nicht mehrheitlich zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken, bei Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, den Beiräten und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Unterschrift den Antrag unterstützt haben, denn Sie haben etwas getan, was auch der Sinn direkter Demokratie sein kann, Sie haben uns, die Politik gedrängt, Sie haben den Finger in die Wunde gelegt, uns endlich zu entscheiden, was denn nun werden soll mit den 43.000 Wohnungen und 120.000, 140.000 Mietern und Mieterinnen, den Arbeitsplätzen und den Stadtvierteln, in denen die Gewoba ihre Wohnungen hat.

Das haben wir nun getan, wir haben uns entschieden. Wir haben uns entschieden, die Gewoba mehrheitlich in öffentlicher Hand zu behalten. Dass diese Entscheidung uns nicht leicht gefallen

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

ist, warum es so lange gedauert hat, macht der Bericht der Baudeputation, dem der Beschluss beigefügt ist, glaube ich, deutlich.

Ich muss gestehen, ich habe eine Weile überlegt, ob man diesen Bericht einfach so stehen lassen kann, denn er sagt, wenn man sich das ganz genau durchliest, eigentlich nicht mehr und nicht weniger, dass Private das, was wir von der Gewoba tun, eigentlich genauso tun könnten. Es hat sich also jemand seine Privatisierungslust irgendwie von der Seele geschrieben. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Dennoch ist zu erwarten, dass ein Erwerber Optimierungspotentiale einschließlich der Verlagerung einzelner Unternehmensbereiche prüfen und umsetzen würde, um die Rendite aus seinem Engagement bei der Gewoba zu maximieren.“ Nur ein Beispiel aus dem Bericht!

Wir haben uns dann entschieden, das so stehen zu lassen, denn zum einen macht es die schwierige Diskussion, die wir geführt haben, deutlich, dokumentiert sie, und zum anderen, und ich glaube, das ist das Entscheidende, ist wichtig, was hinten dabei herauskommt, nämlich die Gewoba nicht zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD-Fraktion, glauben, dass es private Unternehmen eben nicht besser können. Ich glaube, ein demokratisch gewähltes Parlament, eine Volksvertretung und ihre Regierung, ich mache das jetzt einmal unabhängig von den Farben, können das besser als ein auf Gewinnmaximierung ausgerichtetes Unternehmen.

Ich habe neulich in einer großen Wochenzeitschrift einen Kommentar zu der Frage gelesen, ob denn die Senkung der Lohnnebenkosten die Arbeitslosigkeit nun auch gleich senken würde. Sie kennen die Diskussion. Der Kommentar zitierte dann einen bekannten Ökonomen, dessen Namen ich leider vergessen habe, zu der Frage der Marktgängigkeit von Arbeitskräften so: „Menschen seien halt keine Artischocken, man könne sie eben nicht beliebig je nach Angebot und Nachfrage hin- und herschieben, sie bleiben seltsamerweise dort wohnen, wo sie eben nicht soviel verdienen, oder sie nehmen lange Arbeitswege in Kauf.“

In Fortführung dieses Zitats ist es, glaube ich, gar nicht so falsch zu sagen, wenn Menschen keine Artischocken sind, sind Wohnungen keine Gemüsekisten, die man einmal eben hin- und herschieben kann und transportieren kann oder zusammenfalten kann, sie sind einfach nicht so markt-

gänglich, wie wir uns das von anderen Produkten vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ein so großes Wohnungsunternehmen wie die Gewoba ist bei der öffentlichen Hand schlussendlich besser aufgehoben, das haben wir so entschieden. Was hätte es dem Haushalt am Ende auch genutzt? Die GAGFAH, die ehemalige Wohnungsbaugesellschaft der Rentenkassen, mag zwar sehr gute Sozialpläne zur Sicherung der Mieten und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgestellt haben, aber genützt hat es der Rentenkasse, glaube ich, nur ein paar Tage.

Entscheidend wird nun sein, was wir mit diesem Instrument tun, das wir in unserer Hand haben. Die Richtung ist zwar jetzt klar, der Weg muss allerdings noch gegangen werden. Der Senat hat einiges an Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben, als Wesentliches eine Erhöhung der Gewinnabführung von bis zu 13 Prozent. Das ist nicht wenig. Vorstand und Aufsichtsrat haben noch einiges an Arbeit vor sich, auch die Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen. Wir müssen aufpassen, wie hoch der Preis für diese Gewinnmaximierung am Ende sein darf, damit nicht am Ende genau das dabei herauskommt, was wir bei Privaten befürchtet haben, nämlich Renditeerwirtschaftung um jeden Preis, koste es, was es wolle.

Die Entscheidung, die Gewoba mehrheitlich zu behalten, versetzt uns aber in die Lage, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Im diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal bei allen Beteiligten und empfehle der Bürgerschaft namens der Baudeputation und der SPD-Fraktion, den Bürgerantrag anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir empfehlen, den Bürgerantrag anzunehmen, allerdings, Frau Kummer, aus ganz anderen Gründen, als Sie hier eben geschildert haben.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist ja egal!)

Wenn wir im Vorfeld so diskutiert hätten, wie Sie hier vorgetragen haben, dann wären wir, glaube ich, in Schwierigkeiten gekommen, wie wir uns zu entscheiden haben. Wir haben in den letzten Monaten einen langen Prozess durchgemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Ganz ruhig, Herr Sieling, ganz ruhig!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich freue mich ja nur über die CDU!)

Nur nicht aufregen! Das schadet dem Herzen und so weiter!

Wir haben einen langen Prozess durchgemacht, haben dann im Oktober und November Entscheidungen getroffen und auch definiert, warum wir die Gewoba mehrheitlich in Besitz der Stadt und des Landes haben wollen. Diese Beschlüsse sind auch gefasst worden, allerdings nicht deswegen, weil wir der Überzeugung sind, dass private Unternehmen eine Wohnungsbaugesellschaft dieser Größenordnung nicht führen könnten. Das ist überhaupt nicht der Grund gewesen, sondern der Grund war, eine rentable Gesellschaft zu behalten und sie durch strategische Maßnahmen auf Dauer sicher und erfolgreich zu behalten, damit das Land Bremen auch davon etwas hat.

(Beifall bei der CDU)

Das war ein wichtiger Punkt und nicht der, dass private Unternehmen das nicht können.

Gerade der Satz, den Sie eben zitiert haben, Frau Kummer, trifft genau den Kern, warum wir gesagt haben, wir wollen diese Gesellschaft doch lieber in staatlicher Obhut lassen. In dem Bürgerantrag wurde die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass durch die Aufgabe der Mehrheitsbeteiligung an der Gewoba die Arbeitsplätze nicht mehr gesichert sind, also über 400 Arbeitsplätze gefährdet sind, aber auch mehrere hundert - vielleicht sogar tausend - Arbeitsplätze bei Handwerksbetrieben gefährdet sind, die von der Gewoba jährlich beschäftigt werden. Die Gewoba investiert ja auch jedes Jahr über 60 Millionen Euro in den Bestand und den Erhalt ihrer Wohnungen und Gebäude, und das ist auch gut so, weil sie dadurch erfolgreich ihre Wohnungen vermietbar hält.

Das war der Grund, warum wir gesagt haben, wir wollen die Gesellschaft mehrheitlich behalten. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die Gesellschaft in Zukunft, weil sie sich auf veränderte Bedingungen am Wohnungsmarkt einstellen muss, weiterhin erfolgreich ist. Dafür muss eine Strategiediskussion geführt werden, dies haben wir auch beschlossen.

Insofern sind das etwas andere Gründe. Dass wir den Privaten das nicht zutrauen, das ist nicht der Grund gewesen. Es ist der Grund gewesen, dass wir uns gesagt haben, wir wollen die Gesellschaft behalten, weil sie erfolgreich ist, weil sie uns auch etwas einbringt, sie zahlt eine gute Dividende -

das hat Frau Kummer eben gesagt -, die soll sie aber auch in Zukunft erbringen können. Deswegen muss sie sich auf die veränderten Bedingungen einstellen. Da muss man auch Szenarien entwerfen, wenn sich der Wohnungsmarkt verändert, dass so eine große Gesellschaft darauf eingestellt ist, denn allein durch Verwalten ihrer eigenen jetzigen Wohnungen wird sie auf Dauer diese erfolgreiche Arbeit, die sie bisher geleistet hat, nicht weiter fortsetzen können.

Das waren zwei Komponenten, die wir zusammengefasst haben. Das war für uns der Grund, dass wir gesagt haben, wir wollen die Gesellschaft mehrheitlich bei Bremen belassen. Dann ist es natürlich auch ganz konsequent, wenn wir dem Bürgerantrag zustimmen. Das wollen wir heute auch tun, hoffentlich wieder in großer Gemeinsamkeit. - Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch ein paar kritische Anmerkungen machen zu dem, was meine Vorrednerin und mein Vorredner gesagt haben: Selbstverständlich begrüßen auch wir Grünen, dass die Bürgerschaft dem Bürgerantrag folgen will, weil es nicht selbstverständlich ist, dass die große Koalition dies tut! Wir haben genügend Gegenbeispiele, bei denen die große Koalition Wünschen von Bürgern nicht folgt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will aber auch ganz deutlich sagen: Wenn es nach uns Grünen gegangen wäre, wäre dieser Bürgerantrag überhaupt nicht nötig gewesen. Sie sind es doch, die mit Ihrem Prüfauftrag im Koalitionsvertrag die halbe Stadt in Aufregung und alle Beiräte auf die Barrikaden gebracht haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Unruhe bei der SPD)

Jetzt loben Sie sich, dass Sie so gnädig sind und hier den Bürgern Recht geben! Da frage ich mich wirklich: Wo sind Sie denn eigentlich?

(Zurufe von der SPD)

Ganz ruhig, ganz ruhig!

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Für uns Grüne steht fest, dass ein Verkauf des größten bremischen Wohnungsunternehmens überhaupt nicht in Frage kommt. Diese Meinung haben wir immer geteilt, und wir vertreten sie auch jetzt. Darin unterscheiden wir uns von der großen Koalition, wir wollen auch keinen Teilverkauf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies hat Gründe! Kommunale Wohnungsunternehmen sind wichtig für die Vitalität und Zukunft unserer Städte, das gilt in Bremen und erst recht in Bremerhaven. Gerade die Ereignisse in einzelnen Stadtteilen, aber auch in anderen Ländern, zeigen deutlich, dass Wohnungsunternehmen viel für die soziale, aber auch politische Sicherheit und Stabilität in den Stadtteilen beisteuern können. Die Gewoba trägt bisher durch ihr erhebliches Engagement auch gerade im Wohnumfeld, in den Wohnquartieren dazu bei, dass stabile Nachbarschaften bestehen. Dieses Engagement darf nicht durch eine zu hohe Dividendenausschüttung gefährdet werden. Mit jedem Prozentsatz, mit dem wir die Dividende erhöhen, schränken wir gleichzeitig die Bewegungsmöglichkeiten, die Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsbaugesellschaft ein. Dies halten wir für nicht verantwortbar. Deshalb habe ich die Bitte an den Senat, dass er der Versuchung, kleine Heuschrecke zu spielen, widerstehen soll und auf keinen Fall einen Teilverkauf der Gewoba vollziehen sollte, denn darin liegen die Gefahren der Zukunft. Das will ich gleich auch noch ausführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus unserer Sicht war auch das damalige Pensionsgeschäft mit der BIG ein Selbstbetrugsmanöver, da hat sich die Stadt Geld geliehen und muss es nun teuer zurückzahlen. Wir Grünen schlagen vor, dass man, um diese Abzahlungen der Kredite für die Zukunft vernünftig zu regeln, die Dividenden dazu nutzt, diese langfristige Abzahlung der Kredite zu gewährleisten. Das halten wir für eine vernünftige Lösung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu einem Teilverkauf! Ich möchte schon noch einmal auf die Risiken hinweisen, und zwar auf die Risiken für die Stadt und vor dem Hintergrund dessen, was augenblicklich in Deutschland passiert. Viele Städte machen zurzeit kurzfristig große Geschäfte mit dem Verkauf von Wohnungsbeständen, zum Beispiel an Pensionsfonds -

(Abg. Focke [CDU]: Die Gewerkschaften sind da spitze!)

ja, Sie haben Recht, Kollege Focke, leider ist der DGB oder sind einzelne Gewerkschaften da keine Ausnahme, das bedauern wir ausdrücklich -, anschließend werden die Städte, und das ist unsere große Sorge, auf den Problemen sitzen bleiben. Für das schnelle Geld, das die Kommunen mit dem Verkauf ihrer Wohnungsbestände jetzt machen, handeln sie sich möglicherweise die zukünftigen „Krause-Wohnungen“ wieder ein. Wie teuer das ist, diese zu sanieren, das sehen wir an Tenever, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist für die großen ausländischen Pensionsfonds gerade deshalb so interessant, weil die Bestände, über die die Wohnungsbaugesellschaften verfügen, im Vergleich zu anderen Ländern qualitativ sehr gut sind. Diese ausländischen Pensionsfonds - sie heißen zum Beispiel Annington, Fortress, Cerberus, was auf deutsch Höllenhund bedeutet, oder Blackstone - kaufen deutsche Wohnungsbestände nicht auf, weil sie hier im Interesse von Mieterinnen und Mietern handeln wollen, nein, ihr Interesse gilt lediglich der maximalen Rendite durch Vermögensverwertung.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass einer dieser Pensionsfonds in Bremen bereits sitzt, das ist die Firma Blackstone. Diese hat den Wohnungsbestand der Bremischen gekauft, und auch wenn man augenblicklich sagen muss, dass die Folgen für die Mieterinnen und Mieter noch nicht so gravierend sind, möchte ich doch darauf hinweisen, dass die Gewährleistungsfrist 2008 endet. Das ist das Problem! Was passiert mit einem weiteren Verkauf von schon einmal verkauften Wohnungen? Da sehe ich die Gefahr für die Zukunft, wenn es darum geht, die Sahnstücke aus den Wohnungsbeständen herauszulösen, sie zu privatisieren und die Stadt dann wieder auf dem so genannten Rest sitzen zu lassen. Diese Sanierungen, das wissen wir alle aus Erfahrung, sind teuer für die Stadt.

Wir wollen deshalb hier noch einmal auf diese Gefahren aufmerksam machen, weil überhaupt noch nicht klar ist, das haben meine Kollegen Frau Kummer und Herr Focke schon gesagt, wie es mit der Gewoba letztlich weitergehen soll. Gut ist, dass sie mehrheitlich in städtischer Hand ist, wir hätten uns da mehr gewünscht. Wir unterscheiden uns aber eben darin, dass wir sagen: Wer den kleinen Finger reicht im Verkauf, auch im Teilverkauf, der steht in der großen Gefahr, zum späteren Zeitpunkt die ganze Hand reichen zu müssen. Vor diesen Gefahren möchte ich wirklich deutlich warnen. Die Leidtragenden sind die Kommunen,

die Städte, die werden mit finanziellen Problemen dann sitzen bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Um auch deutlich zu machen, Carsten Sieling, dass wir mit diesen Befürchtungen durchaus nicht allein sind: Wir teilen da die Sorgen und Ängste des GdW. Der GdW ist der Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Er hat im November einen großen Kongress veranstaltet und eine Resolution verabschiedet. Ich möchte gern ein Zitat aus dieser Resolution zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten, dort heißt es: „Die Folgen sind in der Gebäudesubstanz zerfallende und sozial erodierende Stadtquartiere, deren vielfältige Probleme immer schwerer mit kommunalpolitischen Instrumenten gelöst werden können.“

Genau dies wollen wir Grünen vermeiden. Deswegen sagen wir auch ganz deutlich: Wir sind nach wie vor dafür, dass für die Zukunft die Gewoba als gesundes Unternehmen komplett in städtischer Hand bleiben soll und kein Teilverkauf stattfinden darf. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Hast du etwas vergessen?)

Abg. **Focke** (CDU)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nein, ich habe nichts vergessen, ich wollte nur noch einmal auf Frau Krusche eingehen und sie noch einmal daran erinnern, als wir hier im Oktober und November über die Gewoba diskutierten, da war in Berlin beim DGB die Hölle los, weil sie nämlich schacherten um Zigtausende von Wohnungen, die an diese so genannten Heuschrecken verkauft worden sind.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Der DGB hat es sogar geschafft, sie noch ohne Sozialcharta zu verkaufen, weil sie so einen noch höheren Preis gebracht haben. Das ist die Wirklichkeit! Dann sagen Sie, wir gingen unverantwortlich damit um! Wir sind sehr verantwortlich mit der ganzen Angelegenheit umgegangen.

Wir haben überhaupt nicht über einen Verkauf gesprochen, wir haben Prüfaufträge vergeben, die

abgearbeitet worden sind. Keiner von uns hat gesagt, die Gewoba muss vollständig verkauft werden. Das hat niemand gesagt! Sie können sich genau aussuchen, in welchen Ländern, unter welchen Regierungen diese Wohnungen verkauft worden sind. Das ist wahrlich kein gutes Beispiel.

Da kann man sich leicht hier hinstellen und sagen, das ist auch nicht schön, und kritisieren, was hier gelaufen ist. Natürlich hat es Diskussionen gegeben im Senat, in den Koalitionsfraktionen, wie die Gewoba künftig geführt werden soll. Die Entscheidung ist aber gefallen, wir haben sie gemeinsam getroffen, dass sie mehrheitlich in der Hand der Stadt bleiben soll, ob das 74,5 oder 74,3 oder 65,8 Prozent sind, das ist egal, Hauptsache, mehrheitlich bleibt sie mit über 50 Prozent bei der Stadt.

Sie haben auch gesagt, dass diese Gesellschaft erfolgreich weiterarbeiten soll. Ich bin auch grundsätzlich dagegen, jetzt durch höhere Dividenden diese Gesellschaft auszuschlachten. Das will aber auch keiner. Das ist ausdrücklich beschlossen worden, dass wir das nicht wollen. Diesen Teufel brauchen Sie hier nicht an die Wand zu malen.

Drittens, das ist ein ganz wichtiger Punkt, das ist die strategische Ausrichtung der Gewoba für die Zukunft, das habe ich eben angesprochen.

Diese Strategiediskussion muss geführt werden, weil sich die Wohnungsmärkte verändern, weil der demographische Wandel eingetreten ist, weil sich die Wohnformen ändern, weil sich die Haushalte ändern, weil man eine Dreizimmerwohnung, die mit 67 Quadratmetern vor 35 Jahren gebaut worden ist, nicht mehr so ohne weiteres an den Mann oder an die Frau bringen kann. Es gibt Änderungen, die unbedingt beachtet werden müssen, und deswegen muss die Gesellschaft auch für die Zukunft ausgerichtet und fit gemacht werden.

Diese Diskussion werden wir aber nicht hier in der Bürgerschaft führen, sondern die muss da geführt werden, wohin sie gehört, nämlich im Vorstand oder im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft - die Gewoba ist eine Aktiengesellschaft -, und dort wird die Politik gemacht und nicht hier. Das finde ich auch ganz gut so, denn wir können uns zwar alle als Experten aufführen, wir sind es nur nicht, und das sollten wir wirklich den Leuten überlassen, die etwas davon verstehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Eckhoff.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Senator Eckhoff^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gar nicht viel zu der Debatte ergänzen. Wir haben zum einen, glaube ich, heute gelernt, dass offensichtlich verschiedene Wege zum gleichen Ziel führen. Wir haben darüber hinaus gelernt, ohne dass ich das näher kommentieren muss, dass sich natürlich die Wohnungsmärkte in der Republik ungefähr in dem Tempo ändern, wie wir es in der Debatte vorher über das Gesundheitswesen kennen gelernt haben. Daraus müssen wir die richtigen Lehren und die richtigen Konsequenzen ziehen. Bremen hat sich mit diesem Beschluss des Senats zur Gewoba bekannt. Bei der Veränderung der Wohnungsmärkte, die der Kollege Focke gerade beschrieben hat, ergibt sich daraus natürlich auch eine gesteigerte Verantwortung für das Unternehmen.

Wir haben, wenn ich das in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender hier einfließen lassen darf, diese Strategiedebatte im Aufsichtsrat begonnen. Wir haben uns dazu entschlossen, einen Strategieausschuss einzurichten, um genau die Fragen zu diskutieren, die der Kollege Focke gerade angerissen hat, die ich hier auch nicht wiederholen möchte. Das wollen wir im ersten Halbjahr 2006 zu Ende bringen und wollen dann innerhalb des Unternehmens, hoffentlich möglichst einvernehmlich, auch entsprechende Beschlüsse vorschlagen.

Dies halte ich für möglich. Ich glaube, dass wir alle von dem Ziel geleitet werden sollten, dass natürlich nur eine starke Gewoba auch tatsächlich ihren Beitrag im Bereich der Stadtentwicklung, wo sie eine ganz, ganz wichtige Rolle spielt, auch erbringen kann. Diese starke Gewoba, das muss man sicherlich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, und deshalb ist das beschlossen worden, Dieter Focke hat das gesagt, ist nur möglich, wenn Bremen nicht aufgrund der Haushaltsnotlage, in der wir uns befinden, selbst zur Heuschrecke wird und sagt, wir setzen jetzt einmal die Ausschüttung immer weiter hoch, weil wir jedes Geld gebrauchen können. Für Strategien, für strategische Veränderungen, die man vornehmen will, braucht man in aller Regel auch Geld, deshalb ist es auch häufig wichtig, dass, wenn Gewinne erwirtschaftet werden, diese nicht einfach ausgeschüttet werden, sondern dass sie im Unternehmen bleiben, um nach Möglichkeit eine sinnvolle Strategie dann finanziell unterstützen zu können.

Ich habe großes Einvernehmen in den Senatsberatungen gehört. Wir haben dann am 15. November 2005 dazu auch einen entsprechenden Be-

schluss gefasst, der sich hier wiederfindet, und deshalb stimmt mich das mutig und optimistisch für unsere Strategiediskussion, die jetzt vor der Tür liegt. Veränderung gibt es. Diese Veränderungen wollen wir positiv angehen, und zwar auf der Basis des Bürgerantrags. Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung, um die Herausforderungen für eine sich wandelnde Stadt zu meistern. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Bürgerantrag mit der Drucksachennummer 16/404 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Bürgerantrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Bebauungsplan 1732 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland beiderseits der Habenhauser Landstraße nördlich Grundstücke Hausnummern 4 bis 60 und südlich Grundstücke Hausnummern 1 a bis 59
Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005
(Drucksache 16/437 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1732 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

**Bebauungsplan 2260
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe
südlich Hochschulring, östlich Badgasteiner
Straße**

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005
(Drucksache 16/438 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2260 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2283
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt
beiderseits der Straße Vor dem Steintor zwi-
schen Am Dobben/Sielwall
und St.-Jürgen-Straße/Lüneburger Straße**
Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005
(Drucksache 16/439 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2283 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2339
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt
südlich Osterdeich, östlich Am Weserstadion**
Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005
(Drucksache 16/440 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2339 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1362
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz
Grundstück östlich Grenzwehr (VR 283, Flur-
stücke 41/1 und 43/20 sowie
VR 286, Flurstück 199/4)
(Änderung des Bebauungsplanes 2301 nach §
13 Baugesetzbuch 2004)**
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/452 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1362 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2194
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt
zwischen Bei den Drei Pfählen (zum Teil ein-
schließlich), Georg-Bitter-Straße,
nördlich Treviranusstraße und östlich Stader
Straße**
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/453 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2194 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

In die Zukunft investieren - Tagesbetreuung ausbauen

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2006
(Drucksache 16/468 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Kollege Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr erfreut über die Mitteilung des Senats zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Lange Zeit war unsicher, obwohl wir es alle politisch befürwortet haben, wie es denn eigentlich finanziert werden soll.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, es ist eine sehr positive Sache gewesen, dass im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2005 durch den Senat gleichzeitig auch dieses Thema behandelt und sichergestellt wurde, für den Ausbau der Kindertagesbetreuung entsprechende Gelder 2006/2007 bereitzustellen, um den Ausbau, wie er hier vorgeschlagen wird, finanzieren zu können.

Gerade angesichts der knappen Kassen ist es eine wichtige und eine richtige Prioritätensetzung und zeigt, dass wir es auch als große Koalition mit einer Politik zur Förderung von Familien und Kindern ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, warum wir gerade als SPD diesem Gesetz und diesem Ausbau eine besonders hohe Bedeutung beimessen. Nicht nur seit Pisa, sondern schon davor ist uns bewusst gewesen, dass frühkindliche Bildung von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des Kindes, aber auch für die Bildungschancen eines Kindes und für die Bildungslaufbahn, damit auch für die Zukunftschancen von Kindern ist. Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass

frühkindliche Bildung auch eine staatliche Aufgabe ist, und zwar nicht, weil wir glauben, dass die Eltern unfähig wären, ihren Kindern Bildungsinhalte mitgeben zu können, sondern weil es in diesen Bereichen vieles gibt, was man allein zu Hause in der Familie nicht leisten kann. Vielmehr ist es sinnvoll, dass Kinder auch im frühen Alter zusammenkommen und gemeinsam verschiedene Dinge erlernen. Das ist die wichtigste Begründung, weil es für die Kinder sinnvoll und notwendig ist. Deswegen setzen wir dieses Gesetz gern hier in Bremen um, das durch die rotgrüne Bundesregierung in Berlin beschlossen worden ist.

Das Zweite, weswegen wir es für extrem wichtig halten, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber wird viel geredet, aber nach wie vor ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gewährleistet. Es gibt immer noch viele Paare, die keine Kinder bekommen, weil sie der beruflichen Karriere den Vorrang geben. Es gibt aber umgekehrt viele Elternteile, die auf eine berufliche Karriere verzichten müssen, weil sie keine Möglichkeit zur Kinderbetreuung haben.

Das will ich hier auch ganz deutlich sagen, das ist vor allem ein Frauenproblem. Es handelt sich hier nach wie vor um die handfeste Diskriminierung von Frauen, die ganz erheblich in die Lebensgestaltung von Frauen eingreift und durch gesellschaftliche Gründe dazu führt, dass Gleichberechtigung hier nicht gewährleistet ist. Das gleichstellungspolitische Ziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Jeder und jede soll auswählen, ob er/sie Familie, Beruf oder beides zusammen machen kann, nicht aber durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu einer der Alternativen gezwungen werden.

Für die Abstellung dieses Missstandes ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung ein wesentlicher Schritt. Ich will nur hier an dieser Stelle bemerken, dass für weitere Debatten auch realisiert werden muss, dass damit nicht alle Probleme gelöst sind. Das ist uns sehr wohl bewusst. Es gibt weitere wichtige Voraussetzungen, die gewährleistet sein müssen.

Ein wichtiger Bereich, wo Bremen auch sehr viel tun kann und auch schon tut, ist, dass wir es schaffen müssen, familienfreundliche Betriebe zu realisieren. Da kann man sich im Übrigen auch noch einmal in der Politik genauer Gedanken machen, wie familienfreundlich eigentlich der Politikbetrieb ist: Wie viele Termine finden in der Mittagspause statt, wenn Kinder vielleicht etwas zu essen bekommen müssen, wenn sie nach Hause kommen? Ich selbst bin davon betroffen, ich weiß also sehr genau, wovon ich rede.

Ein weiterer Punkt ist sicherlich das Elterngeld. Auf Initiative der SPD bessert sich das Problem langsam. Man muss sich der Frage der finanziellen Einbußen stellen, wenn man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern will. Die finanziellen Einbußen, die entstehen, wenn man auch nur zeitweise Kinder betreut, sind ein erhebliches Problem und schrecken natürlich auch viele Eltern ab, Kinder zu bekommen.

Ich finde, das ist auch insofern noch einmal hervorzuheben, weil auch das eine übergeordnete Debatte ist, die in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung ist. Die Kinderbetreuung hat zudem einen sehr deutlichen Bezug zum demographischen Wandel. Wir reden dauernd vom demographischen Wandel, häufig so, als ob wir uns das alles nicht mehr leisten könnten, die soziale Sicherung müsse deswegen angeblich zurückgefahren werden. Hier haben wir einen Bereich, wo man aktiv gegensteuern kann.

Natürlich ist es so, umso höher die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter ist, umso leichter ist es natürlich auch, eine steigende Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern zu finanzieren. Genauso ist es, umso mehr Kinder geboren werden, umso leichter wird es später sein, die Versorgung von älteren Menschen sicherzustellen. Das ist ja der Kern des Generationenvertrags, nämlich dass die Eltern, solange die Kinder klein sind und aufwachsen, für die Kinder sorgen, umgekehrt natürlich später dann die Erwachsenen für ihre Eltern jeweils wieder entsprechende Leistungen erbringen.

Insofern ist die Bedeutung, die dieser Ausbau der Kindertagesbetreuung hat, nicht zu unterschätzen. Wir müssen dies im Sinne eines entsprechenden Umbaus von Bremen, den wir aufgrund der demographischen Entwicklung gestalten gehen müssen, als wichtige Aufgabe annehmen.

Der Senat hat nun festgelegt in seiner Ausbauplanung, dass er ausgeht von einem Bedarf von zirka 20 Prozent, das heißt also, 20 Prozent der jeweiligen Altersjahrgänge sollen die Möglichkeit zur Kinderbetreuung oder zur Teilnahme an Kinderbetreuungseinrichtungen haben, sei es in Einrichtungen oder auch in der Tagespflege, bei Tagesmüttern oder -vätern. Dies wird erst einmal als Ziel gesetzt, und es wird versucht, dieses Ziel bis 2010 zu erreichen.

Nun kann man sicherlich trefflich streiten, ob der Bedarf damit wirklich gedeckt wird. Ich bezweifle dies. Es ist schon in der Vorlage darauf hingewiesen worden, dass wir es voraussichtlich mit einem viel größeren Bedarf zu tun haben werden. Diese Diskussion sollten wir dann im Jahr 2010 richtig

fortsetzen, wenn wir diese Ausbaustufen bis dahin geschafft haben. Das sind erst einmal die ersten und die richtigen Schritte, die wir da gehen. Insofern bin ich sehr zuversichtlich, dass sich sehr schnell zeigen wird, der Bedarf ist vorhanden, sogar größer, und dass dann auch die Einigkeit herrschen wird, dies weiter ausbauen zu müssen.

Das Ganze muss natürlich - und das ist ein Bereich, in dem wir hier auch denken müssen, und was vom Senat meines Erachtens auch richtig angegangen wird - in Bezug gesetzt werden zu unseren knappen Kassen. Das bedeutet, man könnte sich, wenn man sehr viel Geld hätte, erstens heute einen schnelleren Ausbau vorstellen, man könnte sich vielleicht die eine oder andere Sache auch schöner vorstellen. Ich glaube aber, das, was der Senat hier versucht, nämlich 217 Plätze pro Jahr auszubauen, ist angesichts der begrenzten Finanzmittel angemessen. Es ist auch nicht so, dass man hier den Vorwurf erheben kann, Bremen würde aufgrund der Finanzen Kinder vernachlässigen, sondern es zeigt sich, Bremen versucht trotz knapper Finanzen, dieser gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden.

Für uns als SPD sind in der Ausbauplanung, wie sie vorgesehen ist, ein paar Punkte besonders wichtig, auf die wir auch bei der Umsetzung achten werden. In der Vorlage des Senats wird sehr deutlich, dass die Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in den Stadtteilen äußerst unterschiedlich ist. Es gibt Stadtteile, in denen gar kein Angebot vorhanden ist, es gibt Stadtteile, in denen die Quote inzwischen bei fast 20 Prozent liegt, was sehr erfreulich ist. Das hat für uns zur Folge, dass wir darauf achten werden, dass gerade in den Stadtteilen verstärkt Plätze ausgebaut werden, die im Moment eine sehr unterdurchschnittliche Quote haben. Wir meinen nicht, dass jeder Stadtteil unbedingt immer gleich behandelt werden muss, aber gerade bei der Kinderbetreuung für Kinder in diesem Alter gibt es nur zwei räumliche Notwendigkeiten: entweder muss die Betreuung nahe an dem Wohnort sein, wo die Kinder leben, oder sie muss nahe an der Arbeitsstätte sein, wo die Eltern arbeiten gehen. Insofern ist es dringend geboten, dass man in den Stadtteilen sehr gleichmäßig versucht, die Plätze auszubauen, weil lange Wegezeiten zusätzliche Zeit erfordern, die gerade - wenn man Kinder hat, weiß man, wie viel man da organisieren muss - eben nicht üppig vorhanden ist. Wir müssen daher gewährleisten, dass es wohnortnah entsprechende Versorgungseinrichtungen gibt. Hier gibt es bestimmte Stadtteile, in denen sehr viel Nachholbedarf ist. Ich nenne nur einen Stadtteil wie Obervieland, wo bisher keine Tagesstätten vorgehalten werden.

Ein zweiter Bereich, der für uns sehr wichtig ist, ist zugleich auch ein Gebot der finanziellen Enge. Wir sind gezwungen, eine Standortentwicklungsplanung für den KTH-Bereich vorzunehmen, wobei sich andeutet, dass das eine oder andere KTH entweder ganz geschlossen werden muss oder dort zumindest Gruppen frei werden. Die dortige Infrastruktur sollte aus unserer Sicht so weit wie möglich für den Ausbau oder die Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren oder für altersübergreifende Angebote genutzt werden, weil es auch pädagogisch sehr sinnvoll ist, dass man keine strikte Trennung im Alter von null bis drei Jahren und danach von drei bis sechs Jahren macht. Das kann man sich auch altersübergreifend vorstellen. Wir müssen versuchen, und darauf werden wir achten, die Infrastruktur, die wir dort schon vorhalten, entsprechend auszunutzen, um Finanzmittel möglichst sparsam auch in diesem Bereich einzusetzen.

(Glocke)

Das Letzte, das ich betonen möchte, ist, dass für uns natürlich die Qualitätssicherung von besonderer Bedeutung ist. Es geht für uns nicht darum, Verwahranstalten für kleine Kinder einzurichten, sondern es geht darum, Betreuung mit frühkindlicher Bildung zu verbinden. Deswegen sind qualifizierte Kräfte für uns eine wesentliche Anforderung, natürlich auch im Tagesmütter- und -väterbereich. Auch dort müssen entsprechende Qualitätsstandards gesetzt werden. Das halten wir auch für unverzichtbar beim Ausbau.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Das, was der Senat jetzt hier beschlossen hat, geht in die richtige Richtung. Wir werden die Kinderbetreuung energisch ausbauen. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir begrüßen diese Mitteilung des Senats. Sie ist das Ergebnis unseres gemeinsamen Antrags vom März des vergangenen Jahres. Das, was in dieser Mitteilung formuliert ist, ist ein gutes Signal für unsere Familien, für die Kinder und auch für die Mitarbeiter in der Tagesbetreuung. In Deutschland, Kollege Dr. Schuster hat es bereits angesprochen, aber auch in Bremen besteht ein großer Handlungsbedarf in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder. Die CDU-

Fraktion will den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen voranbringen. Daher bekennen wir uns eindeutig zu einem quantitativen, aber eben auch qualitativen Ausbau der Betreuungsangebote.

Mit dem erweiterten Angebot an vielfältigen und bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für Kinder auch unter drei Jahren sollen Eltern sowohl bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben als auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. Damit kann dem Wunsch insbesondere von Müttern nach einer Erwerbstätigkeit besser entsprochen werden. Wir wollen Bremen kinderfreundlicher gestalten. Meine Damen und Herren, unsere Stadt braucht mehr Kinder!

(Beifall bei der CDU)

Die abnehmende Kinderzahl, Herr Dr. Schuster sprach dies an, auch in unserer Stadtgemeinde - das ist ja die allgemeine demographische Entwicklung in Deutschland - hat zahllose negative Auswirkungen auf die Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung, auf Arbeits- und Wohnungsmärkte, auf die Auslastung der kommunalen Infrastruktur und eben leider auch auf die öffentlichen Finanzen. Betreuungsmöglichkeiten sind ein Beitrag, den Wunsch nach Kindern Realität werden zu lassen. Kindern muss darüber hinaus frühzeitig der Zugang zu Bildung ermöglicht werden. Die Erwerbstätigkeit von Eltern muss gefördert und Familien müssen entlastet werden.

Die Vorgabe aus dem Tagesbetreuungsbaugesetz ist ja, bis zum Jahr 2010 für Kinder im Alter auch unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten, sie ist verbindlich. Das so genannte TAG, Tagesbetreuungsbaugesetz, welches seit dem 1. Januar des vergangenen Jahres gilt, nennt dabei zwei Säulen, die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Schaffung von neuen Tagesbetreuungsplätzen als institutionelle Betreuung. Die Richtlinien zur Förderung von Kindern durch Tagespflegepersonen im Land Bremen beinhalten bereits Vorgaben zur fachlichen Eignung und zur Qualifizierung der Tagespflegepersonen. Das geforderte Angebot aber ist eben in Bremen gegenwärtig nicht gewährleistet. Das müssen wir so ganz nüchtern feststellen. Deshalb brauchen wir den stufenweisen Ausbau bis zum Jahr 2010.

Die örtlichen Träger werden verpflichtet, im Rahmen der Jugendhilfeplanung die jährlichen Aus-

*) Vom Redner nicht überprüft.

baustufen zu beschließen, jährlich bis zum 15. März des jeweiligen Jahres den aktuellen Bedarf zu ermitteln und den jeweils erreichten Ausbaustand festzustellen. Heute werden in Bremen rund 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen bereits in Tageseinrichtungen betreut. Hier haben wir als große Koalition von SPD und CDU bereits eine hohe Quote und größere Flexibilisierung des Betreuungsumfangs eingeleitet. Das vorhandene Platzangebot, kann man sagen, entspricht hier der Anzahl der nachgefragten Plätze. Jedoch ist hinlänglich bekannt, dass das gegenwärtige Angebot an Teilzeit- und vor allem an Ganztagsplätzen unter der Nachfrage liegt.

Die Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen wird außer in Einrichtungen derzeit schon durch Tagespflegepersonen betreut. Soweit es sich um Tagespflegestellen handelt, die durch die Jugendämter vermittelt werden, stehen in der Stadtgemeinde 620 Plätze zur Verfügung. Das sind gerade einmal 4,9 Prozent. Im Vergleich zu vergleichbaren Großstädten ist die Versorgung in unserer Stadtgemeinde mit Plätzen in Einrichtungen mit einem Angebot von insgesamt 814 Plätzen deutlich niedriger. Das sind gerade einmal 6,2 Prozent. Bei den Plätzen in Einrichtungen, die zu 75 Prozent in Kleinkindergruppen der Elternvereine angeboten werden, haben wir in der Stadtgemeinde eine Versorgung von diesen 6,2 Prozent, und ein Viertel - der Rest dann eben - wird zu etwa gleichen Teilen in alterserweiterten Gruppen einerseits, Krippen und betriebsnahen Einrichtungen andererseits vorgehalten.

Hier haben wir schon ein qualitativ hohes Niveau. Es ist aber nicht bedarfsdeckend. Bei der Anzahl der Plätze in der Tagespflege kann Bremen eine höhere Versorgungsquote vorweisen als die vergleichbaren Städte. Das geht auch aus der Mitteilung des Senats hervor. Angesichts des hohen Betreuungsanteils durch Elternvereine will ich an dieser Stelle auf das unterschiedliche Potential für solche Gruppen in unseren Stadtteilen hinweisen. Wir wissen, nicht überall in Bremen wird es möglich sein, auf ein elterliches Engagement zu bauen. Hier müssen wir auf die Träger der Jugendhilfe, aber eben auch auf die Betriebe setzen.

Beschwerden von Eltern, Anträge von Elterninitiativen beziehungsweise Elternvereinen sowie von Trägern auf Eröffnung oder Ausweitung von Gruppen weisen auf einen höheren Bedarf hin, als wir bisher in der Lage waren, Betreuung anzubieten. Aus verschiedenen Betrieben liegen Interessensbekundungen vor für weitere betriebsnahe Einrichtungen, das begrüßen wir! Was wir dringend brauchen, ist eine ganz konkrete Bedarfsermittlung, auch wenn schon jetzt klar sein dürfte,

dass das bisherige Angebot erheblich unter dem tatsächlichen Bedarf liegt.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz sagt sehr klar, dass die Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder des alleinerziehenden Elternteils dabei zentrale Kriterien für den Betreuungsbedarf der Kinder sind. Klar sein muss, dass es aber auch in Teilen notwendig ist, für solche Kinder ein Angebot vorzuhalten, die wegen ihrer besonderen belastenden Familienverhältnisse einer Förderung in Tageseinrichtungen oder der Kindertagespflege bedürfen.

Meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung unter der Führung von CDU/CSU und SPD hat in ihrer Koalitionsvereinbarung deutlich festgehalten, dass, sollten die Kommunen bei den im Jahr 2008 zu erstellenden Prognosen des Ausbaustandes für das Jahr 2010 feststellen, dass mehr als zehn Prozent der Kommunen das geforderte Angebot zum Stichtag 1. Oktober nicht gewährleisten können, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auf alle Kinder ab dem zweiten Lebensjahr ausgeweitet wird.

Wir stehen als Koalition zum Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder. Hier wollen wir unsere Anstrengungen konzentrieren. Das ist nur konsequent, weil auch das Ganztagsschulprogramm weiterläuft und die Jugendhilfe im Grundschulbereich zu 22 Prozent alle Kinder bereits heute mit Betreuungsformen versorgen kann. Das ist eine Schwerpunktsetzung, die wir hier in Bremen vornehmen, wohl gemerkt alles auch unter schwierigsten kommunalen Haushaltsbedingungen. Hier machen wir zugleich deutlich, dass es bei der Kinderbetreuung eines großen Schrittes bedarf, der aber notwendig und richtig ist.

Wir sagen deshalb zum jetzigen Zeitpunkt, dass eine Versorgung von 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren auch im Vergleich zur Planung anderer Großstädte in Deutschland angemessen ist, im Hinblick auf den absehbaren Bedarf aber auch mindestens erforderlich. Eine konkrete Bedarfsermittlung - hier teilen wir die Auffassung des Senats -, also eine Auswertung der Nachfrage, bringt erst dann aussagekräftige Ergebnisse, wenn Eltern ihre Kinder auch tatsächlich anmelden, weil die realistische Chance besteht, einen Betreuungsplatz zu bekommen.

Wir wollen also im Laufe des kommenden Kindergartenjahres 2006/2007 vom Amt für Soziale Dienste unter wissenschaftlicher Begleitung eine Elternbefragung durchführen lassen, um den Bedarf konkret zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Befragung muss dann auch der weiteren Ausbauplanung zugrunde gelegt werden. Mit dem Ziel der

zwanzigprozentigen Versorgungsquote werden wir bis 2010 jährlich zusätzlich 217 Betreuungsplätze einrichten. Wir sagen, dass der institutionellen Betreuung in Einrichtungen gegenüber der Betreuung durch Kindertagespflege Vorrang einzuräumen ist. Dabei ist uns als CDU-Fraktion besonders wichtig, dass wir eine qualifizierte frühkindliche Bildung und Erziehung anbieten können. Anzustreben ist eine Relation von zwei Dritteln institutioneller Betreuung zu einem Drittel Kindertagespflege.

Die Tagespflege kann über qualifiziertes Personal ungewöhnliche Betreuungszeiten abdecken beziehungsweise bei kurzfristigen Betreuungsbedarfen greifen. Es ist doch klar, wir brauchen hier auch den Angebotsmix. Wir sagen, dabei sind Elternvereine und betriebsnahe Einrichtungen gleichermaßen zu berücksichtigen. Wir wollen ebenso mit investiven Mitteln nachhaltig wirtschaften und vorrangig bestehende Einrichtungen berücksichtigen, um die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einsetzen zu können.

Der finanzielle Bedarf für den Ausbau in der Stadtgemeinde Bremen wird in dem Bericht des Ressorts für Jugend und Soziales für das Haushaltsjahr 2006 mit rund einer Million Euro, für 2007 mit rund 3,5 Millionen Euro beziffert.

Mit einem auf fünf Jahre veranschlagten Ausbauplan ist mit konsumtiven Mehrausgaben von jährlich 2,5 Millionen Euro zu rechnen. Das ist eine beachtliche Summe, meine Damen und Herren, die die Koalition hier auch im Doppelhaushalt bereitstellen wird.

Wir als CDU-Fraktion sagen, bei der derzeit laufenden Standortplanung müssen frei werdende Plätze infolge der Demographie, die für die Versorgung im Kindergarten- beziehungsweise Hortalter nicht mehr benötigt werden, wenn möglich umgewidmet werden. Dabei setzt meine Fraktion voraus, dass bei diesem Prozess die zentrale Elternvertretung beteiligt wird und ebenso die Beiräte voll eingebunden werden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen, auch für viele Bremer Initiativen und Elterngruppen ist dies ein Signal, dass es in diesem Jahr endlich losgehen kann! Der Ausbau der Betreuung ist ein großer Erfolg und die richtige Weichenstellung. Er sichert Arbeitsplätze und erleichtert obendrein den beruflichen Wiedereinstieg von Eltern. Die große Koalition setzt hier einen sehr deutlichen Akzent, der auch zur Attraktivitätssteigerung unserer beiden Städte für junge Paare und

Familien einen erheblichen Beitrag leisten wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schuster und Herr Bartels haben schon sehr viel Richtiges gesagt. Ich glaube, dass sie das Bild über die Situation von Paaren, die sich in unserer heutigen Zeit entschließen, Kinder zu bekommen, und die damit verbundenen Lebensrisiken hier schon ganz wahrheitsgetreu wiedergegeben haben. Dennoch gab mir Frau Stahmann, als ich hier nach vorn gelaufen bin, mit auf den Weg, dass ich doch auch auf jeden Fall sagen sollte, Kinder bekommen ist erst einmal eine tolle Sache und Kinder haben fast noch besser. Das ist die Prämisse, von der wir erst einmal ausgehen. Wir wollen viele Kinder in unserer Gesellschaft und brauchen für diese eine gute Versorgung.

(Beifall - Abg. Focke [CDU]: Ja, mach man! Wir haben es schon hinter uns!)

Jetzt komme ich zu den Fragen, die wir hier eigentlich diskutieren. Tatsächlich geht die Betreuung der unter Dreijährigen zurück auf die alte Bundesregierung, und wir Grünen haben uns eine ganze Zeit skeptisch angeschaut, was der Senat so treibt, um das, was von der Bundesebene an Beglückung kam, hier auch sinnvoll umzusetzen. Als wir dann sahen, dass die Mehreinnahmen durch die Hartz-Reform, die eigentlich diesem Bereich zugedacht waren, ganz plötzlich und schnell in anderen Töpfen verschwanden, sahen wir das noch relativ skeptisch. In der Tat sind wir jetzt sehr erfreut, dass es geglückt ist, diesen ersten Schritt zu machen. Ich glaube, so weit sind wir uns einig. Wir sind uns auf der anderen Seite auch einig, dass die Bedarfe tatsächlich vorhanden sind. Das heißt, dass wir hier nicht eine Politik machen, die an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbeigeht.

Herr Bartels sagte, es soll eine Studie geben. Das ist auch eine alte Forderung der Grünen. Ich glaube aber, dass diese Studie uns nur das bestätigen wird, was wir ohnehin schon wissen, und womöglich dann auch herauskommen kann, dass die Bedarfe noch größer sind als 20 Prozent. Wenn wir so eine Studie machen, dann müssen wir das Ergebnis, das dabei herauskommt, natür-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

lich auch ernst nehmen. Das würde dann auch bedeuten, dass 20 Prozent bis 2010 schon einmal ein gutes Ziel sind, aber dass dann auch noch nachgelegt werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt möchte ich noch ein klein wenig Wasser in den Wein gießen. Das ist ja als Opposition auch ein bisschen unsere Aufgabe, auch wenn Frau Röpke heute Geburtstag hat, wir halten uns ein bisschen an den Kommentar, und dann passt es! Das Standortentwicklungskonzept wurde hier in den parlamentarischen Gremien schon weitestgehend beraten. Wir sind zwar abschließend noch nicht befasst worden, aber es ist natürlich im wahrsten Sinne des Wortes schon wesentlich in Beton gegossen. Dabei geht es angesichts sinkender Kinderzahlen im Kindergarten darum, welche Standorte von Kindertagesheimen wir womöglich aufgeben können, weil wir sagen, die Bedarfe sind dort vor Ort einfach nicht gegeben, und deshalb wird es eine geringere Anzahl an Gruppen geben, warum wir dann auch einzelne Häuser schließen können.

Wir Grünen haben immer gesagt, dass es wenig Sinn macht, dieses Standortkonzept, das die Weichen für die nächsten Jahre stellen wird, auf der einen Seite zu beschließen und auf der anderen Seite in der Schublade schon das Konzept für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen zu haben. Das eine bedeutet, ich baue etwas ab, und das andere bedeutet, ich baue etwas dazu. Beides auf getrennten Gleisen zu verhandeln wird im Endeffekt dazu führen, dass wir dieses Standortkonzept am Schluss mehr oder weniger in die Tonne treten können, wenn wir wirklich ernsthaft das Ziel haben, jährlich um die 200 zusätzliche Plätze zu schaffen. Natürlich teilt sich das auf verschiedene Angebotsformen auf, aber es wird im Ergebnis auch bedeuten, dass dort, wo Kindertagesplätze wegfallen, das auch durch Plätze mit unter Dreijährigen ersetzt wird, und dementsprechend muss unser Standortkonzept so gut sein, dass es das auch auffängt, aushält und nicht komplett an den Bedarfen vorbeiplant.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass die Frage der Umwidmung von jetzt wegfallenden Plätzen, was ja genau das bedeutet, auch eine alte Forderung der Grünen ist. Wir entdecken in dieser Vorlage des Senats eine ganze Reihe von dem, was wir angeregt haben, das freut uns auch sehr.

Die Frage von Trägervielfalt und Angebotsmix habe ich ja schon kurz angesprochen. Wir werden

zwischen Tagespflege, das wird ungefähr ein Drittel sein, und man kann sehr dogmatisch darüber diskutieren, zwischen Elternvereinen, die im Moment auch schon den wesentlichen Teil von der Betreuung dieser Kinder übernehmen mit bis zu 50 Prozent, und unseren KiTas das Ganze aufteilen.

Das Argument, warum man 50 Prozent an die Elternvereine geben will, hat mich ein bisschen überrascht. Gut, sie machen eine Klasse Arbeit. Das ist eine Initiative von engagierten Eltern, die unter schweren Bedingungen den Stein ins Rollen bringen. Es allerdings allein mit dem Argument zu begründen, dass diese Plätze günstiger seien als die Plätze in unseren KTH, dass man 50 Prozent an dieses Angebot geben will, finde ich vor dem Hintergrund, dass diese Eltern immer wieder sagen, dass ihre personelle Ausstattung nicht so ist, wie sie das gern hätten, und dass sie ja auch für ihre zweite Kraft in den Einrichtungen kämpfen, genauso wie auch die KTH das tun, das Argument, die sind einfach billiger, fachpolitisch falsch gedacht. Wenn wir Qualität steigern wollen und ernst nehmen, was uns die Elternvertreter sagen, dann müssen wir da auch nachlegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Unserer Ansicht nach ist es in der Tat ein Fehler, der schon im Tagesbetreuungsausbaugesetz selbst steckt, nämlich die Abwägung zwischen den Fragen von Erwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf - wurde hier breit diskutiert - und sozialen Gesichtspunkten. Natürlich bedeutet Kindertagesbetreuung auch immer, dass man in schwierigen sozialen Lagen eine Entlastung für die Familie schafft zum Wohle des Kindes und hoffentlich auch zum Wohle der Eltern und dass man Kindern Chancen mitgibt im Sinne auch von Bildungschancen für ihr späteres Leben. Kinderbetreuung hat auch immer diese soziale Komponente, und in der Abwägung dieser zwei Fragen ist es tatsächlich so, dass das Bundesgesetz der Erwerbstätigkeit bereits den Vorrang gibt. Dass soziale Gesichtspunkte dahinter stehen, wird jetzt auch in der Konzeption, die wir hier für Bremen diskutieren, so nachvollzogen. Politisch finde ich das durchaus noch diskussionswürdig.

Wenn ich mir bereits jetzt die Verteilung auf die einzelnen Stadtteile anschau, dann fällt auf, dass beispielsweise Obervieland, das wurde angesprochen, keinen einzigen Platz hat, die Vahr hat im Moment ebenfalls keinen einzigen Platz. Wenn ich mir anschau, wie viele Plätze es in anderen problematischen Stadtteilen wie beispielsweise in Osterholz und Hemelingen gibt, und das dann mit Schwachhausen oder mit der Östlichen Vorstadt

vergleiche, dann wird schon deutlich, dass das ein Verhältnis von eins zu drei ist oder zum Teil noch krasser.

Ich glaube, diese Tendenz, die wir an allen Ecken und Enden unserer Kindertagespolitik diskutieren, wird sich verschärfen. Ich finde, und das ist auch Position unserer Fraktion, dass Erwerbstätigkeit natürlich ein zentrales Kriterium ist, aber die sozialen Erwägungen daneben völlig außer Acht zu lassen und dem einen immer nur das Prä zu geben vor dem anderen, was dazu führt, dass es im Stadtgebiet eine Umschichtung von sozial schwächeren hin zu sozial stärkeren Stadtteilen gibt, das finden wir falsch, weil da 50 Prozent der Aufgabe völlig außer Acht gelassen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Diskussion über die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung des Konzepts. Die groben Leitplanken haben wir hier heute diskutiert. Es wird eine interessante Aufgabe werden, das in die Tat umzusetzen. Wir sichern dem Ressort dabei unsere konstruktive Unterstützung zu und hoffen, dass wir es tatsächlich schaffen, wenigstens auf die 20 Prozent zu kommen. Wenn die Studie dann sagt, naja, vielleicht noch ein bisschen mehr, dann, denke ich, bekommen wir das miteinander hin. Wir müssen nur die Kritikpunkte, die heute hier von uns genannt wurden, hoffentlich auch mit berücksichtigen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Nun spricht Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich doch trotz einiger marginaler inhaltlich unterschiedlicher Ansätze, dass wir heute noch ein Thema gefunden haben, das uns an vielen Stellen vereint. Da haben wir nach meinem Eindruck eine supergroße Koalition. Das finde ich auch gut so, weil es ein wichtiges Thema ist. Es ist schon viel Grundsätzliches gesagt worden. Das will ich jetzt aus meiner Sicht nicht wiederholen, das diskutieren wir auch immer wieder in den Deputationen und dem Jugendhilfeausschuss miteinander.

Ein Punkt ist mir noch wichtig, das ist der Punkt, der nur so ein bisschen angeklungen ist, den ich aber gern herausarbeiten möchte. Das ist das Thema Standortfaktor! Es ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie genannt worden, völlig richtig. Dahinter steckt ja, dass wir viele junge Frauen haben, die gut qualifiziert sind, die ein Studium oder eine gute Ausbildung haben, die dann, wenn

sie ihre Familienzeit nehmen wollen oder müssen, weil es eben nicht ausreichend Plätze gibt für die Null- bis Dreijährigen, auch wenn sie nur zwei oder drei Jahre aus dem Job sind, in bestimmten Berufen wie in technischen und in wissenschaftlichen Berufen den Anschluss völlig verloren haben und kaum wieder oder nur mit ganz großen Mühen hineinkommen. Das heißt, der Wirtschaft gehen an dieser Stelle richtig Fachkräfte verloren.

Aus meiner Sicht ist es auch eine volkswirtschaftliche Verschwendung, dass wir viel öffentliches Geld in die Qualifizierung von jungen Frauen hineingeben und nachher nicht abrufen, was da an Potential zur Verfügung steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin mir sicher, dass dieser Druck sich noch verschärfen wird. Wir wissen alle, dass wir in fünf bis zehn Jahren einen deutlich verstärkten Fachkräftemangel haben werden. Wenn man sich die demographische Entwicklung vor Augen hält, dann wird das ein drängendes Problem. Deswegen finde ich es auch absolut notwendig und richtig, dass wir jetzt diesen Bereich der Null- bis Dreijährigen-Betreuung angehen, weil wir uns mit Blick auf diese Situation rechtzeitig aufstellen müssen.

Natürlich ist es auch für die jungen Frauen - es sind ja leider immer noch junge Frauen, die primär Familienarbeit machen - wichtig, dass sie ihre persönliche berufliche Perspektive aufgreifen können. Es ist auch ein Standortfaktor, wenn es darum geht, wie junge Familien sich entscheiden, wo sie wohnen wollen, ob sie hier in Bremen wohnen wollen, wo wir dann eine gute Betreuung und eine gute Bildung für die Kinder von Anfang an bieten können. Wir stehen in Konkurrenz zu anderen Wohnorten, die in die Abwägung für diese Familien einbezogen werden.

Wir haben, das ist schon gesagt worden, einen enormen Bedarf. Wir haben sehr viele Fragen von Eltern nach Betreuungs- und Bildungsplätzen für Null- bis Dreijährige, die wir nicht positiv bescheiden konnten, weil einfach das Geld nicht da war. Viele Initiativen fragen nach oder haben nachgefragt und auch, was ich sehr positiv finde, Betriebe, die sich jetzt sehr intensiv auf die Suche machen nach betriebsnahen Einrichtungen oder sich Plätze einkaufen wollen. Das alles zeigt uns also, dass wir ganz dringenden Handlungsbedarf haben. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass wir jetzt im Senat nun endlich die Entscheidung getroffen haben, auch in Bremen das TAG, das ja eine verbindliche gesetzliche Vorgabe ist, umzusetzen, und es uns gelungen ist, trotz der schwierigsten finanziellen Lage, trotz der Haushaltsnot,

die wir haben, diesen wichtigen Bereich als Schwerpunkt zu entwickeln und dass die große Koalition die Kraft hatte, im Senat diese Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde auch, das ist noch einmal Beifall wert, das war ja auch keine einfache Entscheidung, aber das ist notwendig.

Ein Wort noch zur Standortplanung, lieber Herr Crueger! Es ist nicht so, dass die Standortplanung in Beton gegossen ist. Mit Beton arbeiten wir sowieso nicht in unserem Ressort, das ist eher der Kollege Eckhoff, der dafür zuständig ist.

(Heiterkeit - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie nehmen es dann doch!)

Wir sind da mitten im Prozess. Das wissen Sie ja, dass wir da ein gutes Beteiligungsverfahren auf den Weg gebracht haben. Deswegen bin ich auch so froh, dass die Entscheidung jetzt gefallen ist, denn natürlich ist es richtig, dass wir sagen, wir haben auf der einen Seite das Problem, dass wir leider weniger Kinder haben in dieser Stadt und deswegen Plätze abbauen müssen bei den Drei- bis Sechsjährigen. Auf der anderen Seite bietet es sich selbstverständlich an zu überlegen, welche dieser frei werdenden Plätze dann umgewidmet werden können für die Null- bis Dreijährigen. Die Entscheidung ist also gerade noch rechtzeitig gekommen, um die Standortplanung auch in diese Richtung entwickeln zu können als ein ganzheitliches Konzept. Mir liegt sehr daran, dass wir das tatsächlich genauso umsetzen.

Was zu den Stadtteilen gesagt worden ist, ist richtig. Wir haben eine sehr unterschiedliche Entwicklung, das kann man auch in dieser Tabelle sehen. Das hängt natürlich damit zusammen, dass jetzt primär Elternvereine die Angebote für die Null- bis Dreijährigen leisten, und das hat etwas damit zu tun, dass von den Elternvereinen sehr viel Kompetenz mitgebracht werden muss. Einen solchen Verein zu führen ist eine sehr hohe Verantwortung, und das sind eben bestimmte Stadtteile, wo sich Eltern auf den Weg gemacht haben, die auch bestimmte Voraussetzungen mitbringen.

Das kann man auch sehen in dieser Tabelle, dass es eben leider an der Stelle eher nicht die Stadtteile sind, wo sich die sozialen Probleme dann in den Vordergrund drängen. Da sehe ich auch eine Aufgabe für uns, dass wir das sehr genau austarieren, wo wir diese zusätzlichen Plätze für Null- bis Dreijährige einrichten, also die soziale Kom-

ponente berücksichtigen. Wir müssen Kriterien entwickeln, die auch, da komme ich wieder zurück auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern, primär der jungen Frauen, berücksichtigen. Es wird wahrscheinlich keine leichte Aufgabe. Ich kann mir vorstellen, dass wir gemeinsam objektive Kriterien benennen und entwickeln, an denen wir dann die Bedarfe abarbeiten und Entscheidungen treffen, die dann auch möglichst viele der gerade von mir genannten Komponenten berücksichtigen.

Wir werden sicherlich nicht jeder Anfrage gerecht werden können, aber wir haben zumindest jetzt, das ist mir wichtig, eine Grundlage, wo wir anfangen können, wo wir für 2006/2007 Geld haben, um die erste Ausbaustufe in die Tat umsetzen zu können, und darauf müssen wir dann aufbauen. Das macht mich sehr zuversichtlich, und ich bin sehr froh, dass wir heute diese schöne Debatte führen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 16/468 S, Neufassung der Drucksache 16/454 S vom 12. Dezember 2005, Kenntnis.

Vorhaben- und Erschließungsplan 32 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen - Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2005 (Drucksache 16/457 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 32 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Überseestadt zeitgemäß als integrierten Stadtteil entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Januar 2006
(Drucksache 16/458 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Überseestadt ist das zentrale Stadtentwicklungsgebiet, und ich betone, Stadtentwicklungsgebiet, und eben nicht nur Wirtschaftsfördergebiet, das Bremen hat, und zwar für die nächsten Jahrzehnte. Es grenzt an die Innenstadt an, es hat die Lagegunst am Wasser, und es hat einen bedeutenden historischen Gebäudebestand. Ich erwähne den Speicher XI und den Speicher I. Das alles sind hervorragende Voraussetzungen für die Entwicklung zu einem urbanen, zu einem lebendigen Stadtteil, der den Aufbruch Bremens signalisiert, der den Strukturwandel der Stadt unterstützt und der bis weit in die Region attraktiv ist für junge Unternehmen, die sich dort ansiedeln.

Die Mischung von Arbeit, kulturellen Angeboten, Dienstleistungen, Gewerbe und Wohnen ist für uns Grüne sozusagen der Humus, auf dem eine attraktive und eine erfolgversprechende Entwicklung dieses Gebietes stattfinden kann. Zur Gestaltung dieses Prozesses brauchen wir eine entsprechende Entwicklungsphilosophie, die dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, und deswegen schlagen wir Ihnen heute hier vor, einen parlamentarischen Ausschuss zu gründen, der diesen Entwicklungsprozess in Zukunft politisch begleiten soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen diesen parlamentarischen Ausschuss nicht etwa, um den Abgeordneten, die alle vielbeschäftigt sind, die Zeit zu stehlen, nein, ganz im Gegenteil, vielmehr wollen wir mit dem Ausschuss gewährleisten, dass die politischen Beschlüsse des Parlaments begleitet und kontrolliert werden und dem Parlament weitere Vorschläge für eine positive und erfolgversprechende Entwicklung der Überseestadt vorgelegt werden.

Wir schlagen vor, dass in diesem Ausschuss ressortübergreifend Politikerinnen und Politiker aus

der Wirtschafts- und der Baudeputation sitzen sollen. In der Bürgerschaft werden bisher zwar die Ziele und auch Kursänderungen debattiert und beschlossen, und ich erinnere an unsere engagiert geführte Debatte vom Mai letzten Jahres, als wir uns über eine vermehrte Wohnnutzung in der Überseestadt verständigt haben, aber wenn man sich das genau anschaut, es liegen eben doch große Unterschiede zwischen dem, was wir hier einstimmig beschlossen haben, und dem, was dann in der Praxis umgesetzt wird. Das Thema Wohnen ist nach wie vor nicht umgesetzt.

Für das operative Geschäft ist die BIG zuständig. Ihren dominanten Einfluss auf die Überseestadtentwicklung sehen wir durchaus kritisch. Die Überseestadt ist gerade kein normales Gewerbegebiet, in dem große Flächen vorrangig für große Investoren vorgehalten werden sollten. Gerade die kleinteiligen Strukturen sind nötig und auch das kümmern um kleine, um kleinste Unternehmen, die sich hier ansiedeln sollen, das geschieht uns bisher durch die BIG viel zu wenig.

Das nachdrückliche Interesse der Bürgerschaftsfraktionen und auch einzelner Unternehmen an einer stärkeren Durchmischung des Gebietes auch mit Wohnnutzung wurde bisher nicht umgesetzt, und an einem weiteren traditionellen Gewerbegebiet und Bürostandort hat Bremen wirklich keinen Bedarf. Wir brauchen in der Überseestadt keine zweite Airport-City und schon gar nicht einen zweiten Büroпарк-Oberneuland-Flop.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist keine Chance für eine weitere positive Entwicklung.

Meine Damen und Herren, da es aus den Reihen der CDU schon öffentliche Reaktionen auf unseren Antrag gegeben hat, leider, das betone ich, negative, möchte ich dazu kurz etwas sagen. Zunächst einmal, Herr Senator Kastendiek, finde ich, Sie hätten sich zurückhalten sollen. Es ist nicht Ihre Aufgabe, zu einem Parlamentsantrag, den wir hier stellen, schon voreilig in der Presse Stellung zu nehmen. Wir als Parlament können hier beschließen, ob wir so einen Ausschuss wollen oder nicht, aber ich sage ganz deutlich, dies ist erst einmal eine Sache der Abgeordneten und nicht schon im Vorwege eine Sache für eine Stellungnahme des Wirtschaftssenators.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Focke [CDU]: Er kann doch eine Meinung haben, der Mann!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Natürlich! Vielleicht kann er uns die ja heute hier vorstellen. Wie sich das Parlament dann verhält, das entscheiden wir völlig souverän und selbstbewusst, und ich finde, das sollte auch ein Wirtschaftssenator so respektieren.

Wir sind uns einig, wir wollen ein hochattraktives Gebiet entwickeln, und hochattraktiv wird so ein Gebiet eben nicht dadurch, dass es wie ein normales Gewerbegebiet betrachtet wird. Es wird auch nicht dadurch attraktiv, dass die BIG die Überseestadt GmbH in sich aufsaugt, der Bausenator vor Wut seinen Aufsichtsratsposten hinwirft und dann aber doch ein paar Tage oder Wochen später sagt, so ernst war es doch nicht gemeint. Das alles ist, glaube ich, nicht der richtige Weg.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch zu dem Vorschlag des Bausenators, mit seinem Ressort in die Überseestadt zu ziehen, kurz Stellung beziehen. Ich will nicht sagen, dass ein Umzug in die Überseestadt nicht ein positives Signal wäre, dass man sagt, ja, dieser Stadtteil ist uns wichtig. Aber, Sie, meine Damen und Herren, haben sich das Siemens-Hochhaus an die Beine gebunden, und es ist keineswegs bisher ausgemacht, ob Sie da wieder herauskommen. Klar, Sie wollen den Mietvertrag jetzt kündigen, aber noch ist nichts in trockenen Tüchern, und wir wollen unter keinen Umständen, dass die eine Hälfte des Siemens-Hochhauses leer geräumt wird und wir dann eventuell zusätzlich auf einem halbleeren Siemens-Haus sitzen bleiben und weiterhin dafür die Miete zahlen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist es eine sehr zwiespältige Entscheidung. Wir wollen, dass jetzt noch keine Fakten geschaffen werden, und ich möchte auch daran erinnern, ein Umzug in den Speicher I ist schon genau zu überlegen, denn das, was jetzt dort passiert, ist eine ganz andere Ansiedlung von Unternehmen, die sich dort jetzt einmieten, als dort eine große Bauverwaltung hinzusetzen. Ich glaube, dass der Investor, der sehr genaue Zielvorstellungen hat, was er mit dem Speicher I und der Umgebung machen will, nicht darauf angewiesen ist, dass das Bauressort dort sitzt. Ich wünsche mir für diese Debatte mehr Zeit, und vor allem darf sie nicht zu finanziellen Lasten Bremens führen.

Was den Wirtschaftssenator angeht, da ist unsere Kritik, dass Sie bisher auch noch kein Entwicklungskonzept für die weitere kleinteilige Entwicklung der Überseestadt vorgelegt haben. Zum Kollegen Focke möchte ich sagen, auch er hat sich ja schon geäußert, er sagt einfach, wir brauchen so ein parlamentarisches Gremium nicht, weil sowohl

die Baudeputation als auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse regelmäßig über die Entwicklung der Überseestadt durch die BIG informiert werden. Lieber Kollege Focke, wir wollen nicht nur informiert werden, das ist gerade unser Ansatz, wir wollen mit einem parlamentarischen Ausschuss selbst mitgestalten, wir wollen die Beschlüsse, die wir hier fassen im Parlament, begleiten, kontrollieren und weiterentwickeln. Die Überseestadt ist eben gerade nicht ein Nullachtfünfehn-Gewerbegebiet, deswegen halten wir es für wichtig für eine erfolgreiche Zukunft des Gebietes, dass wir dort mehr als bisher ein Wörtchen mitreden sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte meine beiden Kollegen daran erinnern, dass sie im letzten Jahr einstimmig einen Antrag hier beschlossen haben, auch mit unseren Stimmen. Dort heißt es, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin einen Teil dieses Antrags: „Mit welcher operativen Einheit die Entwicklung der Überseestadt unter Bündelung stadtentwicklungspolitischer und wirtschaftspolitischer Kompetenzen zukünftig vorangetrieben werden soll“, das soll eben entschieden werden, mit welcher Einheit. Wir schlagen jetzt dazu ein parlamentarisches Gremium vor. Wir hoffen, da ja dieser Antrag, den Sie letztes Jahr selbst beschlossen haben und der von allen Kollegen, Sieling, Liess, dem heutigen Bürgermeister Böhrnsen, Focke, dem heutigen Senator Kastendiek und den beiden Fraktionen SPD und CDU unterschrieben war, dass Sie sich doch dazu durchringen können zu sagen, jawohl, lasst uns einen solchen Ausschuss probieren, wir sehen darin eine Chance, dass wir der Überseestadt eine neue Kraft, einen neuen Schub geben und dass wir diese Entwicklung nicht mehr allein einer outgesourceten Gesellschaft des Wirtschaftsressorts überlassen, sondern dass wir hier selbst die politischen Leitlinien und die stadtentwicklungspolitischen Ziele mitbestimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Krusche, mir drängt sich so ein bisschen der Eindruck auf, Sie haben den Antrag nur gestellt, um einmal wieder über das Thema reden zu können.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre ein guter Grund, aber das ist es nicht!)

Das will ich gar nicht in Abrede stellen, dass das falsch ist, ich komme gleich noch dazu. So sympathisch ich Ihren Antrag zu einer ressorübergreifenden parlamentarischen Begleitung der Überseestadtentwicklung finde, so sehr riecht mir das doch ein bisschen nach dem Motto „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis“.

Dass die derzeitige Befassung der Deputationen und der parlamentarischen Gremien nicht gerade das Gelbe vom Ei ist, will ich nicht bestreiten, aber vielleicht geht es auch eine Nummer kleiner. Ein Beispiel dazu will ich erzählen. Ich war im Dezember bei der Hafenvirtschaft eingeladen und sollte reden zur Stadtentwicklung in der Überseestadt. Da habe ich meinen Kollegen Max Liess gefragt: Was gibt es denn Neues in der Baudeputation? Da haben wir nicht gar so viel erfahren, und Herr Liess hatte dann auch irgendwann eine Frage gestellt, wie es denn weitergeht mit Wohnen in der Überseestadt. Dann hat er auch eine Antwort bekommen, das dauere alles noch ein Weilchen, und das konnte ich dann auch verwenden, aber Sie haben völlig Recht, Frau Krusche, das steht irgendwie in keinem Deputationsgesetz, dass der eine Deputierte dem anderen seine Unterlagen übergibt. Da hätte man auch einmal in der Baudeputation darüber reden können.

Ich finde, wenn wir die Überseestadt als Gesamtprojekt verstehen, das tun wir, glaube ich, alle gemeinsam, Frau Krusche hat den gemeinsamen Antrag angesprochen, und wenn ich mir auch die vergangenen Debatten ansehe, bei denen wir uns im Grundsatz immer einig waren, kann das nicht die Summe einzelner Wirtschaftsfördermaßnahmen sein, sondern es ist ein Stadtentwicklungsprojekt insgesamt.

Frau Krusche, ich mache Ihnen einen Vorschlag zur Güte. Mir gefallen diese Einzelbefassungen der Deputation auch nicht so recht. Macht es nicht vielleicht doch Sinn, die Wirtschafts- und die Baudeputation zu diesem wichtigen Thema ein-, zweimal im Jahr gemeinsam tagen zu lassen, wo wir dann zum Beispiel diesen jährlichen Entwicklungsbericht besprechen mit allen Projekten, die sich darum ranken? Ich habe es mit Herrn Focke und Herrn Liess besprochen. Das scheint mir eine Möglichkeit zu sein, die näher an der Praxis ist, als einen neuen Ausschuss zu gründen. Lassen Sie uns gemeinsam in der Wirtschafts- und in der Baudeputation darüber reden, ob das eine Möglichkeit wäre! Das ist zwar kein parlamentarischer übergreifender Ausschuss, da gebe ich Ihnen

auch Recht, aber vielleicht ist es einfach eine praktischere Möglichkeit, mit dem Thema umzugehen.

Zu dem zweiten Punkt Ihres Antrags, er befasst sich ja so mit der Globalfrage, Überseestadt als integriertem Stadtteil! Mit der Frage haben wir uns schon öfter befasst, zuletzt im Mai 2005, als wir den Senat in der Tat einstimmig gebeten hatten, uns das eine oder andere bis Ende letzten Jahres vorzulegen: Marketingkonzept, die Präzisierung des Masterplans, Konzept Wohnen, den Finanzstatus und eben jene operative Einheit, die die ganze Entwicklung begleiten kann. Das hat der Senat nicht getan, er hat es nicht mit einem Wort getan. Lediglich der Wirtschaftssenator hat dem Deputierten Liess auf dessen gesonderte Anfrage - von sich aus hat er es also auch nicht gemeldet, dass das mit dem Wohnen aufgrund irgendwelcher technischer Einzelheiten noch ein Weilchen dauert.

Stattdessen beschäftigen wir uns, was das Marketing angeht, zurzeit eher mit Umzugsplänen des Bausenators, Umzug hin oder her oder vor und zurück, wohin auch immer. Der Personalrat diskutiert darüber, ob er Einzel- oder Doppelzimmer haben will. Wir reden darüber, welcher Senator den anderen wann zuerst über die Auflösung einer Gesellschaft informiert hat. Das ist nicht unbedingt ein Marketingkonzept für die Überseestadt, wie ich mir das vorstelle.

Ich erwarte vom Senat, dass er dem Parlament unverzüglich die geforderten Punkte vorlegt, die wir zum Ende des letzten Jahres eingefordert haben, und insoweit dem einstimmigen Antrag der Bürgerschaft vom April 2005 nachkommt. Insofern hat es allerdings Ihres neuerlichen Antrags nicht bedurft, Frau Krusche. Ich empfehle der Bürgerschaft, Ihren Antrag abzulehnen und so vorzugehen, wie ich es vorhin vorgeschlagen habe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir uns mit der Überseestadt beschäftigen, nur, dieser Antrag hier, Frau Krusche, ist nun wirklich so überflüssig, denn wir haben mehrere Beschlüsse in der Bürgerschaft gefasst.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Na und?)

Es gibt den Masterplan, den Auftrag zur Abarbeitung, wir haben hier auch Beschlüsse gefasst, dass Wohnen überall, wo es geht, möglich sein soll.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Na und? Was ist damit?)

Sie wissen doch ganz genau, woran es liegt! Es werden Immissionsuntersuchungen gemacht, es ist ein höchst problematisches Gebiet. Alles das, was wir wollen, ist nicht so einfach durchsetzbar, wenn die Werte und die Umweltwerte, die nun einmal EU-Norm sind, nicht eingehalten werden. Wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, die Immissionen durch Maßnahmen zu verändern, dann ist es sehr schwierig. Diese Untersuchungen, sowohl was Lärm, Geruch und so weiter betrifft, werden durchgeführt, erfordern leider eine etwas längere Zeit, und das ist in der Baudeputation ausführlich dargestellt worden. Es dürfte Ihnen also nicht unbekannt sein.

In der Wirtschaftsdeputation ist auch über den Fortgang der Überseestadt berichtet worden. Ich will Ihnen ehrlich sagen, ich finde es ganz hervorragend, dass sich da mittlerweile so viele Aktivitäten zeigen. Das zeigt aber auch, dass das Marketing, das durch die Überseestadt GmbH, oder die Vermarktung, die bisher und jetzt zukünftig bei der BIG aufgehoben ist, allerdings in enger Zusammenarbeit mit dem Bauressort, verabredet worden ist, bisher dort gut aufgehoben war. Wir finden, dass die Arbeit auch dort gemacht werden muss. Ein nichtständiger Ausschuss des Parlaments kann doch nicht die Arbeit von Vermarktung, die und solchen Dingen übernehmen, das geht einfach nicht. Die Grundlagen, was in diesem Gebiet passiert, sind im Masterplan festgelegt worden, sind hier mehrfach besprochen worden. Wir haben mehrere Aufträge vergeben, die alle mit einfließen, und keiner sagt, ich will mich nicht daran halten.

Wir haben beschlossen, alle zwei Jahre einen Entwicklungsbericht zu bekommen. Das sollten wir ändern, indem wir das jährlich machen. Jährlich einen Bericht über die Veränderung des Masterplans, über die Veränderungen und Vermarktungen von Grundstücken zu bekommen finde ich sehr gut. Ich finde auch, dass eine regelmäßige Berichterstattung erfolgen muss, und dann muss es allerdings dahin gehen, wo auch die Entscheidungen gefällt werden. Die Entscheidungen werden nun einmal in den Deputationen oder in den Wirtschaftsförderungsausschüssen gefällt, und da

müssen sie auch besprochen werden. Alles andere muss in den Gremien gemacht werden, die damit beauftragt worden sind. Das ist, was die Vermarktung betrifft, die BIG in Zusammenarbeit mit dem Bauressort, und das sind, was die Planung betrifft, natürlich die Stadtplanung und das Bauressort, das ist auch klar. Wir können hier aber kein Gremium, das im Grunde genommen überhaupt keine Befugnisse hat, einfach dazwischenschalten und sagen, wir wollen jetzt noch einmal einen Kreis schaffen, der sich ein bisschen austauscht und sich ein bisschen darüber unterhält, was man eigentlich noch machen kann. Das ist völlig überflüssig und bindet nur zusätzliche Kraft.

Wir haben auch noch den Beirat Überseestadt, der ist ja auch noch da, er ist eingerichtet und bleibt auch. Es ist ja nicht so, dass der Beirat jetzt aufgelöst wird, sondern dass er dabei bleibt, worin alle entscheidenden Träger sind, auch Politiker, Unternehmen, die dort ansässig sind, und Verwaltung, und wo regelmäßig ein Austausch darüber stattfindet, was anliegt, was gemacht werden soll und wie der Masterplan weiterentwickelt werden soll.

Ich finde, wir haben alle Voraussetzungen geschaffen, dass es ein erfolgreiches Vermarkten und ein erfolgreiches Arbeiten und Leben in der Überseestadt geben kann. Die Entwicklung ist nicht so, dass sie in drei Jahren abgeschlossen ist, das wissen wir alle. Es ist eine langfristige Entwicklung, die sich über 20 Jahre hinziehen wird, weil das Areal sehr groß ist und auch nicht alles sofort verfügbar ist. Man kann sich das nicht so vorstellen wie die Hafencity Hamburg, das ist ein ganz anderer Komplex. Deswegen wird es in den nächsten Jahren auch im Masterplan Veränderungen geben und werden sich andere Darstellungen und Möglichkeiten ergeben. Das ist eben so, wenn ein Gebiet so lange entwickelt wird, aber dazu sind die Gremien und die Berichte ja da, dass darüber gesprochen und diskutiert wird. Wenn man die Wirtschaftsdeputation hat, wenn man die Baudeputation hat, die Wirtschaftsförderungsausschüsse und die Bürgerschaft, die man hier ständig mit Anträgen bemühen kann, wenn man den Beirat hat, dann gibt es, glaube ich, genügend Möglichkeiten, sich über die Entwicklung der Überseestadt auszutauschen. Dazu brauchen wir keinen nichtständigen Ausschuss. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus dem Beitrag von Frau Kummer habe ich eher entnommen, dass viel für einen solchen Ausschuss spricht, weil sie auch auf all die kritischen Punkte hingewiesen hat, die ich in meinem Redebeitrag angesprochen habe, und, Herr Focke, gerade weil es diesen Masterplan gegeben hat, und wenn wir uns die Bilder anschauen, die mit diesem Masterplan verbunden waren, das möchte ich doch noch einmal ins Gedächtnis rufen: eine einzige Hochhaus -, Bürohauslandschaft, die sich gerade dadurch auszeichnet, was aus unserer Sicht eben nicht die Zukunft der Überseestadt ausmachen wird!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Bei der Debatte zum Hochhaus haben Sie aber etwas anderes gesagt!)

Uns geht es doch darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen und ein Stück weit auch diese Philosophie des Masterplans zu hinterfragen und zu überprüfen, ob das eigentlich der richtige Weg ist.

(Abg. Focke [CDU]: Das wird doch ständig überprüft!)

Ein Ausschuss ist doch gerade die Stärke eines Parlaments, gerade in Abgrenzung zu den Deputationen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe nicht, warum Sie da so mutlos und kleinmütig sind. Darf ich Sie einmal daran erinnern, wie viele Ausschüsse wir hier im hohen Haus haben? Wollen Sie damit sagen, sie sind alle überflüssig? Nein, keineswegs! Es geht eben gerade nicht darum, dass wir in Deputationen sitzen, wo wir Berichte zur Kenntnis nehmen. Die Regel ist so, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen wird für bestimmte Projekte das Geld abgenickt, hinterher bekommen wir es zur Kenntnis in die Baudeputation, das ist das alte Lied, worüber wir auch oft streiten, was die richtige Reihenfolge angeht. Mir geht es doch gerade darum, dass wir gemeinsam als Abgeordnete, als diejenigen, die auch ein Stück Verantwortung für dieses zentrale Stadtentwicklungsgebiet haben, diese Verantwortung übernehmen und tatsächlich selbst Ziele formulieren, wie es mit diesem Gebiet weitergehen soll und das eben nicht allein operativen Gesellschaften überlassen.

Augenblicklich ist die BIG der zentrale handelnde Akteur. Ich finde, dass es eine Aufgabe ist, gerade, weil es nicht um ein beliebiges Gebiet geht,

für die wir Abgeordneten hier eine Verantwortung haben, die ich gern in einem solchen Ausschuss gestärkt gesehen hätte. Ich sehe, dass ich hier keine Mehrheit finde. Insofern möchte ich den Vorschlag aufgreifen, den Frau Kummer gemacht hat, dass wir uns zumindest überlegen, ob wir uns nicht ressort- und fraktionsübergreifend aus den verschiedenen Bereichen Wirtschaft und Bau mindestens zweimal im Jahr über die weitere Entwicklung der Überseestadt unterhalten. Das ist sicherlich überhaupt nicht das, was wir Grünen uns vorstellen, aber ich werde diesen Gedanken überlegen, und vielleicht kommen wir dann wenigstens einen kleinen Zentimeter weiter, als wir es bis jetzt sind. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über das Motiv des Antrags zum jetzigen Zeitpunkt sind ja schon Vermutungen angestellt worden. Diese will ich, weil ich sie für gar nicht so verkehrt halte, nicht weiter bewerten. Wenn ich aber dann einzelne Ausführungen von Ihnen, Frau Krusche, höre, habe ich zumindest persönlich den Eindruck, dass die Fakten und die Entwicklung vor Ort und das, was an Dynamik schon in diesem Stadtteil ist - in Monaten kann man das schon nicht mehr ausdrücken -, Ihnen mindestens um Jahre voraus ist.

Wenn Sie sich anschauen, was an Innovation, an kreativen Ideen in diesem Stadtteil vorhanden ist bei den Investoren, bei den kreativen Köpfen, die sich mit diesem Stadtteil beschäftigen, dann laufen Sie der Entwicklung schlichtweg hinterher. Deswegen teile ich auch die Einschätzung, dass dieser Ausschuss völlig überflüssig ist. Ich will es mir auch nicht herausnehmen, Ihnen Ratschläge zu erteilen, meine Erfahrung ist aber, dass Sie in Form von Deputationen immer viel größeren Einfluss auf das Handeln ausüben können als ein Parlamentsausschuss, weil natürlich in einem Parlamentsausschuss die Trennung von Exekutive und Legislative in einer viel strengeren Form vorgenommen wird als in einer Deputation. Das sei mir natürlich nicht gestattet, von daher liegt es letztlich in den Händen des Parlaments, wie es damit umgeht.

Frau Linnert, dass Sie so ein Antrag natürlich auch ärgert, verstehe ich!

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Frau Linnert, Sie können sich gern melden und eine Zwischenfrage stellen, dann werde ich sie gern beantworten, falls wir zur Sachaufklärung beitragen können. Zu den einzelnen Stichworten vielleicht ein, zwei erläuternde Anmerkungen!

Sonderform Wohnen in der Überseestadt: Es ist in den Deputationen, nach meiner Kenntnis auch in der Baudeputation, schon mehrfach mitgeteilt worden, dass als Voraussetzung für die Bauleitplanung, als Voraussetzung für die Sonderform Wohnen die Erstellung eines Immissionsschutzgutachtens erforderlich ist. Dieses Immissionsschutzgutachten muss natürlich auch in der Ausarbeitung und in der Länge rechtsbeständig sein. Deswegen wurde, um nicht in irgendeiner Form irgendwelche Ansätze zu geben, dies in irgendeiner Art und Weise in Zweifel zu stellen, der Zeitraum von einem Jahr gewählt. Das wird jetzt Anfang des Jahres ausgewertet und in den kommenden Wochen vorgelegt werden. Das ist Ihnen bekannt.

Wenn dieses Immissionsschutzgutachten vorliegt, dann kann in den Deputationen damit auch sauber umgegangen werden. Dies ist Voraussetzung für die Bauleitplanung, und dann geht es auch in die Umsetzung der Sonderform Wohnen, was auch koalitionär im Rahmen des Masterplans dargelegt worden ist.

Wenn man sich auch da wieder anschaut, wie weit einzelne Investoren diese Gedanken schon weiter vorangetrieben haben, in enger Zusammenarbeit zwischen denjenigen, die in der Überseestadt aktiv sind - auf der einen Seite das Bauressort und auf der anderen Seite natürlich das Wirtschaftsressort -, ist auch da die Entwicklung schon sehr viel weiter gegangen. Ich muss ganz ehrlich sagen, das, was bisher in der Überseestadt entstanden ist, ist ein kreativer Mischung doch ein sehr gutes Beispiel dafür, dass wir uns auf einem sehr guten Weg befinden und auch weit davon entfernt sind, dies als normales Gewerbegebiet zu betrachten. Ich weiß nicht, woher Sie diese These nehmen, dass wir dies als normales Gewerbegebiet betrachten. Das Gegenteil ist der Fall.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Kummer?

Senator Kastendiek: Ja, bitte!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Senator, ich habe ja nun erfahren, warum es mit dem Wohnen alles nicht so schnell geht, das kann ich technisch alles nachvollziehen. Können Sie mir für den Senat sagen, warum Sie den Antrag nicht zeitgerecht bearbeitet und uns, dem Parlament, vorgelegt haben?

Senator Kastendiek: Das kann ich Ihnen auf Anhieb jetzt nicht sagen. Das werden wir aber gern nachliefern, woran es gehakt hat. Das kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht beantworten. Wie gesagt aber, wir sind mit dem Thema befasst und wollen diese Fragestellung sauber abarbeiten, weil ich auch persönlich - da bin ich mir aber auch einig mit meinem Kollegen Eckhoff - es als eine Herausforderung für die Stadt ansehe, was die Entwicklung dieser Überseestadt angeht. Da sind wir nicht weit auseinander. Das ist ein Stadtteil mit einer unheimlichen Dynamik, mit einem unheimlichen Potential. Man muss natürlich differenzieren, dass dies nicht die Hafencity Hamburg ist. Die hat andere Parameter und einen anderen Charakter.

Wir sind uns aber in der Bewertung und Beurteilung, was die Perspektive angeht, völlig einig. Wir werden die Beantwortung Ihrer Frage sicherlich auch kurzfristig nachliefern können, dass wir Ihnen genau erklären können, woran es liegt. Wie gesagt, was das Immissionsschutzgutachten angeht, wird es jetzt ausgewertet, weil wir im Aufsichtsrat der BIG immer wieder nachhaken, wo es denn bleibt. Es gibt natürlich an der Stelle verschiedene Witterungsbedingungen, Windrichtungen, was es da nicht noch alles gibt, was da eingehalten werden muss, was berücksichtigt wird. Von daher war, glaube ich, die Entscheidung richtig, das sauber abzuarbeiten, damit wir nicht an irgendeiner Stelle, vor allen Dingen an einer verkehrten Stelle, dann angegriffen werden oder dann an dieser Stelle in irgendeiner Art und Weise ein Verfahren in Zweifel gezogen werden kann.

Ich glaube also, dass dieses Gebiet eine hohe Innovationsfähigkeit hat und auch das, was bisher angesiedelt worden ist, letztendlich dieser entspricht. Wenn Sie sich anschauen, was beim Speicher XI entstanden ist, das hat mit der Entwicklung eines normalen Gewerbegebiets überhaupt nichts zu tun. Wenn Sie sich anschauen, was bei der Feuerwache passiert ist, wenn man sich das Umfeld der Feuerwache anschaut, dass sich da Unternehmen der Windenergie angesiedelt haben, wenn Sie sich anschauen, was jetzt beim Speicher I passiert, auch in Verbindung zur Gastronomie, wenn Sie sich anschauen, welche Überlegungen möglicher Investoren zum Speicher IV, auch Kultur dort in dieses Gebiet hineinzubringen, sich andeuten, wenn Sie sich die Grundstücke und Gebäude von Eduscho anschauen, was

da zwischenzeitlich auch gestalterisch an Aufwertung passiert, dann, meine Damen und Herren, hat das mit der Entwicklung eines normalen Gewerbegebiets überhaupt nichts zu tun.

Ich hoffe, dass sich, wenn ich den Zeitplan so richtig im Kopf habe, Mitte des Jahres die Verkehrsinfrastruktur, die Erschließung von der Innenstadt erheblich verbessert durch die direkte Verlängerung des Walls in die Überseestadt. Es wird sich dann die Straßenbahnanbindung anschließen, so dass auch von der öffentlichen Infrastruktur dieses Gebiet hervorragend erschlossen ist. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch von möglichen Investoren mit unterschiedlichen Ausrichtungen, mit unterschiedlichen Themenstellungen angenommen wird. Die Anfragen, die es da gibt, machen mich sehr optimistisch, dass wir an dieser Stelle auf einem sehr guten Weg sind.

Von daher kann ich eine inhaltliche Differenz, und das kommt ja auch in den Wortbeiträgen der jeweiligen Fraktionssprecher eindeutig zum Ausdruck, überhaupt nicht feststellen. Der Senat ist in dieser Richtung sehr aktiv. Wir bringen dieses Thema sehr weit voran. Ich bin sehr optimistisch, dass wir diesen Planungshorizont von 20 Jahren nicht benötigen, denn nach dem, was sich da im Augenblick andeutet, wenn sich das so umsetzt, werden wir sicherlich in kürzeren Abständen - wobei ich jetzt hier auch nicht zu optimistisch herangehen will -, in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, einen sehr kreativen und neuen Stadtteil haben, mit dem Zusammenwirken unterschiedlicher Nutzungen, mit dem Zusammenwirken unterschiedlicher Ansätze, wo das Historische, das Tradierte, aber auch das Moderne seinen Platz findet, wo man, wie gesagt, auch über kulturelle Nutzung aktiv nachdenken muss. Auch dazu gibt es Überlegungen. Da wird geschaut, was möglich ist und was nicht möglich ist, wie auf der anderen Seite aber natürlich auch hin zum Holz- und Fabrikenhafen der Bestand vorhandener Arbeitsplätze gesichert werden kann, die ganze Bandbreite also eines solchen Stadtteils dargestellt wird.

Ich denke, dass dies in der Betreuung der Deputationen - von daher glaube ich, dass auch dies ein Versuch sein kann, sich in einer gemeinsamen Sitzung der Deputationen für Wirtschaft und Bau diesbezüglich ein bis zwei Mal im Jahr dieser gesonderten Themenstellung anzunehmen - auch ein Punkt sein kann, um der Bedeutung dieses Gebiets noch einmal entsprechend Rechnung zu tragen.

Wir haben jetzt mit den Umstrukturierungsmaßnahmen in der BIG, so wie es jetzt vereinbart worden ist zwischen dem Bausenator und dem Wirtschaftssenator, eine sehr effektive Lösung, eine sehr schlanke Lösung, ohne die eigenständige Aufgabe und Rolle der Überseestadt in irgendeiner Art und Weise fallen zu lassen, sondern im Gegenteil, die Marke Überseestadt bleibt erhalten. Es gibt eine organisatorisch sehr enge Anbindung zwischen diesen beiden Bereichen, Bau auf der einen Seite, Wirtschaft und Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite. Auch das ist eben gerade schon gesagt worden, der Beirat Überseestadt bleibt auch erhalten, um die vorhandenen Anliegen, die Ortspolitik, aber auch die Stadtbürgerschaft an der Stelle mit einzubinden.

Ich glaube, dass wir da eine Vielzahl von Instrumenten und Gremien haben und dass wir die vorhandenen Gremien an der Stelle vielleicht das eine oder andere Mal dann einfach zu einer Sondersitzung zusammenrufen sollten, um somit der Bedeutung dieses Gebiets, die hier bei allen völlig unstrittig ist, auch letztendlich Rechnung zu tragen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/458 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

81. Änderung Oberneuland (Holdheim)

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006 (Drucksache 16/459 S)

Wir verbinden hiermit:

**Bebauungsplan 2336
für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland
zwischen Apfelallee, An den Wühren und Am
Rüten (ehemaliges Krankenhaus Holdheim)**

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006
(Drucksache 16/460 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Flächennutzungsplan
Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur 81. Änderung des Flächennut-
zungsplans Bremen beschließen möchte, den bit-
te ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan abstim-
men.

Wer den Bebauungsplan 2336 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2146
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe
östlich Schulzentrum Horn, zwischen Vor-
kampsweg und Bundesautobahn A 27**

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006
(Drucksache 16/461 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2146 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2261
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe
nördlich Universitätsallee, zwischen Wiener
Straße und westlich Bibliothekstraße**

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006
(Drucksache 16/462 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2261 beschließen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42
vom 10. Januar 2006**

(Drucksache 16/464 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Petition S 16/459 ab-
stimmen.

Wer der Behandlung der Petition S 16/459 in der
empfohlenen Art seine Zustimmung geben möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir für heute an das Ende der Stadtbürgerschaft gekommen.

Die Sitzung der Stadtbürgerschaft ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 17.42 Uhr)